

# AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

ISSN 6153-2115



## Vereinte Nationen

*Thomas Mickan* - Die UN und der neue Militarismus - 1

## Polizeieinsätze und Sicherheitssektorreformen

Gegen die Militarisierung des globalen Südens! Keine „ferngesteuerten Bürgerkriege“ durch militärische und polizeiliche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe! - 11

*Martin Hantke* - EU-Polizeieinsätze: Risiken, Fallstricke und Nebenwirkungen - 13

*Jonna Schürkes* - Deutsche Aufbauhilfe für Repressionsorgane, Eine Auswertung der Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen im Bundestag - 14

*Jonna Schürkes* - Arming Somalia, Die neue ESVP-Mission zur Ausbildung somalischer Soldaten - 17

## Deutschland und die Bundeswehr

*Michael Haid* - Zivile Gerichtsbarkeit und Völkerstrafgesetzbuch: Justiz und Gesetz im Dienst der Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr - 21

*Arno Neuber* - Propagandaoffensive bereitet Bundeswehr-Offensive den Boden - 24

*Jürgen Wagner* - Bundeswehr-Einsätze – (k)eine Erfolgsgeschichte - 26

## EU-Militarisierung

*Christoph Marischka und Jürgen Wagner* - Energie statt Entwicklung? Der Europäische Auswärtige Dienst und die Militarisierung der Außenpolitik - 28

# Editorial:

Auf den diesjährigen Ostermärschen waren zwei Themen tonangebend. Einmal der sich immer weiter verschärfende Krieg in Afghanistan. Der Tod dreier deutscher Soldaten am Karfreitag wird gegenwärtig von Politik, Rüstungslobby und Bundeswehr zum Anlass genommen, profligierende „Wunschlisten“ einzureichen, in welchen Bereichen das Militär aufgerüstet werden müsse, um die „Anforderungen“ des Krieges „adäquat“ bewältigen zu können. Ferner hat die neue Definition, es handele sich in Afghanistan „umgangssprachlich um einen Krieg“ weit reichende Auswirkungen auf die Rechtslage im Falle von Zivilopfern. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der Debatte um das Massaker von Kunduz von Bedeutung, mehr noch aber, da versucht wird, grund-

sätzlich den rechtlichen Spielraum für die Tötung von Zivilisten erheblich zu erweitern, wie wir in diesem AUSDRUCK herausarbeiten.

Das zweite wichtige Ostermarschthema war das Vordringen der Bundeswehr an Schulen und Universitäten, das wir in vorherigen Ausgaben bereits umfassend aufgearbeitet haben. Außerhalb dieser „heißen“ Themen versuchen wir auch in dieser Ausgabe das Augenmerk auf unterbelichtete Aspekte rund um das Themengebiet Krieg und Frieden zu legen, u.a. mit einer ausführlichen Studie zur Militarisierung der Vereinten Nationen.

Außerdem gibt es einen Themenschwerpunkt zu Polizeieinsätzen und Sicherheitssektorreformen, bei denen Staaten der so genannten Dritten Welt die Armeen

und Polizei aufgebaut werden. Auch diese Einsätze sind, obwohl sie teils gerne als sinnvolle „Alternative“ zum militärischen Eingreifen propagiert werden, überaus problematisch, wie in den einzelnen Beiträgen zum Thema aufgezeigt werden soll.

Hinweisen möchten wir abschließend auch noch auf die Dokumentation des IMI-Kongresses, die soeben unter dem Titel „Krisenmanagement! ‚Sicherheitsarchitektur‘ im globalen Ausnahmezustand“ erschienen ist. Die 68seitige Broschüre kann bei der Informationsstelle Militarisierung bestellt werden (Details siehe Rückseite).

*Die Redaktion*

## Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

**Redaktion:** Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Joanna Schürkes, Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

**Erscheinungsweise:** Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

**Druck:** Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

**Bezugsbedingungen:** IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 € (25€ ab 2011) bzw. Förderabo 35 € (37 € ab 2011).

**Bezugsadresse:** Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

**Hinweise zu einzelnen Texten:** Δ Jürgen Wagner, Bundeswehr-Einsätze, in: Forum Friedensethik, April 2010; Δ Michael Schulze von Glaßer, Einladung Arbeitsloser in den Krieg, in: Neues Deutschland 22.2.2010.

**Bildnachweise wie angegeben außer:** Titelbild: IMI; S. 13: euro-police.noblogs.org.

**Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:** Thomas Mikan war Praktikant der Informationsstelle Militarisierung. Christoph Marischka, Jürgen Wagner und Andreas Seifert sind IMI-Vorstandsmitglieder. Jonna Schürkes, Arno Neuber und Michael Haid sind IMI-Beiräte.

## Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

**Unser Spendenkontonummer ist:**

1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20).  
IMI-Förderverein: 1766996 bei der Kreissparkasse Tübingen.

**Kontakt:**

**Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.**  
**Hechinger Str. 203 (Sudhaus)**  
**72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)

web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



# Die UN und der neue Militarismus

von Thomas Mickan

1988 wurden „United Nation Peacekeeping Forces“ mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Das Symbol des blauen Helms dieser „Streitkräfte“ prägte und prägt dabei das Bild der öffentlichen Wahrnehmung der UN. Jenes helle UN-Blau soll über weite Distanz auf dem (Schlacht-)Feld gut sichtbar sein, um eine erhoffte Neutralität durch die gewährte Kenntlichkeit zu generieren. Abbildung 1 demonstriert, wie das Bild der Blauhelme in der staatlichen Kommunikation Verwendung findet. Es zeigt eine Friedenstaube mit blauem UN-Helm und ist auf der extra für Kinder gestalteten Internetseite der Webpräsenz des Auswärtigen Amtes zu finden. Es erscheint als Lehrstück für die Chancen von Friedensbemühungen mit Hilfe von UN-SoldatInnen und suggeriert dabei, dass militärische Gewalt, so sie den rechten Anwalt findet, Frieden schafft. Ein ganz anderes Lehrstück - eines für das Völkerrecht - stellt die UN-Charta selbst, als Gründungsakte und Leitbild der Vereinten Nationen, dar. Sie spricht eine klare Sprache, indem ein Allgemeines Gewaltverbot in Artikel 2 (4) der UN-Charta postuliert wird. Des Weiteren versucht der Text der UN-Charta mit der Stärkung eines Selbstbestimmungsrechts der Völker und des Souveränitätsbegriffes auch die schwächeren Staaten vor den stärkeren zu schützen.

Es soll als zentral festgehalten werden, dass die UN und insbesondere ihre Friedensbemühungen norm- und völkerrechtssetzend sind, dass ihre Stellung in der heutigen Weltkonstellation so alternativlos und einmalig ist, und dass sie, neben den vielen Unterorganisationen wie UNICEF, in denen sie täglich ganz praktisch wirkt, als Organisation selbst eine große Strahlkraft als Mittlerin einer friedlicheren und gerechteren Welt besitzt. Hier sei herausragend nur an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte erinnert. Dieses normativ überhöhte Bild, stilisiert in der blaubehelmt Taube, nutzt die Bundesregierung um den Kindern zu vermitteln, dass „[...] Deutschland hin und wieder Friedenstruppen in andere Länder [schickt]“, um zu „[...] helfen, dass auch andere Staaten auf anderen Kontinenten in Frieden leben können.“<sup>1</sup>

Gerade die Strahlkraft dieser einmaligen Organisation macht es notwendig, jede neuere Entwicklung genau zu verfolgen. Die folgenden Ausführungen sollen zeigen, dass eine kritikalose Rezeption vor allem militärischer UN-Aktivitäten und Autorisierungen, wie sie etwa auch zahlreiche politische Parteien erkennen lassen, eine Entwicklung übersieht, die fraglich erscheinen lässt, ob den Kindern zukünftig das Märchen der blaubehelmt Friedenstaube weiterhin erzählt werden kann. Dafür wird in einem ersten Teil auf strukturelle Veränderungen in dem UN-Gefüge eingegangen, in einem zweiten auf kon-

zeptionelle Veränderungen in den Friedensbemühungen.

## 1 Neue (alte) Strukturen: Auf dem Weg zur militarisierten UN?

Im Bereich der Friedenssicherung der UN sind zahlreiche Programme,

Unterorganisationen oder Hauptdienststellen in einem weitläufigen Netz miteinander verstrickt. Daher muss sich die Betrachtung auf die institutionellen Herzstücke der Friedensbemühungen beschränken. Im Folgenden werden die Hauptabteilung Friedenssicherung (Department of Peacekeeping Operations, DPKO), die Hauptabteilung Feldunterstützung (Department of Field Support, DFS) sowie das Beschaffungswesen der Vereinten Nationen (United Nation Procurement Division, UN-PD) näher betrachtet.

Ein zentraler Grund für die Auswahl des DPKO und des DFS ist die massive Umstrukturierung bzw. Neuerschaffung in den vergangenen Jahren, welches im Besonderen einen Schwerpunkt auf die Förderung der militärischen Strukturen innerhalb dieser legte. Alexander Mattelaer weist zudem in seiner Studie über den UNIFIL-Einsatz nach, dass „die UN-Bürokratie nicht nur die Entscheidungsfindung des Sicherheitsrates unterstützt, sondern selbst zu einem wichtigen Teil im politischen Prozess wird.“<sup>2</sup>

Der Grund für die Auswahl des UN-PD ist deren Schnittstellenfunktion zwischen UN und (Rüstungs-)Industrie. Im Verlauf der Studie wird sich noch zeigen, dass es nicht die einzige Schnittstelle bleiben wird. DPKO, DFS und UN-PD sind auch untereinander stark verknüpft und beeinflussen sich z.T. wechselseitig. Dies führt nicht unbedingt zu mehr Effektivität, sondern zu Intransparenz und Entscheidungsstrukturen, die an der Integrität der UN als Friedensbringerin zweifeln lassen.

### 1.1 DPKO – Hauptabteilung Friedenssicherung

Das DPKO ist ein dem UN-Generalsekretariat unterstelltes Sekretariat, welches mit der konkreten Planung und Durchführung von Friedensmissionen beauftragt ist. Die hier jüngst vollzogenen Umstrukturierungen waren dabei so gravierend, dass sie mit Hilfe von zwei Organigrammen verdeutlicht werden müssen. Abbildung 2 veranschaulicht dabei die DPKO-Struktur von 1997, also vor dem Reformprozess. Dieser setzte unter der Federführung von Kofi Annan ein, vollzog sich über verschiedene Zwischenstufen und ist seit

2007 weitgehend abgeschlossen. Abbildung 3 zeigt das schon auf den ersten Blick deutlich komplexere Organigramm des DPKO nach dem Reformprozess (Stand 2009).

Drei besonders relevante Veränderungen sollen hervorgehoben werden:

Die erste ist die Auslagerung des Büros für Missionsunterstützung (Office of Mission Support) in das 2007 neu geschaffene DFS, das später noch gesondert betrachtet wird. Relevant für das DPKO ist, dass die logistische Planung und Unterstützung von



Abbildung 1: Homepage des AA für Kinder: [www.kinder.diplo.de](http://www.kinder.diplo.de)

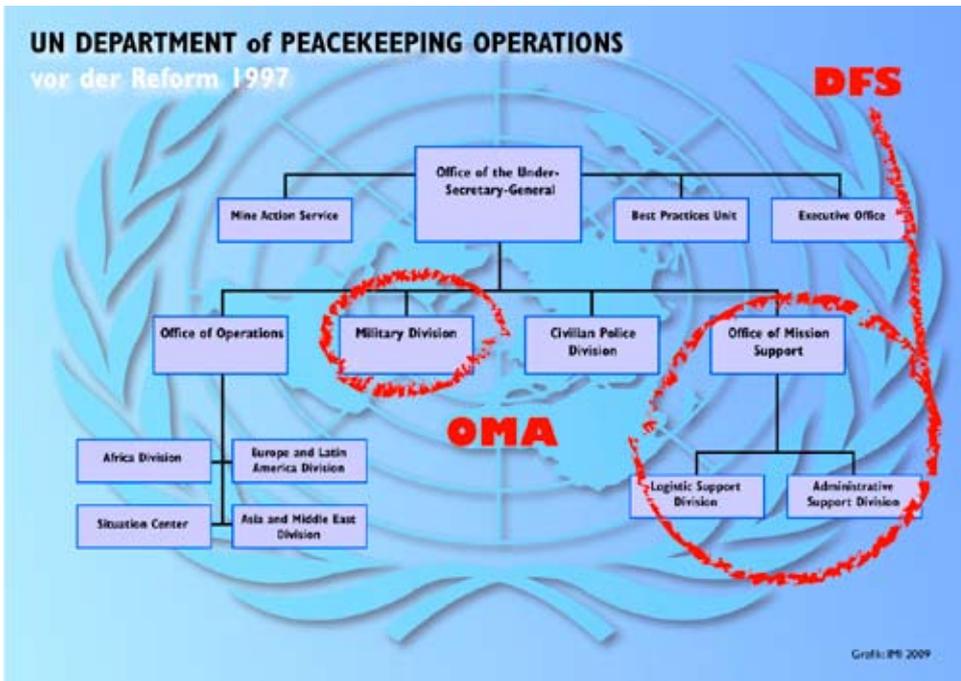


Abbildung 2: Die DPKO-Struktur von 1997

noch eine Rechtsabteilung (Criminal law and judicial advisory services), eine Abteilung für Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (Disarmament-Demobilization-Reintegration Section, DDR Section) sowie eine Abteilung für Sicherheitsreformer(en) (SSR) geschaffen. Es deutet sich in jener Verschiebung innerhalb des DPKO schon *eine* neue Schwerpunktsetzung in den Friedensbemühungen an. Es ist nicht mehr die Kontrolle von Pufferzonen als Kernaufgabe, sondern die Schaffung, Etablierung und Förderung ganzer staatlicher Strukturen, insbesondere im Bereich der staatlichen Gewalt.

Die dritte Umstrukturierung ist die Aufwertung der „Abteilung“ für Militärfragen (Military Division) zu dem „Büro“ für Militärfragen (Office of Military Affairs, OMA), inklusiver neuer Unterstrukturen und Vernetzungen innerhalb des DPKO und DFS.<sup>3</sup> Die Aufgabe des OMA ist es, „diebestmöglichen und angemessenen Militärkapazitäten für die UN-Friedensmissionen und die bestmögliche militärische Beratung für die UN-Führung zu gewährleisten.“<sup>4</sup> Hierbei fällt die spezifische personelle Besetzung fast sämtlicher Leitungsfunktionen ins Auge. Die große Mehrzahl der Leitungsfunktionen im OMA ist und war von Absolventen US-amerikanischer Militärakademien sowie ehemaligen NATO-Beschäftigten besetzt.<sup>5</sup> Das ist für ein solch zentrales Institut für Friedensbemühungen im OMA/DPKO inakzeptabel, da eine „neutrale“ Entscheidungsfindung bei einer solchen Besetzung kaum gewährleistet sein kann. Es stellt sich die Frage, weshalb in den militärischen Strukturen Kapazitäten der beiden Sicherheitsratsmitglieder China und Russland nicht vorzufinden sind.

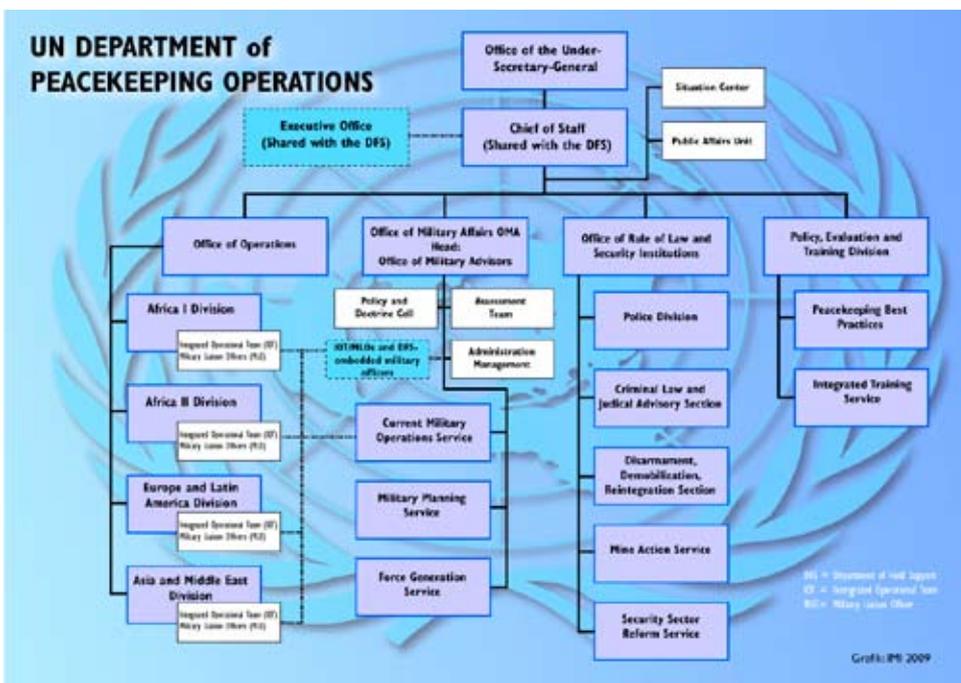


Abbildung 3: Organigramm des DPKO nach dem Reformprozess

den militärischen Planungen ausgelagert wurde. Dies ist jedoch nur scheinbar so, denn das DPKO ist eng mit dem DFS verknüpft, steht diesem sogar vor. Neben einer versteckten Budgeterhöhung für nun zwei (militärrelevante) Sekretariate steht das DPKO - oberflächlich betrachtet - weiter entfernt von integritätsgefährdenden Industriegeschäften und Verwicklungen. Eine Komplexitätserhöhung geht jedoch auch mit wachsender Intransparenz und einer Verantwortungsverflechtung von politisch-militärischen auf „rein administrativ-logistische“ Dienststellen einher.

Als zweites wurden der Entminungsdienst (Mine Action Service) und die zivile Polizeiabteilung (Civilian Police Division) in das neu geschaffene Büro für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen (Office of Rule of Law and Security Institutions, OROLSI) integriert. Zusätzlich wurden im OROLSI

Ein weiterer Punkt in Sachen Personalpolitik betrifft den Leiter des DPKO selbst. Diesen Posten übernahm der Franzose Alain Le Roy am 30. Juni 2008 vom ebenfalls französischen Staatsbürger Jean-Marie Guéhenno. Frankreichs Versuch über diese Verbindung weiterhin Einfluss insbesondere in Afrika zu nehmen – als Fortsetzung eines kolonialen Erbes - kann etwa an dem sehr aktiven Mitwirken Guéhennos im Fall der insbesondere von Frankreich erwünschten Truppenentsendung in den Tschad gesehen werden. Guéhenno war seinerzeit verantwortlich für eine vermeintlich offizielle Bitte der UN an die EU, Soldaten an der Grenze zum Sudan zu stationieren.<sup>6</sup> Le Roy wie auch Guéhenno können beste Kontakte zum Élysée-Palast bescheinigt werden. Diese französische Einflussnahme ist spätestens nach der Rückkehr Frankreichs in die NATO-Kommandostrukturen im März 2009 extra von Bedeutung und fügt sich somit zu der

zweifelhaften „Unabhängigkeit“ eines DPKO nahtlos an.

Ein Novum stellte die 2006 für den UNIFIL-Einsatz geschaffene Strategische Militärcelle (Strategic Military Cell, SMC) dar. Hier sollte sich zeigen, welche Bedeutung die richtigen Personen an der richtigen Stelle besitzen. Als Bedingung für die Entsendung europäischer Kontingente in den UNIFIL-Einsatz handelte Frankreich mit dem DPKO in der Person von Jean-Marie Guéhenno einen Kompromiss aus. Dieser sah vor, dass nicht wie üblich das DPKO als politisches Hauptquartier dem Hauptquartier auf dem Feld Instruktionen erteilt, sondern eine eigene Struktur innerhalb des DPKO – die SMC – geschaffen werden sollte.<sup>7</sup> Da dieser Vorschlag zu starken Irritationen bei truppenstellenden Ländern wie Bangladesch und Pakistan führte,<sup>8</sup> wurde die MSC selbst nicht direkt in die Kommandostruktur eingebunden, sondern nur als „militärisches Beratungsgremium“ installiert. Das politische Hauptkommando führte weiterhin der Vorsitzende der Unterabteilung für aktuelle Militäroperationen – NATO General Van Dullemen.<sup>9</sup> Die 28 MSC-Mitglieder setzen sich zu 2/3 aus europäischen Militärs zusammen plus Militärs der ständigen fünf Mitglieder des Sicherheitsrates. Die Irritationen konnten jedoch nicht vollends geklärt werden.<sup>10</sup> Es ist davon auszugehen, dass derartige Sonderwege auch zukünftig zu erwarten sind. Sie bedeuten, dass die EU, wiewohl sie dann unter blauem UN-Helm agiert, ihre eigenen Kommandostrukturen innerhalb des DPKOs besitzen – unter Duldung und Zusammenarbeit mit dem DPKO.

Abschließend sei noch angemerkt, dass das OMA Militärische Verbindungspersonen (Military Liaison Officers, MLOs) und integrierte, operative Teams (Integrated Operational Teams, IOTs) im DPKO Büro für Operationen (Office of Operations) sowie integrierte militärische Verbindungspersonen (embedded military officers) im DFS vorzuweisen hat. Die militärischen Kernstrukturen des DPKOs reichen somit über das OMA hinaus und können so ihren Einfluss geltend machen.

Es bleibt als Schlussfolgerung festzuhalten, dass das DPKO eine erhebliche Umstrukturierung erfahren hat, die verstärkt einen Schwerpunkt im genuin Militärischen setzte. Zudem kommen dem DPKO neue Aufgaben zu, welche die Umgestaltung verschiedener Bereiche des Gewaltmonopols der Einsatzländer betrifft. Diese neuen Schwerpunktsetzungen werden zudem begleitet von einer fragwürdigen Personalpolitik im DPKO/OMA. Die beherrschende Besetzung durch NATO-nahe Militärs ist augenfällig. Welche Rolle das ausgegliederte DFS spielt, soll im Folgenden untersucht werden.

## 1.2 DFS – Hauptabteilung Feldunterstützung

Das DFS hat als Mandat die logistische und administrative Unterstützung der Friedenseinsätze und der politischen Missionen der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten (Department of Political Affairs, DPA).<sup>11</sup> Dabei ist es entgegen allen anderen UN-Sekretariaten nicht dem Generalsekretariat selbst, sondern dem DPKO unterstellt.<sup>12</sup> Einige Einrichtungen werden auch mit dem DPKO gemeinsam genutzt, so das Friedenssicherungs-Situationen Zentrum (Peacekeeping Situation Centre, SitCen).<sup>13</sup> Dieses wurde 1993 von Kofi Annan, damals noch in seiner Funktion als Leiter des DPKOs, ins Leben gerufen. Das SitCen nimmt dabei eine Drehkreuzfunktion für den Informationsfluss zwischen Entscheidungsträgern innerhalb von DPKO/DFS ein. Eine weitere Aufgabe ist es aber auch, als Verbindungsstelle zu Organisationen wie der Afrikanischen Union (AU), EU und NATO zu fungieren. Leiter des SitCen ist der ehemalige NATO-Oberst Ian Sinclair. Dieser übernahm 2009 den Posten

## Abkürzungsverzeichnis

- CMCS – Sektion für Zivil-Militärische Koordination (Civil-Military Coordination Section)
- CMCoord – Zivil-Militärische Koordination (Civil-Military Coordination)
- DDR – Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (Disarmament, Demobilisation and Reintegration)
- DPA – Hauptabteilung Politische Angelegenheiten (Department of Political Affairs)
- DFS – Hauptabteilung Feldunterstützung (Department of Field Support)
- DPKO – Hauptabteilung Friedenssicherung (Department of Peacekeeping Operations)
- IFOR – Friedensumsetzungstruppe (Implementation Force)
- IOT – integrierte, operative Teams (Integrated Operational Teams)
- ISAF – Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force)
- KFOR – Kosovo-Truppe (Kosovo-Force)
- LSD – Abteilung für logistische Unterstützung (Logistics Support Division)
- MLO – Militärische Verbindungspersonen (Military Liaison Officers)
- OCHA – Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs)
- OMA – Büro für Militärfragen (Office of Military Affairs)
- OROLSI – Büro für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen (Office of Rule of Law and Security Institutions)
- OSOCC – Vor-Ort-Einsatz-Koordinierungszentrum (On-site Operations Coordination Centre)
- PBC – Kommission der Vereinten Nationen für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission)
- PBF – Friedenskonsolidierungsfonds (Peacebuilding Fund)
- SFOR – Stabilisierungstreitkräfte (Stabilisation Force)
- SitCen – Friedenssicherungs-Situationen Zentrum (Peacekeeping Situation Centre)
- SMC – Strategische Militärcelle (Strategic Military Cell)
- SSR – Sicherheitssektorreform (Security Sector Reform)
- UNAMA – Unterstützungsmission der UN in Afghanistan (United Nations Assistance Mission in Afghanistan)
- UNAMSIL – Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone (United Nations Mission in Sierra Leone)
- UNDP – Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme)
- UNHCR – Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees)
- UNICEF – Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children's Fund)
- UNIFIL – Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon (United Nations Interim Force in Lebanon)
- UNTAET – Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Osttimor (United Nations Transitional Administration in East Timor)
- UNLB – Logistik Stützpunkt der Vereinten Nationen (United Nations Logistic Base)
- UNMIH – Mission der Vereinten Nationen in Haiti (United Nations Mission in Haiti)
- UNMIK – Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo)
- UN-PD – Beschaffungswesen der Vereinten Nationen (United Nations Procurement Division)

vom ehemaligen NATO-Brigadegeneral François Dureau.<sup>14</sup> Sinclair war vor Antritt dieser Stelle übrigens Stabschef im OMA, wurde dort aufgrund seines Wechsels ins SitCen aber von dem NATO-Brigadegeneral Jean Baillaud abgelöst.<sup>15</sup>

Das DFS selbst ist für vier Bereiche zuständig: Budget und Finanzen, Logistik, Kommunikation und Informationstechnologie sowie das Management des Feldpersonals. Des Weiteren ist im DFS eine Abteilung für Verhalten und Disziplin (Conduct and Discipline Unit) angesiedelt, welche Personal in Einsätze entsendet, um Fehlverhalten (etwa sexuelle Übergriffe durch UN-Personal) „entgegenzuwirken“.

Auf zwei Bereiche des DFS sei hier ein genauerer Blick geworfen: die Abteilung für logistische Unterstützung (Logistics Support Division, LSD) sowie die von dieser verwaltete Logistikstützpunkt der Vereinten Nationen (United Nations Logistic Base, UNLB) in Brindisi, Italien. Das LSD ist mit der Lösung genuin logistischer Aufgaben in den Missionen betraut. Logistik, das ist zu einem großen Teil Truppen- und Materialtransport zu den und innerhalb der Feldmissionen. Das LSD ist nach den USA der zweitgrößte militärische Truppenbeförderer weltweit.<sup>16</sup> Im Jahr 2008 wurden 280 Flugzeuge, 17.000 Fahrzeuge und mehr als 112.000 Personen im Feld (alle Zahlen *exklusiv* der UN-mandatierten Missionen, also z.B. ISAF) vom DFS/LSD logistisch betreut –Tendenz steigend (Abbildung 4).<sup>17</sup> Es vermittelt schon einen ersten Eindruck, welche wirtschaftlichen Dimensionen die Friedensbemühungen aufweisen.

Der Logistikstützpunkt (UNLB), eingerichtet auf einem Flughafengelände der italienischen Luftwaffe, lagert und bereitet gebrauchtes Material der Missionen wieder auf und ist die Schnittstelle sämtlicher weltweiter Kommunikation bei den Feldeinsätzen. Die italienische Regierung zeigte sich auch stets sehr großzügig im Ausbau dieser Lagerkapazitäten.<sup>18</sup> Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, wenn man sich die Firmen anschaut, welche das Lager in Brindisi hauptsächlich beliefern und bewirtschaften – zumeist bringen sie Waren oder verrichten Dienstleistungen made in Italy.<sup>19</sup>

Abschließend sei auf das „New Horizon Think Piece“ hingewiesen, eine offiziell beim DPKO/DFS eingereichte Studie eines Think Tanks, welcher sich dafür ausspricht, in Zukunft

„dem DFS die Fähigkeiten der notwendigen Budgetautorität für weitergehende Beschaffungen einzuräumen [...]“<sup>20</sup>. Um dies genauer zu verstehen, soll das Beschaffungswesen der UN betrachtet werden. Denn nur ein geringer Teil des benötigten Materials und der Dienstleistungen wird bisher über die UNLB direkt erworben. Der überwiegende Teil der Verträge für Friedenseinsätze und politische Missionen schließt das Amt für Beschaffungswesen (UN-PD) der UN.

Das DFS mit seiner Verflechtung mit dem DPKO ist aber dennoch, und das muss hier festgehalten werden, der entscheidende Akteur in der Generierung der konkreten Nachfrage für Material und Dienstleistungen im Friedensgeschäft der UN. Ein steigendes DPKO/DFS-Budget verbessert also die Verdienstmöglichkeiten im Milliardengeschäft mit Ausrüstung, Logistik und anderen Dienstleistungen. Wird nun weitere Autorität für die Beschaffung direkt auf das DFS verlagert, verschleiert sich das Beschaffungswesen zunehmend und das DPKO/DFS ist dann nicht nur Erschaffer der Nachfrage, sondern kann direkt seine Geschäftskontakte ohne den Umweg über das UN-Beschaffungswesen unterhalten, pflegen und ausbauen. Im folgenden Kapitel soll gezeigt werden, welchen Umfang und welche Geschäftskontakte das UN-PD heute bereits hat und in welcher (schlechter) Gesellschaft sich die Friedensbemühungen auf wirtschaftlicher Ebene befinden.

### 1.3 UN-PD – Beschaffungswesen der UN

Wenn es im Internationalisierungszentrum der Steiermark über das UN-Beschaffungswesen (bzw. Vergabewesen, Procurement) heißt, „alle Österreichischen Unternehmen haben zusammen im letzten Jahr [2008] nur einen Anteil von 0,65 % erzielt. Dies sollte für uns Ansporn genug sein, um ein größeres Stück vom Kuchen zu ergattern!“<sup>21</sup> und die Deutsch-Amerikanische Handelskammer gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium in einer Hochglanzbroschüre für spezielle „Peacekeeping-Procurement Workshops“ wirbt,<sup>22</sup> dann sollte dies einen Eindruck darüber vermitteln, wie fortgeschritten die Bemühungen, „etwas vom Kuchen zu ergattern“, sind.

## Surge in uniformed UN Peacekeeping personnel from 1991 to 2009



Abbildung 4: Grafik aus dem UN-Bericht zu „Peace Operation, Year in Review 2009“ S.67, Zunahme des uniformierten Personals

Für die Vertragsvergabe, Einkauf und Beschaffungslogistik sollen hier als relevante Akteure im Friedensgeschäft der Global Marketplace sowie das Beschaffungswesen der Vereinten Nationen (United Nation Procurement Division, UN-PD) Betrachtung finden. Der Global Marketplace ist dabei der Versuch, einen zentralen Anlaufpunkt für Unternehmen, die mit der UN Geschäfte tätigen wollen, zu schaffen. Über diesen Marktplatz laufen heute bereits 95 Prozent der UN-weiten Beschaffungen und 18 UN-Agenturen (z.B. UNICEF, UNDP, UNHCR, UN-PD) sind auf ihm versammelt.<sup>23</sup> Die Angebote sowie Geschäfte auf diesem Marktplatz für die Friedenseinsätze (und politischen Missionen) erstellt und tätigt das UN-PD.<sup>24</sup>

Der Umfang des Gesamtbeschaffungswesens der UN betrug im Jahr 2008 13,6 Mrd. US\$, was einen Anstieg zum Vorjahr (10,1 Mrd. US\$) um 34,4 Prozent darstellt! Im Rückblick auf die vorhergehenden Jahre kann, um es in den Worten des Internationalisierungszentrum der Steiermark zu sagen, von einem größer werdenden Kuchen gesprochen werden.<sup>25</sup> Der Umfang des Beschaffungswesens des UN-PD betrug 2008 3,2 Mrd. US\$, womit es das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) im Vergleich zum Vorjahr als bisher führende UN-Agentur erstmalig ablöste. Im Jahr 2007 betrug das Budget des UN-PD lediglich 1,9 Mrd. US\$ und stieg damit im Vergleich zu 2008 um 68,4 Prozent!<sup>26</sup> Von diesen 3,2 Mrd. US\$ (2008) des UN-PD entfielen wiederum 2,7 Mrd. US\$ explizit auf den Bereich Peacekeeping.<sup>27</sup> Das beschlossene Budget für den Zeitraum 1. Juli 2009 bis 30. Juni 2010 beträgt 7,75 Mrd. US\$.<sup>28</sup> Wiewohl die Budgetrechnungen jeweils im halben Jahr beginnen/enden, wäre dies im Vergleich zu der Zahl von 2008 ein Anstieg um 187 Prozent!

Als Beispiel<sup>29</sup> für UN-Geschäftspartner des UN-PD sei das in der Schweiz und Deutschland ansässige Nahrungsmittellogistikunternehmen Supreme Foodservices AG genannt. Die Firma ist dabei spezialisiert auf die Versorgung militärischer Einheiten und einer der weltweit führenden Militärlogistikpartner.<sup>30</sup> Supremes Vertragsvolumen betrug nach eigenen Berechnungen 2008 rund 180 Mio. US\$ - allein für Nahrungsmittel in den Friedenseinsätzen.<sup>31</sup> Ein anderes Beispiel illustriert einen neuen Trend: die so genannte „crowd und riot control“, also das Vorgehen gegen Demonstrierende, gegen Hungerrevoltierende und sonstige Menschenansammlungen, die keine militärischen oder etwa terroristische Gruppen darstellen. Ein Vertragspartner der UN in diesem Bereich ist die deutsche Firma NOWAR Security,<sup>32</sup> ein Anbieter von Sicherheitsausrüstung, der u.a. Eschenholzschlagstöcke im Sortiment führt, mit „im Handgriff eingearbeiteten Fingerrillen [die] ein Abrutschen [verhindern]“.<sup>33</sup>

Leiter des UN-PD ist übrigens Paul Buades, der von 1985-2006 bei der NATO in ganz unterschiedlichen herausgehobenen Stellungen im Bereich Beschaffungswesen tätig war. Er trieb u.a. die Auslagerung von militärischen und logistischen Komponenten in privatwirtschaftliche Unternehmen voran. Als „Allied Command Operations (ACO) Head of Contracts“ stattete er nicht nur IFOR, SFOR, KFOR, sondern auch ISAF aus.<sup>34</sup>

Da auch der UN aber scheinbar wichtig ist, dass ihre Geschäftspartner ethischen Kriterien unterliegen, ist der UN Global Compact ins Leben gerufen worden. Dies beinhaltet u.a. eine Art Zertifizierungssystem, das anhand von zehn Prinzipien die Ethik eines Unternehmens ermitteln möchte. Dabei sind vor allem Korruption, Menschenrechte, Arbeitsrechte und Umweltfragen von entscheidender Bedeutung.<sup>35</sup> Dass jedoch eine Firma wie PAE, ein 100-prozentiges Tochterunternehmen eines der weltweit größten Rüstungsunternehmen – Lockheed Martin

- ohne Probleme auch dieses Zertifikat erhalten kann, stimmt nachdenklich.

Dies alles sollte noch einmal an den steiermarkschen Kuchen erinnern, der nicht nur ständig wächst, sondern es auch umso fraglicher ist, welche Gäste am Kuchen naschen, Gäste die daran verdienen, dass Instabilität, Unsicherheit und militärische Konflikte herrschen. Dass solche Gäste an friedlichen Zuständen interessiert wären, die ihnen das rasant wachsende Geschäft zum Erliegen bringen, ist fraglich.

## 2 Neue (alte) Konzepte: Über die Verknüpfung von Herrschaft und Militär

Wie und wohin sich die UN verändert, kann nicht nur an den Umstrukturierungen, sondern auch anhand der verwendeten Konzepte gezeigt werden. In den frühen Friedensmissionen war der Schutz von Pufferzonen bestimmend, die von souveränen Vertragspartnern in einem Waffenstillstandsabkommen vereinbart wurden. Heute hingegen rückt die Verwaltung, Entmündigung und Reformierung von „Staaten“ und ihrem Gewaltmonopol immer mehr in den Fokus. Zwei Konzepte sind dafür relevant: die so genannte Sicherheitssektorreform und die Treuhänderschaft. Daneben sei auch auf die zunehmende Institutionalisierung und Konzeptionalisierung von zivilen und militärischen Akteuren in den Zivil-Militärischen Beziehungen geschaut.

### 2.1 SSR-Sicherheitssektorreform(en)

Ein immer mehr in die konkrete Praxis der UN rückendes Konzept ist das der Sicherheitssektorreform (SSR). Erst 2008 legte der UN-Generalsekretär mit „Sicherung von Frieden und Entwicklung: Die Rolle der Vereinten Nationen bei der Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors“ einen ersten umfassenden Bericht zu diesem Thema vor, in welchem die dringende Erfordernis eines „ganzheitlichen und kohärenten“ Ansatzes zum Thema angemahnt wird.<sup>36</sup>

Dieser „ganzheitliche und kohärente“ Ansatz einer SSR bedeutet dabei für die UN, dass sämtliche staatliche Gewaltorgane (plus privater Sicherheitsanbieter)<sup>37</sup> eines Nachkriegsgebietes im Rahmen einer die militärische Mission flankierenden zivilen Mission neu aufgebaut oder reorganisiert werden, um sie dann unter eine demokratische Kontrolle stellen zu können. Meist beschränkt es sich jedoch darauf, uniformierte Kräfte, also Militär und Polizei auszubilden und auszurüsten. In der Capstone Doktrin des DPKO (ein Kerndokument der aktuellen Friedensbemühungen) wird die SSR als wichtige Zielgröße von Exit-Strategien in komplexen Friedensmissionen genannt. Es wird sich darin klar für die Umstrukturierung, Reformierung und das Training von Polizei und Streitkräften als zentraler Bestandteil der Friedensmissionen ausgesprochen.<sup>38</sup> Eine in sich seltsame Logik, wenn in einem kriegsgeschüttelten Land zu dessen Wiederaufbau bei der Modernisierung von Militär und Polizei (welche oftmals eher als Gendarmerie bezeichnet werden sollte) ein Schwerpunkt gesetzt wird, anstatt in zivile Konfliktlösungsmechanismen zu investieren. Dass dies auch die Kriege von Morgen mit Waffen und SoldatInnen ausstattet, scheint von Seiten der UN als unproblematisch eingestuft zu werden, und der in der UN-Charta festgehaltene hohe Wert von Abrüstung gerät leicht in Vergessenheit. Gewalt scheint dann als legitim betrachtet zu werden, wenn sie gekleidet ist in Uniform.

Die UN ist dabei vielfältig in die Reform von Sicherheitskräften involviert. So soll die Reintegration informeller Kämpfer

eigentlich mit der Entwaffnungs- und Demobilisierung und Reintegration in das zivile Leben (DDR) einhergehen. Es kann jedoch viel eher von einer Umverteilung der Waffen als von einer Entwaffnung gesprochen werden. Im Rahmen mehrerer UN-Missionen wurden ehemalige Milizen und Rebellengruppen in „gemischte Brigaden“ der offiziellen Armee integriert. Als Beispiele können hier Sierra Leone genannt werden, wo sich etwa Präsident Tejan Kabbah 2006 dankbar zeigt für die „Neuorganisation und Aufrüstung der Streitkräfte“ durch die UNAMSIL Mission,<sup>39</sup> oder die UNMIH Mission auf Haiti, bei der 1993 der Sicherheitsrat in Resolution 867 die Autorisierung erteilte, die Streitkräfte zu „modernisieren“ sowie eine neue Polizei aufzubauen.<sup>40</sup> Auch der Aufbau der Armee in Afghanistan<sup>41</sup> oder an verschiedenen Stellen auf dem Balkan sind hier zu nennen, wiewohl dort auf die Kooperation mit der NATO als treibende Kraft hingewiesen werden muss. Zudem findet Streitkräfteaufbau im Zuge von UN-Missionen auf bilateraler Ebene statt, so rüstete und trainierte etwa die deutsche Marine während des UNIFIL-Einsatzes die libanesische Marine.<sup>42</sup>

Eine neue Struktur im Bereich der SSR ist die 2005 geschaffene Kommission für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission, PBC). Diese ist als beratendes Organ für den Sicherheitsrat und die Generalversammlung ins Leben gerufen worden, um in der Konfliktachsorge einen Zuwachs an Expertise zu generieren. So rät etwa die PBC der Regierung von Guinea-Bissau seinen Militärssektor zu reformieren, eine Aufgabe, welche die EU mit einer eigenen, zivil-militärischen Operation im Jahr 2008 übernahm. Aus der Konfliktachsorge wird so schnell Konfliktvorsorge. Ergänzend dazu wurde noch ein spezieller Friedenskonsolidierungsfonds (Peacebuilding Fund, PBF) aufgesetzt. Dieser fördert monetär neben Dialogmaßnahmen z.B. auch die Polizei und das Militär in Burundi<sup>43</sup> sowie Guinea-Bissau<sup>44</sup> oder die Verwaltung von Gefängnissen auf Haiti<sup>45</sup> – also ganz klassische Maßnahmen im Bereich der SSR. Der PBF hat zum Stand 2009 einen Umfang von rund 345 Mio. US\$.<sup>46</sup>

Weitere Strukturen bei der UN, die sich mit Sicherheitssektorreform(en) beschäftigen, sind das DPKO sowie das UNDP.<sup>47</sup> VertreterInnen der beiden Agenturen treffen sich in der 2007

gegründeten „Interagency Task Force SSR“, um die SSR neben der Konfliktachsorge auch in die Konfliktprävention sowie die Entwicklungszusammenarbeit stärker zu verankern.<sup>48</sup> Im DPKO selbst wurde, wie bereits bei den DPKO-Reformprozessen erwähnt, eigens eine Abteilung für die Organisation von SSR geschaffen. Derzeit ist diese Abteilung in mindestens zehn Friedensmissionen involviert.<sup>49</sup> Zwei hohe Beamte aus dem militärischen Arm des DPKO – dem OMA – wurden während des Reformprozesses ebenso in das OROLSI-Büro, in dem die SSR-Abteilung sich befindet, versetzt.

Die D-2 Position hatte Andrew Hughes als Direktor der Polizeiabteilung (Police Division, UNPol) inne. Pünktlich zum Weltfrauentag 2010 übernahm Hughes' Amt seine bisherige Stellvertreterin Ann-Marie Orlor.<sup>50</sup> Ihr sind 11.500 Polizeikräfte unterstellt, wovon allein 3.000 in Darfur stationiert sind. Bei voller Auslastung soll die Zahl in Darfur auf 6.500 steigen, welches die Gesamtzahl auf 14-15.000 anheben würde.<sup>51</sup> Zusätzlich dazu, dass die UN hier selbst als Sicherheitsakteur eintritt, wird dieses auch mit Trainingsmaßnahmen für die örtlichen Kräfte verknüpft. Diese Ausbildung im Rahmen von SSR wird zunehmend von privaten Sicherheitsfirmen übernommen. Dies gilt vor allem für die von den USA bereitgestellten PolizeiausbilderInnen.<sup>52</sup> SSR in UN-Missionen werden damit indirekt zu einem erträglichen Nebengeschäft für Rüstungskonzerne, die dieses auch als Türöffner für künftige robuste Rüstungsgeschäfte nutzen. Um genau zu sein, kommt die Nachfrage nach robusten Gütern deshalb zustande, weil vorher die UN im Rahmen von SSR reformierte und „modernisierungswillige“ Armeen generiert hat.

## 2.2 Treuhänderschaft

Eng mit dem Thema SSR verknüpft ist das der Treuhänderschaft. Ursprünglich hatte diese Idee in Form des Treuhandrates zur Überführung der Kolonien in die Unabhängigkeit Anteil am Gefüge der UN-Agenturen. Seine Arbeit stellte dieser Rat im Jahr 1994 mit der Entlassung des letzten Treuhandgebietes Palau ein.<sup>53</sup> Seitdem gibt es Bemühungen, jenen aus der UN-Charta zu streichen.<sup>54</sup>

Zeitgleich zu den Bemühungen, dieses Gremium zu streichen, erfolgt die Wiederbelebung der faktischen Mandatsherrschaft der UN über bestimmte Gebiete. So weist Raoul Jacobs die Wiederkehr der Treuhänderschaft u.a. in Somalia (UNSO II), in Osttimor (UNTAET), im Kosovo (UNMIK), in Afghanistan (UNAMA) und in Bosnien-Herzegowina nach.<sup>55</sup> In all diesen Fällen übernahm und übernimmt die UN weitreichende Verwaltungsaufgaben, bis hin zur vollständigen (zivilen) Kontrolle dieser Gebiete. Die Souveränität bzw. Teile der Souveränität (im Fall des Kosovo und Serbiens) wird de facto aufgehoben und das Souveränitätsrecht eklatant verletzt. Es wird eine Zwei-Klassen-Gesellschaft von Gebieten geschaffen, eine Klasse freier Staaten und eine von verwalteten, unfreien – was der UN-Charta, speziell Artikel 1 (2), klar widerspricht.

Besonders sei hier auf die Rolle der UN-Sondergesandten eingegangen, die – „demokratisch gesinnten Diktator[en]“<sup>56</sup> gleichend – an der Spitze der Verwaltung stehen und gegenüber den „regierten“ Personen so gut wie keine Rechenschaft ablegen müssen, während diese deren Amtshandlungen in keiner Weise kontrollieren können. Die Sondergesandten werden dementsprechend nicht von der ansässigen Bevölkerung legitimiert, sondern vom UN-Generalsekretär selbst ernannt. Als Beispiel sei hier Kai Eide genannt, der seit 10. März 2008 UN-Sondergesandter der UNAMA-Mission ist. Sein Vertrag wurde im März



Überholt? Abrüstungsskulptur des Künstlers Carl Fredrik Reuterswärd vor dem Hauptquartier der UN - Geschenk der Luxemburgischen Regierung an die UN 1988, Foto: CC-Lizenz, worldlandsinfo.com über Wikimedia

2010 nicht verlängert, nach Medienberichten wird spekuliert, dass dieses direkt mit seinen Verharmlosungen des Wahlbetruges 2009 in Afghanistan zu tun hat.<sup>57</sup> Eide löste zuvor den Grünen Politiker Tom Koenigs ab. Kai Eide selbst war vor dieser Tätigkeit bereits schon einmal UN-Sondergesandter in Bosnien-Herzegowina (1997/98), hat als norwegischer Abgesandter eine „breite Erfahrungen in der NATO“ vorzuweisen und war auch schon Sondergesandter des norwegischen Ölkonzerns STATOIL.<sup>58</sup> Mit großer Freude wurde die Ernennung Eides auch in der Abschlusserklärung des NATO-Gipfels 2008 in Bukarest begrüßt.<sup>59</sup>

Erwähnenswert sind die Missionen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo. In Bosnien wird das Amt des Sondergesandten der UN seit 2002 in Personalunion von dem Sondergesandten der EU ausgeübt. Zudem wurde die IFOR in die SFOR und schließlich 2004 in die EU-Mission EUFOR Althea umgewandelt, allesamt unter UN-Autorisierung stehend. 2006 trat Bosnien der NATO-Partnerschaft für den Frieden bei und wird auch im Bereich der SSR von der NATO unterstützt. So hieß auch 2008 eine Meldung in der Deutschen Welle: „Politische Reformen auf der Ebene des Gesamtstaates Bosnien-Herzegowina kommen oft nur langsam voran. Die Armee des Landes ist ein Beispiel dafür, dass es auch anders geht.“<sup>60</sup> Im Kosovo ist das Vorgehen ähnlich. Nach dem völkerrechtswidrigen und nachträglich mandatierten NATO-Krieg setzte die UN mit der Resolution 1244 am 10. Juni 1999 einen Sondergesandten ein und übernahm die Zivilverwaltung (de jure bleibt das Gebiet jugoslawisch). Eine der ersten erlassenen Anordnungen der UN-Mission UNMIK war die Übernahme aller exekutiven, legislativen und judikativen Funktionen und quasi die Entmachtung Belgrads, die aber de facto zunächst von NATO (und UCK) übernommen wurden, da die UN nicht genug Personal entsandte.<sup>61</sup> Der UN-Sondergesandte ist wiederum gleichzeitig in Personalunion der EU-Sonderbeauftragte. Seit 2008 übernimmt schrittweise die EULEX-Mission der EU die Aufgaben von UNMIK, und das Kosovo wird damit faktisch zum EU-Protectorat (so es das nicht auch schon vorher war).<sup>62</sup> Die im September 1999 vom UN-Sondergesandten als ziviler Katastrophenschutz aufgestellte Kosovo-Schutztruppe<sup>63</sup> wurde folgerichtig im Januar 2009 aufgelöst bzw. um genauer zu sein in die „Sicherheitskräfte“ des Kosovo – also faktisch der Armee des Kosovos – umgewandelt. Ausgerüstet und ausgebildet wird diese u.a. auch von Deutschland.<sup>64</sup> Aus der Treuhänderschaft der UN wurde somit eine der EU, welche nun in Kooperation mit der NATO über das weitere Schicksal des UN-Mitgliedstaates Bosnien-Herzegowina und des Kosovo entscheidet.

Es bleibt festzuhalten, dass die Treuhänderschaft gemeinsam mit der Sicherheitssektorreform einen Arbeitsbereich in den UN-Friedensbemühungen (wieder) eröffnet, der eigentlich dem Bild der UN und der Charta widerspricht. Anstatt weltweit die Abrüstung zu forcieren und so einer friedlicheren Welt ein Stück näher zu kommen, wird die UN Teilhaberin von Aufrüstung und einer Form von imperialistischen Machtbestrebungen, die eine Zwei-Staaten-Weltordnung etabliert. Dieses hat nichts mehr gemein mit dem Schutz von Pufferzonen als neutrale Instanz und Hüterin eines allgemeinen Gewaltverbotes.

### 2.3 Zivil-Militärische Beziehungen

Auf ein letztes Konzept sei an dieser Stelle eingegangen – die zivil-militärischen Beziehungen der UN. Während bei den Konzepten von SSR und Treuhänderschaft die Rolle der UN einigermaßen klar beschrieben werden kann, stellt sich das für

die zivil-militärischen Beziehungen als schwierig dar. Das liegt daran, dass die UN sowohl ein militärischer Akteur als auch ein ziviler ist. Globale Nichtregierungsorganisationen, die ansässige Zivilbevölkerung sowie auch die bewaffneten einheimischen Konfliktparteien treten zusätzlich als Akteure auf. In den UN-mandatierten (und von der UN als „ziviler“ Akteur begleiteten) Missionen kommt zudem noch ein weiterer militärischer Akteur in Form der Regionalorganisationen hinzu.

Im Rahmen der militärischen Aktivitäten der NATO, aber auch verstärkt für die Bundeswehr hat sich für die zivil-militärischen Beziehungen der Begriff der zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ, engl.: Civil-Military Co-operation, CIMIC) eingebürgert. Um dies zu verstehen muss etwa die Logik eines Winrich Kühne eingenommen werden. So gehören für ihn zu den Akteuren in Friedenseinsätzen „Militär, Polizei, zivile Fachkräfte und humanitäre Hilfe“.<sup>65</sup> Diese also gilt es nun von Seiten des Militärs im Rahmen von CIMIC zu koordinieren und für die Erreichung militärischer Ziele mit ihnen in Kooperation zu treten, oder genauer: sie nutzbar zu machen.<sup>66</sup>

Doch wie sieht dies von Seiten der UN selbst aus? Im Unterschied zu genuinen militärischen Handlungslogiken, wie sie etwa bei dem NATO-CIMIC Verständnis evident sind, versucht sich die UN davon mit ihrem Konzept der „Zivil-Militärischen Koordination“ (Civil-Military Coordination, CMCoord) abzugrenzen.<sup>67</sup> Aus den aktuellen (2008) Richtlinien für die CMCoord-Verantwortlichen in Afghanistan (UNAMA) heißt es dazu:

CMCoord „ist der erforderliche Dialog und die Interaktion zwischen zivilen und militärischen Akteuren in humanitären Notfällen, die notwendig sind, um humanitäre Prinzipien zu schützen und zu fördern, Konkurrenz zu vermeiden, Unvereinbarkeiten zu minimieren, und wenn angebracht, gemeinsame Ziele zu verfolgen. Elementare Strategien reichen von Koexistenz bis zu Kooperation. Koordination ist eine geteilte Verantwortung, ermöglicht durch Zusammenarbeit und gemeinsames Training.“<sup>68</sup>

Eine der grundlegenden Kritiken an CIMIC ist, dass es im Feld zu einer Vermischung von Zivilem und Militärischem kommt und dadurch die für die humanitäre Arbeit notwendige Neutralität (und auch das Leben) der zivilen Kräfte gefährdet ist.<sup>69</sup> Ob CMCoord frei von diesem Vorwurf ist, kann hier nicht abschließend beurteilt werden. Es soll jedoch im Folgenden gezeigt werden, dass sich die gefährliche Vermischung mit militärischer Logik für humanitäre Belange für CMCoord z.T. in den CMCoord-Strukturen selbst schon vollzieht.

Bearbeitung erfährt das Konzept sowohl durch das DPKO als auch durch die Sektion für Zivil-Militärische Koordination (Civil-Military Coordination Section, CMCS), welche ihren Sitz in Genf hat. Das CMCS wiederum ist eine Unterabteilung der Abteilung für Notsituationen (Emergency Service Branch) des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, OCHA). Dessen Leitung unterliegt seit dem 1.3.2007 dem Briten John Holmes.<sup>70</sup> Das CMCS selbst wird von Ingrid Nordström-Ho geführt, die auf einem Vortrag auf dem 3. Civil Protection Forum im November 2009 in Brüssel ihren „unbedarften“ Umgang mit EU und NATO demonstrierte und feststellte, dass viel voneinander – zwischen CMCS, NATO und EU – „kopiert und ausgetauscht“ werde.<sup>71</sup> Der neuralgische Verbindungsposten zwischen CMCS und dem OCHA-Sitz in New York ist mit Michael Marx durch einen langjährigen Offizier der US-Streitkräfte und anschließendem Mitarbeiter der US-amerikanischen Entwicklungsorganisation USAID besetzt.

Michael Marx passt mit diesen Qualifikationen bestens in das

Anforderungsprofil von CMCoord-Verantwortlichen. Diese Verantwortlichen dienen im „Feld“ zur Verknüpfung von Zivilem und Militärischem und müssen als Einstellungsvoraussetzung entweder „einen starken militärischen Hintergrund“ (sowie „gute“ humanitäre Kenntnisse) aufweisen können oder „starke humanitäre Kenntnisse“ kombiniert mit einer „Militärkarriere oder in enger Zusammenarbeit mit dem Militär Erfahrung erworben haben.“<sup>72</sup> Die normative Forderung, dass der CMCoord-Verantwortliche „klar auf Seiten der humanitären Gemeinschaft arbeitet, welcher diese gegenüber dem Militär repräsentiert“, erscheint vor diesem Hintergrund zweifelhaft. Erschwerend kommt hinzu, dass zu den genuinen Aufgaben eines CMCoord-Verantwortlichen „Informationsaustausch, gemeinschaftliches Planen und Arbeitsaufteilung [mit Militär und Zivilakteuren]“ gehören.<sup>73</sup> Damit droht CMCoord-Verantwortlichen der UN, vonseiten des Militärs als Aufklärungsquellen „missbraucht“ zu werden. Von einer Unparteilichkeit der UN kann dann jedenfalls keine Rede mehr sein.

Neben dem Stellen dieser CMCoord-Verantwortlichen und der Erfüllung jener Kernkompetenzen sieht das CMCS seit seiner Etablierung im März 1996 auch Trainingsmaßnahmen als Teil seiner Arbeit an. Dieses Training kann dabei ganz virtuell und interaktiv über das UN-CMCoord IMPACT (Integrated Mission Practical Approach to Coordination Tool) als Selbstlernerfahrung mit anschließendem Zertifikat durchgespielt werden – NATO-Definitionen bieten darin nicht selten einen Referenzrahmen.<sup>74</sup> Vor allem aber veranstaltet das CMCS auch ganz reale Trainingskurse.<sup>75</sup> Es fällt auf, dass die große Mehrzahl dieser Übungen 2009 entweder in NATO-Übungen bzw. Übungen unter Teilnahme der US-Streitkräfte durchgeführt wurden oder aber als Teil des Capacity Buildings der African Standby Force.<sup>76</sup> 2010 sind weltweit 22 weitere rund fünftägige Kurse geplant.<sup>77</sup>

Einen weiteren gravierenden Fall für die Vermischung von Zivilem und Militärischem zeigt der Fall des Majors a.D. der Bundeswehr Klaus Liebetanz. So erzählt dieser im Magazin „Auftrag“ Nr. 271 (Herausgeber ist die Gemeinschaft katholischer Soldaten), wie er die Heeresdienstvorschrift der Bundeswehr zur Gefechtsstandorganisation in die Einsatzgrundsätze eines Vor-Ort-Einsatz-Koordinierungszentrums (On-site Operations Coordination Centre, OSOCC) zur humanitären Hilfe mit hat einfließen lassen:

„Bei den Besprechungen in Genf bezüglich der Einsatzgrundsätze eines solchen OSOCC wurden Gedanken und Abläufe



UN-Soldat (MINURCAT) mit sudanesischen Kindern des Oure Cassoni Flüchtlingslagers in Bahai, Tschad, Oktober 2009, Foto: UN Photo/Olivia Grey Pritchard

aus der entsprechenden Heeresdienstvorschrift der Bundeswehr (HDv 100/200) eingearbeitet, die der Verfasser [Klaus Liebetanz] eigens dafür in Teilen ins Englische übersetzen ließ. Wichtig dabei war ihm eine klare Trennung von Informations- und Operationszentrale, eine Erkenntnis, die er sich als Lageoffizier bei zahlreichen Großübungen der Bundeswehr an den Füßen abgelaufen hatte.“<sup>78</sup> Es ist schon erstaunlich, mit welcher Offenheit Klaus Liebetanz die Einflussnahme eines Bundeswehrsoldaten in die Abläufe ziviler UN-Hilfsmaßnahmen schildert, noch bedenklicher stimmt jedoch, dass militärische Strukturlogiken in humanitäre Angelegenheiten einfließen, etwa eine strenge Hierarchisierung von Strukturen oder Befehlsmustern.

Dass sich eine solche Dynamik der Vermischung von Militärischem und Zivilem auch künftig in der UN verstärken wird, ist anzunehmen. So weist etwa der UN-Generalsekretär in seinem Report vom 29.5.2009 über „Den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten“ darauf hin, dass mit Militär *allein* der Schutz von Zivilisten nicht gewährleistet werden kann, und es deshalb notwendig ist, auch alle möglichen zivilen Anstrengungen (inkl. SSR) für den Erfolg einer Mission zu unternehmen.<sup>79</sup> Diese Aussagen erinnern sehr an Aussagen bestimmter bundesdeutscher PolitikerInnen über die Fortführung des Afghanistanensatzes. Es wird dabei leicht vergessen, dass diese Denkfigur weiteres militärisches Agieren legitimiert, ja Strukturen schafft, in denen militärische Gewalt (plus zivile Maßnahmen) als Voraussetzung zur Beilegung von Konflikten oder auch Bewältigung von Katastrophen verstanden wird.

### Fazit – Ein neuer Horizont für Peacekeeping

Es konnte gezeigt werden, welche umfassende Neustrukturierung das DPKO und das DFS erfahren haben. Diese haben nicht nur einen genuin militärischen Schwerpunkt erhalten, sondern auch Strukturen für eine („neue“) Form von Machtprojektion wie State Building. Dies betrifft etwa Polizei- und Armeeausbildung oder andere Einrichtungen staatlicher Gewalt. Die Untersuchungen zum UN-PD haben gezeigt, welche starke wirtschaftliche Interessen hinter den Friedensbemühungen stecken. In allen drei Sekretariaten war auffallend, wie eng diese miteinander verknüpft sind, vor allem aber auch ihre personelle Besetzung. Bedeutend ist dabei nicht nur die Überrepräsentanz von Vertretern des globalen Nordens, sondern die explizite Besetzung durch NATO-Personal und Militärs.

Was sich bereits in den Sekretariaten abzeichnete, wurde noch durch die programmatische Gangbarmachung von neuen (alten) Konzepten gezeigt. Etwa in der faktischen Wiederbelebung eines Treuhandsystems kann deutlich das alte im neuen gefunden werden. Letztlich ist auch der Aufbau von Armeen u.a. im Zuge der SSR und der Versuch der Verknüpfung von Zivilem und Militärischem nicht neu. Neu ist allerdings die konzeptionelle Verankerung in den Friedensbemühungen der UN. Neben den bereits beschriebenen Strukturen traten dabei die PBC (samt Anhängsel) und das OCHA als weitere Institutionen auf den Plan, in denen z.T. ähnliche personelle Auffälligkeiten auszumachen waren, wie im DPKO, DFS und UN-PD. Zentral zeigt sich jedoch, dass die Maxime des Militärischen immer mehr an Gewicht gewinnt.

Es ist hier nur ein vorläufig zu ziehendes Fazit nach der Betrachtung von Strukturen in der UN selbst möglich. Doch bereits an dieser Stelle kann davon gesprochen werden, dass das anfangs gezeichnete Bild der UN mit der blaubehelmteten Friedensaube immer unglaubwürdiger wird, so es denn je passend war. Einer Argumentation, die Militäreinsätze unter einem UN-Mandat

als legitim erachtet, muss daher widersprochen werden. Denn die heutigen Strukturen und Konzepte in der UN sind ebenso Ausdruck einer zunehmenden Militarisierung der Weltpolitik. Es ist dabei aber nicht die Militarisierung wie sie etwa im Kalten Krieg mit dem Rüstungswettlaufen stattfand, sondern eine subtile Form.

Abschließend sei noch auf die normative und pädagogische Wirkung verwiesen, welche die SoldatInnen vor allem auf die Kinder eines kriegsgezeichneten Gebietes ausüben: Es sind nicht gewaltfreie, zivile Methoden der Konfliktbearbeitung, die einen Grundstein dafür legen, dass es möglich erscheint, künftige Konflikte ohne Gewalt zu transformieren, sondern es sind die blaubehelmtten bzw. tarnbehelmtten SoldatInnen, die in ihren Jeeps, Sonnenbrillen und mit schwerer Bewaffnung, als ausländische Militärs durch die Straßen von Kabul, Kinshasa oder Mogadischu fahren und als Zeichen von Macht (und „Männlichkeit“) demonstrieren, wie sie gedenken Konflikte zu lösen: mit Gewalt.

## Anmerkungen

- 1 Auswärtigen Amtes: Kinderrubrik, URL: <http://www.kinder.diplo.de>.
- 2 Alexander Mattelaer (2009): Europe rediscovers peacekeeping? Political and Military Logics in the 2006 UNIFIL Enhancement, Egmont Papers 34, Academia Press, S. 12.
- 3 UN-Resolution 10602, 2007.
- 4 OMA/DPKO: Mission, URL: <http://www.un.org>.
- 5 So studierten der Abteilungsleiter des OMA (Military Adviser) Chikadibia Obiakor am Africa Center for Strategic Studies, Washington DC. Dieses Center als Teil der National Defence University Fort Lesley J. McNair rühmt sich u.a. damit, die „nächste Generation afrikanischer Militärführer“ auszubilden. Bis 2009 war Obiakors Stellvertreter Per Arne Five – dieser ist ebenfalls Absolvent der National Defense University. Auch der Leiter für die Truppenbereitstellung (Force Generation Service) Rustam Patnaik war „herausragender Absolvent“ des Counter Terrorism Fellowship Program der National Defense University. Der Stabschef für die militärische Planung (Chief des Military Planning Service) William Norman absolvierte seine Ausbildung an der US-Militärakademie West Point und hatte verschiedene hohe Positionen bei der NATO inne. Ebenfalls eine hohe NATO-Position übte Willem Van Dullemen vor seiner Tätigkeit bei der Unterabteilung für aktuelle Militäroperationen (Current Military Operations Service) im OMA aus. Diese Liste ließe sich weiterführen. Vgl.: UN: Peacekeeping in the service of the peace, URL: <http://www.un.org>.
- 6 Christoph Marischka (2009): Kollateralkrieg zwischen Tschad und Sudan, IMI-Analyse 2009/025.
- 7 Alexander Mattelaer (2009), S. 11.
- 8 Richard Gowan (2007): UNIFIL: Old lessons fort he new force, Signal, Sommer 2007, S. 48.
- 9 Alexander Mattelaer (2009), S. 12.
- 10 Richard Gowan (2007), S. 48.
- 11 UN (2008): United Nations Peacekeeping Operations. Principles and Guidelines (“Capstone Doctrine”), S. 66.
- 12 UN (2007): Organigramm der UN, URL: <http://www.un.org/Depts/german/orgastruktur/vn-organigramm-dez2007.pdf>.
- 13 Organigramm DPKO/DFS: [http://www.un.org/en/peacekeeping/documents/dpkodfs\\_org\\_chart.pdf](http://www.un.org/en/peacekeeping/documents/dpkodfs_org_chart.pdf).
- 14 DPKO: The Peacekeeping Situation Centre, URL: <http://www.un.org>.
- 15 OMA/DPKO: Chief of Staff: Brig.Gen.Jean Baillaud, URL: <http://www.un.org>.
- 16 LSD: LSD Profile, URL: <https://www.lsd.unlb.org>.
- 17 UN (2008): United Nations Peace Operations, Year in review, URL: [www.un.org](http://www.un.org).
- 18 UNLB (2008): „Beyond Peacekeeping and beyond logistics“, Werbefilm, URL: <http://www.unlb.org>.
- 19 Webpräsenz des UNLB: <http://www.unlb.org/Contract.asp?year=0>, dort kann über die Suchmaske z.B. das Jahr 2008 eingeben werden um sich einen Eindruck über Größenordnung und Herkunft der Firmen machen.
- 20 Johns, Bruce et al. (2009): New Horizon Think Piece: Building on Brahimi, NYU Center on International Cooperation.
- 21 Internationalisierungszentrum der Steiermark: UN Procurement, URL: <http://www.ic-steiermark.eu>.
- 22 AHK: VN-Beschaffung, URL: <http://www.gaccny.com>.
- 23 United Nation Global Market Place: About, URL: <http://www.ungm.org>.
- 24 Wie beschrieben, gibt es Tendenzen einen Teil der Auftragsstellung direkt bei dem DFS anzusiedeln.
- 25 UNOPS (2009): Annual Statistical Report on United Nations Procurement 2008, URL: <http://www.ungm.org>.
- 26 Ebd., S. 5.
- 27 UN-PD: Procurement Volume by Country or Area 2008, URL: <http://www.un.org>.
- 28 DPKO: United Nations Peacekeeping Operations, Background Notes, 28.02.2010, URL: <http://www.un.org>.
- 29 Weitere weltweit führende Rüstungsfirmen im Dienste der UN sind die britische Armor Products International Ltd. - ein Tochterunternehmen von BAE Systems, PAE – ein Tochterunternehmen von Lockheed Martin sowie Heckler & Koch. Vgl.: UN (2009): Annual Statistical Report on United Nations Procurement 2008.
- 30 Ebd., S. 180; Supreme Global Service Solutions: Supreme Foodservice, URL: <http://www.supreme-group.net>.
- 31 UN (2009): Annual Statistical Report on United Nations Procurement 2008.
- 32 Ebd., S. 174.
- 33 NOWAR: Einsatzstock –Eschenholzschlagstock, URL: <http://www.nowar.de>.
- 34 World Chambers Congress (2009): Speakers’ Biographies: Paul Buades, URL: <http://www.iccwbo.org>.
- 35 UN Global Compact: The Ten Principles, URL: <http://www.unglobalcompact.org>.
- 36 Bericht des Generalsekretärs (2008): Sicherung von Frieden und Entwicklung; Die Rolle der Vereinten Nationen bei der Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors, A/62/659, S. 2.
- 37 Ebd., S. 6.
- 38 UN (2008): United Nations Peacekeeping Operations. Principles and Guidelines (“Capstone Doctrine”), S. 27.
- 39 UN-TV: Peacekeeping in Sierra Leone, 20.03.2006, URL: <http://www.un.org>, S. 2.
- 40 Bellamy, Alex J. u.a. (2004): Understanding Peacekeeping, Polity Press Cambridge, S. 160.
- 41 UN-Security Council (2003): Disarming Rival Factions, Creating Strong National Army, Police Crucial, SC/7670.
- 42 Felix de Cuveland: Außer Spesen nichts gewesen?, Tagesschau, 20.11.2009, URL: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de).
- 43 PFB (2007): Plan Prioritaire pour la Consolidation de la Paix au Burundi, URL: [www.unpbf.org](http://www.unpbf.org), S. 13.
- 44 UN (2008): Background Paper on Security Sector Reform in Guinea-Bissau, URL: [www.un.org](http://www.un.org), S. 5.
- 45 PBF (2009): Donor Update Briefing, 15.01.2009, URL: <http://www.unpbf.org>, S. 5.
- 46 PBF: Preventing a Relapse Into Violent Conflict, URL: [www.unpbf.org](http://www.unpbf.org).
- 47 DCAF (2006): Developing a Security Sector Reform (SSR) Concept for the United Nations, Bratislava, S. 8.
- 48 UNDP (2008): UN and Inter-Governmental Initiatives, URL: <http://www.undp.org>, S. 50.
- 49 DPKO: Office of Rule of Law and Security Institutions (OROLSI), URL: [www.un.org](http://www.un.org).
- 50 UN (2010): Secretary-General promotes Ann-Marie Orlor of Sweden to United Nations Police Adviser in Department of Peacekeeping Operations, 8.03.2010, URL: [www.un.org](http://www.un.org).
- 51 UN: UN Police in Action, URL: [www.un.org](http://www.un.org).
- 52 Beteiligt hieran sind u.a. die private Sicherheits- und Militärfirma Dyncorp, die Lockheed Tochter PAE in Kooperation mit der amerikanischen Sicherheitsfirma HSC - Homeland Security Company, sowie die Firma Civilian Police International.

- 53 Sven Gareis/ Johannes Varwick (2006): Die Vereinten Nationen, Opladen, S. 192.
- 54 Kofi Annan (2005): In größerer Freiheit, A/59/2005, Ziffer 218.
- 55 Raoul Jakobs (2004): Mandat und Treuhand im Völkerrecht, Göttingen, S. 222ff.
- 56 Ende einer unmöglichen Mission, Zeit online, 10.7.2003.
- 57 UN-Sonderbeauftragter Eide gibt sein Amt ab, Tagesschau online, 27.12.2009.
- 58 NATO: NATO Permanent Representative of Norway. Ambassador Kai Eide, URL: [www.nato.int](http://www.nato.int).
- 59 NATO (2008): Bucharest Summit Declaration; URL: [www.nato.int](http://www.nato.int).
- 60 Bosnien-Herzegowina: Bei der Armee scheinen sich alle einig, Deutsche-Welle online, 4.12.2008, URL: [www.dw-world.de](http://www.dw-world.de).
- 61 Jürgen Wagner (2007): EUropas erste Kolonie, Studien zur Militarisierung Europas 32/2007.
- 62 Jürgen Wagner (2008): EULEX: Brüssel übernimmt und sichert Kosovo-Kolonie, in: AUSDRUCK (April 2008).
- 63 Bernard Kouchner (1999): On the Establishment of the Kosovo Protection Force, UNMIK/Reg/1999/8.
- 64 Kosovaren haben eine eigene Armee, Der Standard online, 21.1.2009.
- 65 Winrich Kühne, zit. nach Andreas Buro (2004): CIMIC – ein brisanter Cocktail, Netzwerk Friedenskooperative, URL: [www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de).
- 66 Jürgen Wagner (2008): Mit Sicherheit keine Entwicklung, IMI-Studie 10/2007, URL: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de), S. 51.
- 67 Cedric de Coning (2007): Civil-Military Coordination – Practices and Approaches within United Nations Peace Operations, in: Journal of Military and Strategic Studies, Vol. 10, Issue 1.
- 68 OCHA (2008): Guidelines for the Interaction and Coordination of Humanitarian Actors and Military Actors in Afghanistan, URL: <http://ochaonline.un.org>.
- 69 Ute Finckh-Krämer/ Ulrich Finckh (2006): Zivil-Militärische Zusammenarbeit: Über die Gefahr der Verharmlosung von Krieg und Militär, Bund für Soziale Verteidigung.
- 70 OCHA: John Holmes, Under-Secretary-General and Emergency Relief Coordinator, URL: <http://ochaonline.un.org>.
- 71 Ingrid Nordström-Ho (2009): EU/UN Cooperation – Progress Made, Challenges and Opportunities, 3rd Civil Protection Forum, Brussels, 25-26 November 2009.
- 72 OCHA: Generic profile and functions of UN-CMCoord Officers, URL: <http://ochaonline.un.org>.
- 73 Ebd.
- 74 OCHA (2007): UN-CMCoord – Impact, URL: <http://ocha.unog.ch>.
- 75 Etwa während großer Militärübungen wie Cobra Gold oder die STEADFAST-Übungsserie sowie der Übung Loyal Jewel der NATO.
- 76 OCHA (2009): CMCS Support to Exercise 2009, URL: <http://ochaonline.un.org>.
- 77 Zum Inhalt dieser Kurse vgl. OCHA (2010): UN-CMCoord – Training and Partnership Programme, URL: <http://ochaonline.un.org>.
- 78 Klaus Liebetanz (2008): Was Bundeswehr und Hilfsorganisationen voneinander lernen können, Auftrag 271.
- 79 UN (2009): Report of the Secretary-General on the protection of civilians in armed conflict, S/2009/277.

## Einladung Arbeitsloser in den Krieg

Die Bundeswehr leidet unter einem Mangel an Personal. Der Arbeitsmarkt »leidet« unter einem Überschuss von Arbeitskräften. Was läge für die Werber des Militärs näher, als aus den Nöten eine Tugend zu machen – Nachschub für die Militärmacht Deutschland? Wie jetzt bekannt wurde, unterzeichneten der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, und Generalmajor Wolfgang Born, Stellvertreter des Personalzentrums im Bundesverteidigungsministerium und Beauftragter der Bundeswehr für die militärische Personalgewinnung, kürzlich in Bonn eine Kooperationsvereinbarung. Ziel sei es, den vom Militär benötigten Personalbedarf zu decken – etwa 20 000 neue Rekruten benötigt die Bundeswehr jedes Jahr. Die Armee sei auf »leistungsbereite Frauen und Männer angewiesen, die bereit sind, sich zeitlich befristet den fachlichen wie persönlichen Anforderungen eines Einsatzes bei den Streitkräften zu stellen«, heißt es zum Kooperationsabkommen in der neuesten Ausgabe der Bundeswehr-Zeitung »aktuell«. Weise, selbst Oberst der Reserve, und Born betonten, auch für die Zeit nach der Soldatentätigkeit gute Möglichkeiten der Weiterbildung schaffen zu wollen. In mittlerweile elf Städten unterhält die

Bundeswehr in Arbeitsagenturen feste Büros für Wehrdienstberatungen. In bundesweit etwa 850 Arbeitsagenturen führt die Armee regelmäßig Veranstaltungen durch – meist kommt einmal im Monat der Wehrdienstberater. Die Bundeswehr profitiert bei ihren Rekrutierungsbemühungen von einer schwachen Wirtschaft, dem Verlust vieler Arbeitsplätze und der in den letzten Jahren verschärften Sozialgesetzgebung. Die ist gerade für Menschen unter 25 Jahren mit Einschränkungen und Disziplinierungen verbunden, die Menschen dieses Alters unter Umständen empfänglich für vermeintlich lukrative Angebote machen. In Köln soll es sogar Sanktionsandrohungen gegen Arbeitslose gegeben haben, die sich weigerten, zu Bundeswehr-Rekrutierungsveranstaltungen zu gehen. Wie wichtig die Vermittlungsrolle der Arbeitsagenturen für die Armee ist, zeigt das Beispiel Hamburg: Von 328 jungen Menschen, die im Januar 2007 in der Hansestadt ihren Dienst bei der Bundeswehr antraten, waren 107 zuvor arbeitslos. Neben einfachen Wehrdienstberatungen halten Armeeinghörige auch Vorträge über den Dienst bei den einzelnen Teilstreitkräften. In Dessau in Sachsen-Anhalt veranstaltete eine von der Arbeitsagentur gegrün-

dete Arbeitsgemeinschaft im Januar 2008 sogar eine ganze Bundeswehrwoche unter dem Motto »Entschieden gut – Gut entschieden« in ihren Räumlichkeiten – mit täglichen Armeevorträgen und Wehrdienstberatungen. Die Woche wurde im Rahmen der Initiative »JUKAM – Junge Karriere Mitteldeutschland« organisiert, die gezielt auf die Gewinnung von Zeitsoldaten für die Bundeswehr hinwirkt. Mit der neuen bundesweiten Kooperation zwischen Arbeitsagenturen und Bundeswehr werden die Werbemaßnahmen weiter zunehmen, fürchten Militärkritiker. »Auf perfide Weise nutzt die Bundeswehr bei ihrer Werbung von Söldnern für neue Kolonialkriege die Perspektivlosigkeit junger Menschen in Zeiten von Wirtschaftskrise, Hartz IV und Ausbildungsplatzmangel«, meint die innenpolitische Sprecherin der Linken-Bundestagsfraktion Ulla Jelpke. Sie bemängelt insbesondere die Einseitigkeit der Bundeswehr-Werbeveranstaltungen: »Die Wahrheit wird dabei wie immer verschwiegen: Statt beruflicher Karrieren erwarten die Soldaten bei ihrem Einsatz in Afghanistan und anderen Kriegsgebieten Tod, Trauma und Verwüstung«.

*Michael Schulze von Glasfer*

# Gegen die Militarisierung des globalen Südens!

## Keine „ferngesteuerten Bürgerkriege“ durch militärische und polizeiliche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe!

IMI-Positionspapier April 2010

Kriege werden nicht (mehr) gewonnen, indem eine feindliche Hauptstadt erobert und eine neue Flagge gehisst wird. Als problematisch für die Regierungen der westlichen Staaten erweist sich nicht mehr die eigentliche militärische Konfrontation mit einer befeindeten Armee, sondern die dauerhafte Besetzung von Ländern und der Versuch, die öffentliche Ordnung durchzusetzen, die sie sich für das jeweilige Land vorstellen. Hierbei fallen meist mehr westliche Soldaten als beim häufig vorangegangenen Angriffskrieg, die Kosten für das langfristige „Engagement“ sind erheblich und die Zustimmung der Bevölkerung sowohl in den Einsatzländern als auch in den Entsendeländern fällt rapide.

Vor diesem Hintergrund setzt sich bei den westlichen Militärmächten zunehmend eine neue Strategie durch, die bereits im Irak erprobt wurde und zunehmend auch in Afghanistan Anwendung finden soll. Die „Sicherheitskräfte“ der pro-westlichen Regierungen werden massiv aufgerüstet, erhalten Ausbildungs- und Ausstattungshilfe durch NATO und EU, ebenso werden lokale Milizen in der Hoffnung auf gekaufte Loyalität ausgerüstet und trainiert, logistisch und durch Aufklärungsdaten unterstützt, um im Sinne der Besatzer die neue öffentliche Ordnung durchzusetzen.

Eine ähnliche Strategie bildet sich auch im Umgang mit den zahlreichen als „schwach“ oder „gescheitert“ identifizierten Staaten heraus, in denen ein unmittelbares militärisches Engagement der NATO oder der EU als zu teuer und zu gefährlich gilt. Für die militärische Befriedung dieser Gebiete oder zumindest zur Absicherung kritischer Infrastrukturen (Flug- und Seehäfen, Minen und Förderanlagen, Banken und Regierungsviertel) werden Soldaten und Gendarmeriekräfte insbesondere aus Afrika und Südostasien von westlichen Staaten ausgebildet und ausgerüstet, finanziell, logistisch und aufklärungstechnisch unterstützt und damit faktisch kontrolliert. Falls eine kooperationsbereite Fraktion oder Regierung in diesen Bürgerkriegsgebieten identifiziert wird, erhält auch diese im Rahmen von Polizeikooperation und Sicherheitssektorreformen Hilfe bei der Ausbildung und Ausrüstung ihrer „Sicherheitskräfte“. Dabei ist es überflüssig zu erwähnen, dass stets die Fraktionen unterstützt werden, von denen sich die westlichen Regierungen den besten und günstigsten Zugang zu Ressourcen und Märkten erwarten und dass eine immense Gefahr darin liegt, so Bürgerkriege zu Stellvertreterkonflikten zwischen konkurrierenden Großmächten zu eskalieren.

Angesichts des strategischen Ziels der EU und der NATO, weltweit in Krisen zu intervenieren, Staaten aufzubauen, Grenzen zu überwachen und Handelswege offen zu halten, erscheinen solch „ferngesteuerte Bürgerkriege“ über gekaufte Milizen und von eigener Hand aufgestellter Armeen als billiges Mittel globalen Krisenmanagements. Tatsächlich aber bedeutet es nichts weniger, als die weitere Militarisierung der so genannten Dritten Welt und einen Versuch, in Krisen zu intervenieren, ohne sich mit deren Ursachen – die oft genug in der eigenen kolonialen Vergangenheit und neokolonialen Praxis liegen - auseinanderzusetzen zu müssen.

Begleitend zum Aufbau lokaler Armeen und Polizeieinheiten werden zunehmend ausländische Polizeieinheiten entsandt, die im Gegensatz zum Militär als „zivile“ Einsatzkräfte gelten. Tatsächlich ist dieser zivile Charakter unter anderem deshalb fraglich, da auch die externen Polizeikräfte immer häufiger bewaffnet sind und oft exekutive Befugnisse meist auf der Grundlage eines UN-Mandats ausüben. Das Mandat bezieht sich in der Regel auf die „Gefährdung des Weltfriedens“ und setzt somit eine kriegerische Situation voraus. Diese Polizeikräfte sollen eine neue öffentliche Ordnung in den Einsatzländern durchsetzen, der sie selbst nicht unterliegen, da die Einsatzmandate ihnen Immunität garantieren. Sie tragen damit zur Erosion völkerrechtlicher Grundlagen wie dem Souveränitätsprinzip und dem Kombattantenstatus bei. Insofern ist der Einsatz bewaffneter Polizeikräfte mit exekutiven Mandaten im Ausland einem militärischen Eingriff gleichzusetzen, damit politisch problematisch und somit abzulehnen.

Die Informationsstelle Militarisierung hat sich bereits in zahlreichen Publikationen mit so genannten Sicherheitssektorreformen, Polizei- und Militärausbildung und deren Darstellung als „Entwicklungshilfe“ auseinandergesetzt und das damit eng verwobene Konzept des „State-Building“ kritisiert. Anlässlich der „neuen“ Afghanistanstrategie der Bundesregierung und ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage, in der die deutsche Beteiligung an zahlreichen Bürgerkriegen deutlich zum Ausdruck kommt sowie der jüngst beschlossenen EU-Mission zur Ausbildung somalischer Soldaten in Uganda möchten wir mit diesem Positionspapier unsere Ablehnung von so genannten Sicherheitssektorreformen, Polizei- und Militärausbildung in Drittstaaten zum Ausdruck bringen und mit knapp gehaltenen Argumenten untermauern.

### Argument I: Die Illusion des steuerbaren Bürgerkrieges

Ob in Somalia, Irak oder Afghanistan: Die von der Europäischen Union, der NATO oder anderen internationalen Akteuren ausgerüsteten und ausgebildeten Kräfte wechseln häufig die Seiten, schließen sich nach der Ausbildung wieder Milizen und aufständischen Gruppen an, plündern oder erheben Wegezölle. Selbst wenn sie dauerhaft der Regierung im jeweiligen Land gegenüber loyal bleiben, handelt es sich dabei um Regierungen, die von Teilen der Bevölkerung als nicht legitim erachtet werden und die nicht selten für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu machen sind. Die ausbildenden und ausrustenden Staaten weisen ihre Verantwortung für Korruption und Menschenrechtsverletzungen durch die neuen „Sicherheitskräfte“ jedoch meist zurück.

### Argument II: Fehlende Transparenz und Kontrolle

Die Entsendung von Polizei- oder Militärberatern erfordert in aller Regel hierzulande kein parlamentarisches Mandat, auch

wenn sie massiv in die Kräfteverhältnisse im Einsatzland eingreifen (indem sie beispielsweise, wie im Sudan, eine Sezession vorbereiten). Die Entsendung birgt damit die Gefahr einer Eskalation. Welche konkreten Bevölkerungsgruppen ausgebildet, ausgerüstet und damit in einem Konflikt gestärkt werden, ist selbst den Beteiligten oft unklar, die Vorauswahl hierüber wird meist von oder in Zusammenarbeit mit geheimdienstlichen Akteuren getroffen. In die Ausbildung sind darüber hinaus häufig private Sicherheits- und Militärfirmen einbezogen, die sich in einer rechtlichen Grauzone bewegen.

### **Argument III. Zweckentfremdung von Entwicklungshilfe**

Die Kosten, die der Aufbau von lokalen Polizeikräften verursacht, werden häufig offiziell als Entwicklungshilfe abgerechnet. Dies ist bisher bei der direkten Ausbildung und Ausrüstung von Soldaten nicht möglich, allerdings wird immer wieder alles andere – beispielsweise der Bau von Ausbildungszentren – als solche deklariert. Damit werden diese Kosten aus dem Militärhaushalt rausgerechnet, Gelder, die für die Armutsbekämpfung verwendet werden sollten, werden zweckentfremdet.

### **Argument IV: Stärkung der falschen gesellschaftlichen Kräfte**

Durch Ausbildungs- und Ausstattungshilfe werden in einem Konflikt zwangsläufig diejenigen Parteien und Personen gestärkt, die bereit sind, ihre persönlichen und/oder politischen Interessen mit Waffengewalt durchzusetzen und die durchaus auch ein Interesse an einer Fortsetzung des Konfliktes haben können. Diejenigen, die sich hingegen der Gewalt verweigern, werden in der Auseinandersetzung um die zukünftige Machtverteilung geschwächt. „Hilfe“ in Form von Ausbildung und Ausrüstung von Armeen und Polizeieinheiten bezieht sich nahezu ausschließlich auf Männer (was im Umkehrschluss nicht bedeuten soll, dass nun auch Frauen an der Waffe ausgebildet werden sollen). Selbst nach einer Beilegung des Konflikts bleibt das Problem überdimensionierter Sicherheitsapparate bestehen, die entweder international oder auf Kosten öffentlicher Dienstleistungen finanziert werden und zu dauerhaften wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen internationalen Akteuren (besonders: NATO, EU, UN), Regierungen und Sicherheitsapparaten führen, wobei diese oft eine Eigendynamik entwickeln.

### **Argument V: Keine Gewährleistung rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Standards**

Rechtsstaatliche Prinzipien, welche ein gewisses Maß an Legitimität der ausgebildeten Polizeikräfte herstellen könnten, sind bei Auslandseinsätzen und Ausbildungsmissionen weder erwünscht noch realisierbar: Nach diesen Prinzipien müsste das Verhalten der Polizisten vorhersehbar und verhältnismäßig sein. Die Betroffenen müssten ihre Rechte gegenüber den Polizeikräften kennen und effektiv wahrnehmen können. Insbesondere müssten sie gegen deren Handeln Einspruch erheben und klagen können bei einer Instanz, die unabhängig von den Einsatzkräften ist. In den meisten westlichen Staaten ist es trotz Prozessrecht und kontinuierlicher Rechtsprechung nicht immer einfach, Übergriffe von Polizeikräften zu kontrollieren oder gar zu verhindern. Der rechtliche Rahmen meist in Kombination mit kritischer Medienberichterstattung stellt dennoch einen gewissen Schutz gegen allzu dreisten Machtmissbrauch dar, da

Polizisten zumindest theoretisch der gleichen Rechtsordnung unterworfen sind, wie der Rest der Bevölkerung. Die Soldaten und Beamten aus dem Ausland sind jedoch gegenüber der Rechtsordnung, die sie durchsetzen sollen, immun. Sie haben zudem häufig nur ein begrenztes Interesse daran, das Verhalten der von ihnen ausgebildeten Kräfte – häufig Analphabeten - z.B. hinsichtlich menschenrechtlicher Standards zu kontrollieren und tendieren darüber hinaus dazu, Menschenrechtsverletzungen nicht (öffentlich) zu thematisieren, um die (internationale) Legitimität ihres Einsatzes nicht zu gefährden.

### **Argument VI: Schwächung der Vereinten Nationen**

Die Zunahme von Polizeimissionen ist Ausdruck einer weiteren Schwerpunktverlagerung der Vereinten Nationen (UN) weg von der postulierten reinen Diplomatie und begrenzten so genannten Peacekeeping-Einsätzen hin zu globalem Krisenmanagement durch mehr oder weniger ambitionierte Versuche des State-Buildings und der polizeilich-militärischen Durchsetzung einer neuen öffentlichen Ordnung. Im Zuge dieser Schwerpunktverlagerung hat die UN noch weniger als zuvor die Möglichkeit, als neutraler und vermittelnder Akteur aufzutreten und ihre Aufgabenwahrnehmung geht damit weit über die Charta hinaus. Die Wahrnehmung der UN als verlängerter Arm bzw. Militärdienstleister der westlichen Großmächte schwächt die UN, ebenso wie ihr Verlust an „Glaubwürdigkeit“, wenn sie die umfassenden und kaum zu realisierenden Ziele (Staatsaufbau) nicht erreicht, die in heutigen UN-Mandaten meist enthalten sind. Ebenso schwächt die kontinuierliche Aufweichung des Souveränitätsprinzips, das Voraussetzung für die Zunahme an Polizeimissionen ist, das Völkerrecht und damit die Handlungsgrundlage der UN.

Die Ausrüstung von Polizeien und Armeen in Bürgerkriegsländern führt zudem alle erklärten Abrüstungsbemühungen der UN ad absurdum oder lässt diese als parteiisch erscheinen. Nicht selten werden damit die von der UN ausgesprochenen Waffenembargos umgangen.

### **Argument VII: Militarisierung der Polizei**

Polizeimissionen im Ausland erfordern stets ein hohes Maß an Logistik, über welche normale Polizeieinheiten ebenso wenig verfügen, wie über mobile Einsatzhauptquartiere, Einheiten in Kompaniestärke usw. Nach momentan geltender Rechtslage müssen die einzelnen Beamten ihrer Auslandsverwendung im Einzelfall zustimmen und die Polizei ist grundsätzlich föderal geordnet, während die Außenpolitik Aufgabe des Bundes ist. In Konfliktgebieten bedarf der Einsatz ausländischer Polizisten einer militärischen Absicherung oder einer paramilitärischen Ausrichtung der entsandten Polizei. Deshalb geht die zunehmende Entsendung von Polizeibeamten zwangsläufig mit einer Militarisierung der Polizei einher. Es werden Kooperations- und Ausbildungsprogramme gemeinsam mit den Streitkräften ins Leben gerufen, verlegbare Führungs- und Logistikkapazitäten sowie entsprechende Bewaffnung für Auslandseinsätze angeschafft und Einheiten in größeren Verbänden aufgestellt und vorgehalten, die für alltägliche schutzpolizeiliche Aufgaben ungeeignet sind, wohl aber für Auslandseinsätze – und die Aufstandsbekämpfung im Inneren.

**Die Informationsstelle Militarisierung lehnt aus diesen Gründen polizeiliche und militärische Ausbildungshilfen und Auslandseinsätze von Polizei und Militär ab.**

# EU-Polizeieinsätze

## Risiken, Fallstricke und Nebenwirkungen

von Martin Hantke



EU-Polizeieinsätze sind integraler Bestandteil der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP, früher ESVP). Sie werden im Rahmen des so genannten Zivilen Krisenmanagements durchgeführt. Von Seiten des Rates wird betont, dass ihre Rolle in Zukunft noch erheblich wachsen wird. Der seit 1. Dezember 2009 gültige Vertrag von Lissabon sieht eine primärrechtliche Erweiterung der Einsatzoptionen vor, sodass auch in dieser Hinsicht eine Vervielfachung von EU-Polizeieinsätzen zu erwarten ist. Im Rahmen dieser „zivilen“ Einsätze der GSVP ist die EU mittlerweile global aktiv. 2008 wurde die bisher größte Operation - EULEX Kosovo - eingeleitet. Zur Durchführung solcher Einsätze hat sich die EU bereits auf dem EU-Gipfel in Feira (Portugal) im Jahr 2000 verpflichtet, Kapazitäten des zivilen Krisenmanagements für so genannte Interventionsteams bereitzustellen: 5.000 Polizisten, von denen 1.000 innerhalb von 30 Tagen verlegbar sein sollen (inzwischen sind die Zahlen bereits auf 5.671 bzw. 1.400 angewachsen), 631 Staatsanwälte, Richter und Gefängnisaufseher, für so genannte Rechtsstaatsmissionen, 565 zivile Verwaltungsangestellte, 579 Zivilschutzexperten und 4.445 Hilfskräfte. Dazu kommen 505 Personen, die im Rahmen von Beobachtungsmissionen verlegt werden können. Informell wird zudem Unterstützung durch die Europäische Gendarmerieforce (EGF) gewährt.

Die EU-Einsätze reichen von Missionen zur Sicherheitssektorreform, bei denen Militär und Polizei beraten werden, wie in Guinea-Bissau, über Polizeiausbildungsmissionen, wie in der DR Kongo, über die Flankierung von EU-Militäreinsätzen, wie vormals im Tschad, bis hin zur Entsendung von Militärpolizisten zur Absicherung humanitärer Hilfe, wie in Haiti. Dazu kommen Beobachtungsmissionen, wie beispielsweise in Georgien.

Gemeinsam ist allen EU-Polizeieinsätzen, dass im Hinblick auf ihre Durchführung keine Trennung der militärischen und polizeilichen Kommandostrukturen der EU stattfindet. Vielmehr ist man hier um eine enge Verzahnung bemüht. Im Bericht über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2008 wird beschworen, dass zudem „interne und externe Sicherheit untrennbar miteinander verwoben sind.“ Beispielhaft in der Umsetzung war das EU-Manöver CME 09 (Crisis Management Exercise) Ende 2009, bei dem die Zusammenarbeit von „Ziviler Planungszelle“ und EU Operationszentrum erneut geprobt wurde. An diesem Manöver nahmen zudem auch „virtuelle“ integrierte Einheiten von Polizeisolдатаn der EGF teil.

Wenn überhaupt in der europäischen Öffentlichkeit Kritik an diesen EU-Polizeieinsätzen zu hören ist, dann oft nur, dass sie ihre Ziele nicht erfüllt hätten. Tatsächlich handelt es sich hierbei jedoch um das kleinste Problem. So töteten die von der EU-Mission EUPOL Kinshasa ausgebildeten Integrierten Polizeieinheiten hunderte von Oppositionellen in der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa. Kongolesischen Sicherheitskräften, die im Rahmen der EUSEC-Mission „betreut“ wurden, sind von unabhängigen Menschenrechtsgruppen schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen wurden. Im Tschad fungierten die EU-Polizeikräfte an der Seite der EU-Militärmission als Unterstützung der Diktatur von Staatspräsident Déby. Auch während ihrer Anwesenheit wurden zahlreiche Oppositionelle von Angehörigen der Sicherheitskräfte des Tschads verschleppt. In Guinea-Bissau ist die Sicherheitssektorreform u.a. damit beschäftigt, die Grenzpolizei zu einer „besseren“ und damit menschenrechtlich

fragwürdigen Migrationsabwehr zu ertüchtigen.

### Probleme:

1. EU-Polizeieinsätze werden stets im Rahmen der Europäischen Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik durchgeführt. Damit liegt eine Militarisierung dieser Einsätze bereits in der Zuordnung vor und ist daher mit dem programmatischen Ziel einer zivilen Europäischen Union nicht vereinbar.

2. EU-Polizeieinsätze werden von militärischen bzw. zivil-militärischen Kommandostrukturen geleitet. Sie flankieren bzw. ersetzen oft militärische Einsätze. Dabei gerät ein polizeilicher Charakter der Einsätze in den Hintergrund.

3. EU-Polizeieinsätze tragen oft durch die Unterstützung autoritärer Regime und durch die Ausbildung von deren Sicherheitsapparaten zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen bei. Sie haben in diesem Zusammenhang de facto den Charakter von Militärberatungsmissionen.

4. Auch durch die zunehmende Verzahnung mit Einsätzen der EGF wird eine Militarisierung dieser Polizeieinsätze befördert. Die EGF übernimmt auch, etwa in Afghanistan, einen Teil der NATO-Polizeiausbildung. Diese hat die Verbesserung der Aufstandsbekämpfungsfähigkeiten zum Ziel und trägt damit ihrerseits zur weiteren Eskalation des Konfliktes bei.

5. Obwohl durchaus mit zivil-militärischem Charakter, werden EU-Polizeimissionen durch eine Mischfinanzierung aus verschiedenen EU-Haushaltstiteln bzw. EU-Fonds bezahlt. Dies ermöglicht dem Rat die Bestimmungen des Vertrags von Lissabon zu umgehen, die eine Begleichung operationeller Kosten mit militärischen bzw. verteidigungspolitischen Bezügen aus diesen Töpfen verbieten. Solche Einsätze können dann beispielsweise aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) finanziert werden. In Zukunft wird auch für diese Einsätze der, in der Umsetzung des Vertrags von Lissabon erstmals einzurichtende, „Anschubfonds“ genutzt werden.

6. Die Auflösung der institutionellen und konzeptionellen Trennung von Militär, Polizei und Nachrichtendiensten wird sich im Rahmen des Stockholmer Programms noch verschärfen, da der Europäische Rat explizit „zu einer umfangreicheren Zusammenarbeit zwischen dem Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und der ESVP“ aufruft und zudem erstmals betont: „ESVP-Missionen tragen erheblich zur inneren Sicherheit der EU bei, indem sie die Bekämpfung der schweren grenzüberschreitenden Kriminalität in den Gastländern unterstützen und mithelfen, für stärkere Beachtung der Rechtsstaatlichkeit zu sorgen.“ EU-Polizeimissionen im Rahmen der ESVP werden also künftig auch als Teil der inneren Kriminalitätsabwehr gefasst werden. Damit scheint eine Rückwirkung der Militarisierung der Außenpolitik für die Innenpolitik vorprogrammiert.

7. Mit der Einrichtung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes in Umsetzung des Vertrags von Lissabon droht die endgültige Unterordnung von EU-Polizeieinsätzen unter das Dach einer militarisierten EU-Sicherheitspolitik. Diese ist auf die globale Durchsetzung von EU-Interessen gerichtet, was durch den vorgesehenen erleichterten Zugriff auf EU-Finanzierungsinstrumente für operationelle Kosten von Missionen durch die Hohe Vertreterin wesentlich erleichtert werden wird.

# Deutsche Aufbauhilfe für Repressionsorgane

## Eine Auswertung verschiedener Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen im Bundestag

von Jonna Schürkes

Die Formen, mit denen Sicherheitskräfte im Ausland durch Deutschland unterstützt werden, sind vielfältig. Die Anfragen im Bundestag zu Polizei- und Zolleinsätzen im Ausland und die jüngste Anfrage zur deutschen Beteiligung an Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften im Ausland und zu Sicherheitssektorreformen zeigen dies. Mit der Ausbildung und Ausstattung von Polizei und Militär greift Deutschland massiv in die Politik der jeweiligen Länder ein. Vielen der Repressionsorgane, die Deutschland unterstützt werden, werden von Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international und Human Rights Watch massive Verletzungen der Menschenrechte vorgeworfen.

### Vorbereitung der deutschen Polizeibeamten und Soldaten auf Ausbildungsmissionen

Die Vorbereitung deutscher Soldaten und Polizisten, die nach Afghanistan, in den Sudan und den Kosovo, in die DR Kongo etc. zur Ausbildung lokaler Sicherheitskräfte entsandt werden,

ist unterschiedlich. Allen gemeinsam ist allerdings, dass die Vermittlung von Sprachkenntnissen, der Konfliktsituation in den jeweiligen Ländern, der Rechtsordnung des Landes, der Kultur etc. extrem gering ausfällt. Um Sicherheitskräfte auszubilden, werden den Soldaten in 54 Stunden die Sprache, die Kultur und die „Rechtliche

Grundlagen des Einsatzes“ vermittelt. Für Polizisten reichen je nach Einsatzland zwischen sechs (für Afghanistan) und zwölf Stunden (für den Sudan), um ihnen die Sprache, die Kultur und das Rechtssystem des jeweiligen Landes nahe zu bringen. Weitere acht Stunden sind für die Vermittlung allgemein gültiger Menschenrechtsstandards, kultureller Besonderheiten und Genderspekten vorgesehen. Es ist allein schon angesichts des Umfangs dieser Vorbereitung höchst fragwürdig, wie es möglich sein soll, die lokalen Sicherheitskräfte entsprechend der Rechtsordnung in dem jeweiligen Land zu unterstützen oder gar auszubilden.

### Ausbildung lokaler Polizeikräfte

Deutschland stellt im Rahmen von EU- und UN-Missionen Polizeiausbilder und -berater. Seit September 2008 sind permanent zwischen 260 und 290 Polizisten und Zollbeamte im Rahmen von fünf UN-Missionen, wovon allerdings UNOMIG in Georgien inzwischen beendet wurde, und sieben EU-Missionen eingesetzt. Hinzu kommt das bilaterale Polizeiausbildungs-

**Tabelle 1: Bi- und multilaterale Missionen, an denen deutsche Polizisten und Zollbeamte beteiligt sind (Stand März 2010)**

	Anzahl deutscher Polizisten (davon BKA, Zoll)	Gesamtstärke der Mission	Mandat
UNMIK (Kosovo)	1 (0,0)	7	Wahrnehmung aller präventiven und repressiven Polizeiaufgaben, Rekrutierung, Ausbildung und Organisation der kosovarischen (Grenz-)Polizei
EUPM (Bosnien)	7 (0,0)	88	Beratung, Ausbildung, aber auch Überwachung und Kontrolle der örtlichen Polizei
EUMM (Georgien)	13 (0,0)	76	Monitoring
UNMIL (Liberia)	5 (0,0)	1357	Ausbildung und Mentoring der liberianischen Polizei in Monrovia
UNMIS (Sudan)	5 (0,0)	646	Ausbildung, Beratung und Monitoring einer südsudanesischen Polizei
UNAMID (Sudan)	5 (0,0)	2848	Beratung und Beobachtung der in den Flüchtlingslagern und demilitarisierten Bereichen tätigen Polizeikräfte
EUPOL COPPS (Paläst. Autonomiegebiet)	3 (0,0)	27	Ausbildung, Ausstattung, Beratung und Monitoring einer palästinensischen Polizei
EU BAM Rafah (Paläst. Autonomiegebiet)	1 (0,0)	16	Kontrolle der palästinensischen Grenzbeamten
EU BAM (Moldau/Ukraine)	10 (0,9)	102	Beratung und Kontrolle der moldawischen und ukrainischen Grenzbeamten
GPPT (Afghanistan)	127 (2,0)	127	Bau von Infrastruktur, Ausstattungshilfe, Ausbildung der afghanischen Nationalpolizei und der afghanischen Grenzpolizei.
EUPOL (Afghanistan)	30 (1,0)	172	Erstellung einer Gesamtstrategie für die Polizeireform und Koordinierung der multilateralen und bilateralen Ausbildungsprogramme
EULEX (Kosovo)	79 (2,1)	1117	Wahrnehmung aller präventiven und repressiven Polizeiaufgaben Rekrutierung, Ausbildung und Organisation der kosovarischen (Grenz-)Polizei

programm in Afghanistan (GPPT). Die jeweiligen Mandate sind sehr unterschiedlich. Im Kosovo laufen derzeit noch zwei Polizeimissionen, eine unter EU- und eine unter UN-Führung. In beiden Missionen verfügen die eingesetzten Polizeibeamten über Exekutivrechte und bilden zusätzlich Polizisten des „Kosovo Police Service“ aus. Im Rahmen der EU-Grenzbeobachtermissionen (EU BAM) in den Palästinensischen Gebieten und an der Grenze zwischen der Ukraine und Moldawien werden Grenz- und Zollbeamte ausgebildet. In allen anderen Missionen lautet der Auftrag der deutschen Polizisten und Zollbeamten, die lokalen Polizeien auszubilden, zu beraten und zu überwachen.

Die Präsenz deutscher Polizisten im Ausland beschränkt sich aber nicht nur auf jene, die im Rahmen dieser Missionen entsandt werden. Derzeit sind 68 Verbindungsbeamte des Bundeskriminalamts (BKA) in 52 Staaten stationiert, in der Mehrheit Staaten des globalen Südens. Polizisten des BKA werden in Länder postiert, um Informationen zu sammeln, auszuwerten und weiterzugeben, die lokale Polizei bei der Kriminalitätsbekämpfung zu unterstützen und Empfehlungen an die Bundesregierung abzugeben. Offizielles Ziel ist es, vermeintliche Bedrohungen gegen Deutschland (vor allem Drogenhandel, Terrorismus und Organisierte Kriminalität) im Ausland abzuwenden. Die Liste der Städte, in denen Verbindungsbeamten positioniert werden, zeigt deutlich, dass neben europäischen Hauptstädten vor allem Städte ausgewählt sind, die als Knotenpunkte der Migration und der internationalen Kriminalität gelten.

Hinzu kommen unzählige Ausbildungsprogramme ausländischer Sicherheitskräfte in den jeweiligen Ländern und – seltener – auch in Deutschland. Dabei zeigt sich deutlich, dass die Bundespolizei vor allem im Bereich der Bekämpfung der Migration (Urkundenfälschung sowie Grenz- und Flughafensicherung) tätig ist und dementsprechend auch in den Ländern Sicherheitskräfte ausbilden, die als „Knotenpunkte“ der Migration nach Europa gelten. Das BKA konzentriert sich hingegen auf die Ausbildung im Bereich der Drogen- und Terrorismusbekämpfung.

In den letzten fünf Jahren wurden Polizeiberater nach Indonesien, Rumänien, Bulgarien und den Libanon jeweils an zentrale Stellen, vor allem ins Innenministerium entsandt, um die Bedrohungen, die von diesem Land für Deutschland ausgehen

könnten und deren Bekämpfung durch lokale Sicherheitskräfte zu analysieren, der Bundesregierung Empfehlungen im Umgang mit den jeweiligen Staaten zu geben und die lokale Polizei in Fragen der Bekämpfung der Internationalen Kriminalität zu beraten. In Afghanistan übernehmen die Polizeiberater die Koordinierung der Ausbildungs- und Ausstattungshilfe.

Vor allem im Zusammenhang mit dem Einsatz von Polizisten in Afghanistan ist vonseiten der Gewerkschaft der Polizei zunehmend Kritik zu hören. Die Polizisten seien für die Ausbildung von Sicherheitskräften in Kriegsgebieten nicht ausgebildet und ausgerüstet, die Gefahr für die deutschen Polizisten sei zu hoch. Die Bundesregierung hatte in den verschiedenen Anfragen zum Thema Polizei- und Zolleinsätze jedes Mal geantwortet, sie habe keinerlei Informationen über sicherheitsrelevante Vorfälle bei Auslandseinsätzen von Polizisten und Zollbeamten. In der jüngsten Anfrage zur deutschen Beteiligung an Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften gibt sie jedoch zu, dass es „einige Fälle von Traumatisierungen deutscher Polizeivollzugsbeamter“ gebe.

### Ausbildung von Militärs

Ebenso wie bei der Polizeiausbildung, findet auch die Ausbildung von Militärs aus Ländern des Südens in Deutschland und den jeweiligen Empfängerstaaten statt.

Ranghohe Offiziere aus Ländern des Südens werden unter anderem auch an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ausgebildet, in den letzten zehn Jahren waren es 1.668 Offiziere aus 106 Staaten. Darüber hinaus wurden 443 Offiziersanwärter an der Offiziersschule des Heers und 134 Offiziere und Unteroffiziere an der Logistikschule der Bundeswehr aus insgesamt 81 Nicht-NATO-Staaten ausgebildet. Angaben der Bundeswehr und des Bundespräsidenten Horst Köhler zufolge übernehmen diese Offiziere nach der Ausbildung in Deutschland meist Spitzenpositionen, was die Bundesregierung jedoch nicht bestätigen wollte. Offiziere, die in Deutschland ausgebildet wurden und auch die deutsche Sprache gelernt haben, sind wichtige Ansprechpartner für die deutsche Regierung und die Bundeswehr. Über solche Programme werden globale

**Tabelle: Polizeiliche Ausstattungshilfe in den letzten fünf Jahren: in einer Höhe von insgesamt 17.9 Mio. € (Haushalt des AA, des BMI und des BKA)**

Afghanistan	Ägypten	Albanien	Algerien
Äthiopien	Bulgarien	Belarus	Bolivien
Brasilien	Bhutan	Dominikanische Republik	Ecuador
Ghana	Guatemala	Haiti	Indonesien
Irak	Jemen	Jordanien	Kambodscha
Kap Verde	Kasachstan	Kenia	Kirgisistan
Kolumbien	Kroatien	Libanon	Marokko
Mazedonien	Moldau	Montenegro	Nigeria
Nepal	Pakistan	Palästina	Peru
Philippinen	Paraguay	Rumänien	Sri Lanka
Tadschikistan	Thailand	Togo	Tunesien
Türkei	Venezuela	Vietnam	

**Tabelle: Militärische Ausstattungshilfe in den letzten fünf Jahren: in einer Höhe von insgesamt 30 Mio. € (Haushalt des AA und des BMVg)**

Land	Anmerkung
Afghanistan	mit Beratergruppe
Botsuana	bis 06/2005
Dschibuti	mit Beratergruppe
Ghana	mit Beratergruppe
Jemen	mit Beratergruppe
Mali	mit Beratergruppe
Marokko	bis 12/2006
Mauretanien	bis 3/2005
Namibia	mit Beratergruppe
Nigeria	mit Beratergruppe
Senegal	mit Beratergruppe
Südafrika	bis 12/2005
Tansania	mit Beratergruppe
Tunesien	bis 12/2006

militärische Elitennetzwerke geschaffen. Im Rahmen von Auslandseinsätzen sind immer auch Bundeswehrsoldaten mit der Ausbildung lokaler Militärs und Paramilitärs betraut. So vor allem in Afghanistan, aber auch im Kosovo oder im Libanon, wo im Rahmen von UNIFIL die libanesischen Marine durch die deutsche ausgebildet wird.

Abgesehen von diesen Einsätzen gibt es – vor allem von der EU – Missionen, die speziell auf die Reform des Sicherheitssektors im intervenierten Land ausgerichtet sind. In Afrika laufen derzeit drei solcher Missionen. Mitte 2005 startete die EU-Mission zur Reform des Sicherheitssektors in der DR Kongo (EUSEC DR Congo). Von Beginn an waren sieben Soldaten der Bundeswehr beteiligt. Ihre Aufgaben sind die Beratung der kongolesischen Armee bei der Umsetzung der von der EU verschriebenen Reformen, wozu unter anderem auch die „Beratung“ in Entscheidungen bei der Vergabe von Posten innerhalb der Streitkräfte gehören. Der deutsche Militärattaché in der DR Kongo fungiert unter anderem als Vermittler zwischen der beiden EU-Missionen EUSEC und EUPOL RD Kongo und „ist zudem Ansprechpartner für Unterstützungsvorhaben der Sicherheitssektorreform (SSR), wie z.B. der biometrischen Erfassung kongolesischer Soldaten“.

An der EU-Mission zur Sicherheitssektorreform in Guinea-Bissau war – Angaben der Bundesregierung zufolge – nur ein ziviler Berater aus Deutschland für sieben Monate beteiligt. Die Reaktion auf die Ermordung des Generalstabschefs und des Präsidenten von Guinea-Bissau durch Soldaten im März 2009, also während der EU-Mission, war seitens der Bundesregierung die Ermordung zu verurteilen und „gleichzeitig die Bevölkerung zur Ruhe und Ordnung“ aufzurufen.

Im April 2010 wird die Ausbildung somalischer Soldaten im Rahmen einer Mission der EU (EUTM Somalia) in Uganda begonnen. Die Bundesregierung begründet den Ausbildungsort mit der schlechten Sicherheitslage in Somalia. Befürchtungen, dass durch die Ausbildung der somalischen Soldaten der Bürgerkrieg in Somalia weiter angeheizt werden könnte, teilt sie nicht. An der Mission werden voraussichtlich 13 deutsche Soldaten als Ausbilder teilnehmen, der Rest der insgesamt 150 Ausbilder wird vor allem aus Spanien, Frankreich und Italien kommen.

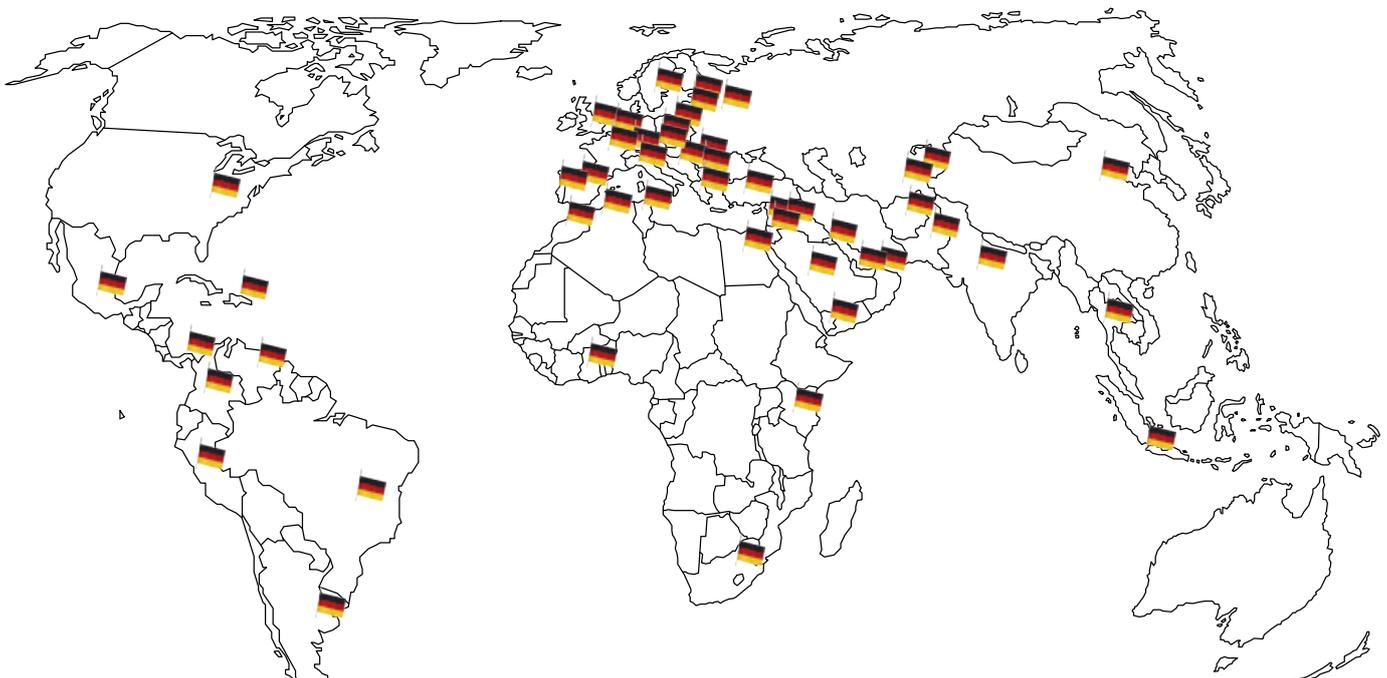
Interessant an der letzten Anfrage ist auch, wie offen die Bundesregierung eingesteht, dass die Unterstützung von bewaffneten Gruppen (Polizei und Armee) in Afrika als Entwicklungshilfe angerechnet wird. So werden die deutschen Beiträge zum Aufbau der African Standby Forces als Entwicklungshilfe abgerechnet. Zusätzlich unterstützt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bilateral in den verschiedenen Regionen Afrikas die Ausbildung von Soldaten und Polizisten. Auch die 500.000 Euro, die Deutschland für EURO-ReCAMP, das europäische Ausbildungsprogramm für afrikanische Soldaten, die in so genannten Friedensmissionen eingesetzt werden sollen, bezahlt, werden als Entwicklungshilfe abgerechnet.

Militärberater sind nicht mit der Ausbildung von Soldaten betraut, beraten Militärs jedoch auf höchster Ebene und können – meist, ohne dass dies in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird – massiven Einfluss auf die Politik im jeweiligen Land nehmen. Militärberater sind derzeit in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Ghana, Kroatien, Lettland, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Tunesien, Ukraine sowie bei der „Economic Community of West African States“ eingesetzt. Eine besonders enge Militärkooperation hat Deutschland mit Argentinien und Chile. Anderen lateinamerikanischen Staaten werden militärische Ausbildungshilfen gewährt: Belize, Bolivien, Guatemala, Jamaika, Mexiko, Paraguay, Peru, El Salvador, Uruguay und Venezuela.

### Ausstattungshilfen

Zusätzliche Möglichkeiten, auf Streitkräfte in Ländern des Südens einzuwirken, sind Rüstungsexporte. Wenn die Bundeswehr Rüstungsgüter aus ihren Beständen aussondert und sie dann an andere Armeen liefert, so liefert sie manchmal gleich Soldaten mit, die dann im Empfängerland die Soldaten mit den Rüstungsgütern vertraut machen, so in Chile und Uruguay. Doch auch im Rahmen von Ausstattungshilfen für Militärs werden Beratergruppen entsandt.

**Quellen:** Bundestagsdrucksachen: 16/10252; 16/11314; 16/11548; 16/12968; 16/13897; 16/84; 16/1006; 16/766.



Einsatzorte des BKA-Verbindungsbeamten seit 2008 (unvollständige Karte nach der BDS 16/10252), IMI-2010

# Arming Somalia

## Die neue ESVP-Mission zur Ausbildung somalischer Soldaten

von Jonna Schürkes

Nachdem im April 2009 die EU auf einer Geberkonferenz für Somalia zugesagt hatte, 60 Mio. US-Dollar für die Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) und 12 Mio. US-Dollar für die Ausbildung von Polizei durch das UNDP bereitzustellen, beschloss die Europäische Kommission Anfang Februar 2010 eine Mission zur Ausbildung somalischer Soldaten (EUTM-Somalia). Bis 2011 sollen 2.000 somalische Soldaten durch europäische Militärausbilder zunächst in Uganda ausgebildet werden. Begründet wird dies unter anderem damit, dass nicht nur zu See – also im Rahmen der EU-Mission Atalanta und anderer Missionen –, sondern auch an Land gegen die Piraten vorgegangen werden müsste: „Die Mission soll den Kampf gegen Piraten vor der Küste Somalias unterstützen“.<sup>1</sup> Bereits vor Beginn der Atalanta-Mission hatten einzelne Abgeordnete des europäischen Parlaments angedeutet, dass die Aufstellung von Sicherheitskräften an Land notwendig sei, um die Piraten erfolgreich bekämpfen zu können. So erklärte im Dezember 2008 der polnische EU-Abgeordnete Filip Kaczmarek von der Fraktion der Europäischen Christdemokraten im europäischen Parlament: „In Somalia gibt es keine Ordnungsmacht, die Piraten haben niemanden zu fürchten. Man könnte sie an Land, durch lokale, regionale oder nationale Ordnungskräfte stoppen, aber die gibt es schlicht nicht“.<sup>2</sup> In der Zwischenzeit wurde in der deutschen Presse darüber nachgedacht, ob es nicht sinnvoll sei, Piraten durch „internationale Truppen“ an Land zu bekämpfen. So hieß es in der „Welt“ im August 2009: „Sie [die westlichen Staaten] müssen Piraterie als Kriegserklärung an den freien Handel begreifen und den Feind jagen und stellen – nicht nur auf hoher See, sondern auch in seinen Nestern an der Küste“.<sup>3</sup> Davon haben jedoch sowohl die UN, als auch die USA und die EU bisher abgesehen: „Bis zum Sommer 2009 gab es in der EU keine Überlegungen, das Atalanta-Mandat auf das Festland auszuweiten. Allerdings mehren sich die Rufe nach robusteren Methoden und danach, Piraten auf dem Festland zu verfolgen, was gemäß Sicherheitsresolution 1851 (2008) durchaus möglich ist. Vor Letzterem ist allerdings zu warnen, denn der Konflikt in Somalia hält an und die Sicherheitslage dort ist weiterhin prekär. Europäische Soldaten würden zwangsläufig in Kampfhandlungen verwickelt werden, bei denen es um die Macht im Land geht“.<sup>4</sup> Wegen der Gefahrenlage werden die europäischen Soldaten die somalischen Militärs auch in Uganda und nicht in Somalia selbst ausbilden. Dass die ausgebildeten Kräfte dann aber Gefechte um die Macht in Somalia austragen, scheint durchaus gewollt.

Die Piraterie ist aber nur eine der Bedrohungen, die aus Sicht der westlichen Staaten von Somalia ausgeht. Somalia gilt als der gescheiterte Staat schlechthin. Im Weißbuch der Bundeswehr, in der Europäischen und US-amerikanischen Sicherheitsstrategie werden solche Staaten als unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands und der EU bzw. der USA gesehen. Als „gescheitert“ gelten Staaten, die ihre Grenzen nicht sichern und die das Gewaltmonopol innerhalb dieser Grenzen nicht durchsetzen können oder wollen. Aus diesen Gründen würden diese Staaten zu „[...] sicheren Rückzugsgebieten für terroristi-

sche Organisationen, Zentren des Drogen- und Waffenhandels und Nährboden für gefährliche Krankheiten“.<sup>5</sup> Schwach sind die Staaten demnach, weil sie ihre Bevölkerung nicht zu kontrollieren vermögen. Dem soll abgeholfen werden, indem lokale Sicherheitskräfte geschaffen werden, die einer zentralen Macht – im Fall Somalias der Übergangsregierung – unterstellt werden.<sup>6</sup>

### Unzählige Ausbildungsprogramme

Nachdem die Regierung der „Union islamischer Gerichtshöfe“ 2006 durch eine militärische Intervention Äthiopiens gestürzt worden war, versuchte Äthiopien der Übergangsregierung (TFG) unter Abdullahi Yusuf Ahmed eine Armee (eine Miliz?) aufzubauen, die diese Regierung stützen sollte. Zwischen 2006 und 2008 wurden von Äthiopien 17.000 somalische Soldaten und Polizisten – wobei diese laut dem Bericht der UN-Beobachtergruppe für Somalia kaum voneinander zu unterscheiden sind – ausgebildet und ausgerüstet. Davon seien im Dezember 2008 nur noch 3.000 als Sicherheitskräfte der TFG aktiv, die restlichen 14.000 seien – meist mit Waffen und Uniform – zu anderen bewaffneten Gruppen übergelaufen, desertiert oder getötet worden.<sup>7</sup> Die äthiopischen Truppen sind seit Ende 2008 größtenteils abgezogen, dies war einer der Punkte des Dschibuti-Abkommens von August 2008, das eine Art Friedensabkommen zwischen der TFG und einem Teil der Union islamischer Gerichtshöfe darstellt. In Äthiopien werden derweil weitere Polizisten für die TFG ausgebildet. Finanziert wird dies u.a. durch Deutschland und Italien, wobei Italien vor allem daran beteiligt ist, somalische Gendarmerie auszubilden.

An der Geberkonferenz für Somalia in Brüssel Ende April 2009 nahmen der UN-Generalsekretär Ban, der EU-Kommissar Barroso, der Hohe Vertreter der EU- Außen- und Sicherheitspolitik Solana, der Präsident der TFG Somalias Sharif Sheikh Ahmed, der Generalsekretär der Arabischen Liga und die Kommandeure der Atalanta-Mission der EU und der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) teil. Die auf der Konferenz zugesagten Mittel dienen ausschließlich dem Aufbau der Sicherheitskräfte Somalias und der Finanzierung der AMISOM, wobei AMISOM bis 2011 6.000 Soldaten für die TFG, das UNDP im gleichen Zeitraum 10.000 Polizisten ausbilden soll.<sup>8</sup> Die Europäische Union bot auf der Konferenz 60 Mio. US-Dollar für die Finanzierung der AMISOM und 12 Mio. für das Programm „Rule of Law and Security“ der UNDP, in dessen Rahmen seit Mitte der 90er Jahre Polizisten ausgebildet werden. Das UNDP war ursprünglich auch für die Verwaltung der Gelder, die der somalischen Regierung zur Verfügung gestellt werden sollten, verantwortlich. In Brüssel wurde von den Gebern allerdings als Bedingung für die Auszahlung der Gelder gestellt, dass diese von dem privaten Wirtschaftsberatungsunternehmen PriceWaterhouseCoopers verwaltet würden.<sup>9</sup> Die Regierung von Sharif Sheikh Ahmed unterzeichnete daraufhin einen Vertrag mit diesem Unternehmen, um deutlich zu machen, dass sie bereit ist, sich in die Karten sehen zu lassen. Die somalische Regierung wird in Zukunft bei PriceWaterhouseCoopers genau



## Ausbildungsprogramme in Somalia seit 2009

Wer bildet aus?	Wer wird ausgebildet?	Wo findet die Ausbildung statt?	bereits ausgebildet	geplant	Anmerkungen
Frankreich	Somalische Armee	Dschibuti	600 (2009)	3000	
USA	Somalische Armee	Uganda/ Dschibuti	unbekannt	unbekannt	Lieferung von 40 Tonnen Kleinwaffen an somalische TFG: „Waffen die für Kämpfe im urbanen Raum und zur Aufstandsbekämpfung geeignet sind“*
Russland	Somalische Armee	Dschibuti (gemeinsam mit Frankreich)	unbekannt	unbekannt	
AMISOM (Uganda)	Somalische Armee	Uganda, Mogadischu, Somalia	unbekannt	6000	Finanziert größtenteils aus dem EDF
	Somalische Polizei	Somalia	unbekannt	unbekannt	(Ausbilder wegen schlechter Sicherheitslage noch nicht in Somalia)
UNDP	Somalische Polizei	Somalia, Uganda	unbekannt	10000	Finanziert größtenteils aus dem EDF
Kenia	Somalische Polizei und Armee	Kenia	unbekannt	10000	In Flüchtlingslagern in Kenia werden offenbar Menschen für eine der TFG unterstellten Armee und Polizei rekrutiert
EU (EUTM-Somalia)	Somalische Armee	Uganda	keine	2000	
Äthiopien	Somalische Polizei (u.a. Carabinieri) und Armee	Äthiopien	unbekannt	unbekannt	finanziert durch Deutschland und Italien
Ägypten	Somalische Polizei und Armee	Ägypten	unbekannt	unbekannt	
Großbritannien	Somalische Armee	Unbekannt	unbekannt	unbekannt	
Sudan	Somalische Polizei und Armee	Unbekannt	unbekannt	unbekannt	
IMO**	Somalische Küstenwache	Unbekannt	unbekannt	unbekannt	

Daten aus: Amnesty International (2010): *Somalia: International Military and Policing Assistance should be reviewed*;  
 URL: [http://www.amnesty.org.uk/uploads/documents/doc\\_20076.pdf](http://www.amnesty.org.uk/uploads/documents/doc_20076.pdf)

\* Zitiert aus *Background Briefing on U.S. Assistance to the Somalia Transitional Federal Government*,  
 26.06.2009; URL: <http://www.state.gov>

\*\* Aus *IMO to support Somalia to repress piracy*;

URL: [http://www.imo.org/newsroom/mainframe.asp?topic\\_id=1773&doc\\_id=12083](http://www.imo.org/newsroom/mainframe.asp?topic_id=1773&doc_id=12083)

angeben müssen, wofür Gelder verwendet werden sollen und diese werden dann erst nach einer Prüfung durch das Unternehmen, dessen Mitarbeiter vor allem in Nairobi sitzen, ausbezahlt werden.<sup>10</sup>

Während der Geberkonferenz erklärte der französische Präsident Sarkozy, Frankreich wolle auf seiner Militärbasis in Dschibuti zusätzlich Soldaten ausbilden, die mithilfe dieser Ausbildung dann in Somalia Soldaten rekrutieren und ausbilden sollen. Allerdings wollte Frankreich dies von der Europäischen Union finanziert sehen. Diesem Ansinnen ist die EU jedoch mit der Begründung nicht nachgekommen, man könne nicht dafür garantieren, dass diese Soldaten nicht nur Menschenrechtsverletzungen an der somalischen Bevölkerung begehen, sondern auch – schlimmer noch – zu den Gruppen, die bewaffnet gegen die Regierung von Sharif Sheikh Ahmed kämpfe, überlaufen könnten.<sup>11</sup> Trotz der Absage durch die Europäische Union, bildete Frankreich in der zweiten Hälfte 2009 600 somalische Soldaten

in Dschibuti aus und kündigte im Oktober 2009 weitere 3.000 an.<sup>12</sup> Zahlreiche andere Staaten haben Programme zum Aufbau einer Armee und Polizei gestartet bzw. angekündigt. Eine (unvollständige) Liste findet sich in der Tabelle, deren Angaben aus einem Amnesty International Bericht stammen.

EUTM Somalia ist demnach nicht der erste und einzige Versuch, das „Problem Somalia“ durch den Aufbau eines Sicherheitssektors in den Griff zu bekommen - es ist nicht einmal der erste und einzige Versuch Brüssels, die Regierung dazu zu befähigen, die Kontrolle über das Territorium Somalias zu erlangen oder zumindest wichtige Infrastrukturen (v.a. Häfen und Flughäfen) zu bewachen und sich selber zu schützen. Dazu unterstützt sie die Mission der Afrikanischen Union in Somalia (s.u.). Die Hilfe durch die EU ist der somalischen TFG durchaus willkommen. Allerdings hatte Sharif Sheikh Ahmed auf der Konferenz in Brüssel darum gebeten, dass eine Küstenwache aufgebaut, ausgebildet und ausgerüstet würde. Diesem Wunsch

hat die EU nicht entsprochen – statt einer Küstenwache gibt es jetzt Soldaten. In einem Papier der Konrad-Adenauer-Stiftung wird empfohlen, „[...] somalische Sicherheitskräfte für die Pirateriebekämpfung an Land einzusetzen. Erst langfristig sollte der Aufbau von Küstenschutzkapazitäten angedacht werden“.<sup>13</sup> Begründet wird dies damit, dass die maritimen Kenntnisse, die bei der Ausbildung von Küstenwächern vermittelt würden, den Piraten bei ihrer Arbeit von Nutzen sein könnten und ein Überlaufen des Personals der Küstenwache nicht ausgeschlossen werden könnte. Was bei der Ausbildung und Ausrüstung einer Küstenwache als Hindernis gilt, ist bei der Ausbildung und Bewaffnung von Soldaten auf dem Festland offenbar kein großes Problem. Dies lässt sich damit erklären, dass zu den Piraten übergelaufene Küstenwächter ein direktes Problem für den freien Warenverkehr zu See und damit für den Westen darstellen, wohingegen unter der Eskalation des Bürgerkrieges in erster Linie die Somalis zu leiden haben.

### **Reform des Sicherheitssektors! – Welches Sicherheitssektors?**

Wie selbstverständlich wird bei den Menschen, die ausgebildet und ausgerüstet werden und die TFG unterstützen sollen, von Soldaten und Polizisten gesprochen. Auch auf der Seite des Rats der Europäischen Union, auf der die geplante Mission beschrieben wird, heißt es: „das Ziel von EUTM Somalia ist es, einen umfassenden und nachhaltigen Beitrag zur Ausgestaltung des somalischen Sicherheitssektors zu leisten, indem die somalischen Sicherheitskräfte durch militärisches Training gestärkt werden“.<sup>14</sup>

In der jüngsten UN-Resolution zu Somalia wird der Generalsekretär dazu aufgefordert, den Sicherheitsrat darüber zu informieren, inwieweit der Plan für „eine kohärente Strategie und ein Paket für Führung, Ausbildung und Ausrüstung zum Aufbau der gemeinsamen Übergangs-Sicherheitskräfte und Übergangs-Polizei Somalias bis zur voraussichtlichen Stärke von rund 15.000 Mitgliedern“ umgesetzt wurde. Es gibt keine somalische Armee oder Polizei, die der TFG unterstellt ist – es gibt lediglich Milizen, die die Regierung bzw. die Gruppen, die der Regierung angehören, unterstützen. Im „Military Balance 2010“ wird die Größe der Armee auf 2.000 Soldaten geschätzt, die von Äthiopien ausgebildet sein sollen.<sup>15</sup> Im Dezember 2008 hatte die Beobachtergruppe der UN für Somalia noch erklärt, dass die TFG die Anzahl der ihr zur Verfügung stehenden Truppen auf 20.000 schätzt, davon seien aber die meisten „Phantome“, sie ständen zwar auf der Gehaltsliste, würden aber ansonsten nicht auftauchen. Auch sei unklar, wie viele dieser Sicherheitskräfte Polizisten oder Soldaten wären, was darauf zurückzuführen sein, dass es „schlicht unmöglich ist zwischen Soldaten und Polizisten zu unterscheiden“.<sup>16</sup>

### **AMISOM – Bodentruppen des Westens**

2007 wurde eine Mission von der Afrikanischen Union entsandt, deren Aufgabe sein sollte, die TFG und die kritische Infrastruktur in Mogadischu (vor allem den Hafen und Flughafen) zu schützen. Doch die inzwischen 5.400 Soldaten aus Burundi und Uganda können ihre Mission nicht erfüllen, sie kontrollieren nur einzelne Viertel Mogadischus und selbst dies gestaltet sich schwierig. Ende Januar 2010 wurde bei dem Versuch der AMISOM eine Route, die den Hafen und den Flughafen Mogadischus verbindet, gegen die Shebab-Miliz zu verteidigen, ca. 50 Menschen getötet. Im Mai 2009 konnte die AMISOM,

gemeinsam mit Soldaten der TFG, den Präsidentenpalast nur mit Mühe verteidigen, in den Sharif Sheikh Ahmed erst einige Monate vorher aus dem Exil in Dschibuti zurückgekehrt war.

Die Schwierigkeiten der AMISOM liegen zunächst an dem Mandat selbst. Die Mission war bisher darauf beschränkt, einige Punkte in Mogadischu zu kontrollieren, an denen die AMISOM Soldaten regelmäßig in schwere Kämpfe verwickelt werden. Ganz offiziell sollte AMISOM die Truppen Äthiopiens ersetzen<sup>17</sup> – sie sind die Nachfolger einer Besatzung durch das Nachbarland – oder werden zumindest von Teilen der Bevölkerung so wahrgenommen. Sie gelten demnach nicht als neutrale Friedenstruppen, zumal sie auf Grundlage eines Friedensvertrages im Lande sind, dem nur diejenigen zugestimmt haben, die auch in der TFG vertreten sind und damit direkt von der Anwesenheit der ausländischen Truppen profitieren. Hinzu kommt der schlechte Zustand der Truppe, wie der Bericht des UN-Generalsekretärs im Oktober 2009 gezeigt hat. Demnach sind die Bedingungen für die ugandischen und burundischen Soldaten extrem schlecht, was sich an der schlechten Versorgung der Truppen mit Lebensmitteln und Medizin zeigt. Dies führte beispielsweise dazu, dass 200 Soldaten der AMISOM an einer Krankheit, von der nicht einmal klar ist, um welche es sich handelt, erkrankten und sieben Soldaten gestorben sind. Inzwischen hat die UN die Versorgung der Truppe übernommen.<sup>18</sup> Nach Angaben des kanadischen „Peacebuilding Coordinating Committee“, einem Dachverband verschiedener NGOs, sind die ugandischen AMISOM-Truppen seit Mai 2009, die burundischen seit April 2009 nicht mehr ausbezahlt worden.<sup>19</sup> Es befinden sich also derzeit 5.400 burundische und ugandische Soldaten vor allem in Mogadischu, denen der Sold seit Monaten nicht ausbezahlt wird.<sup>20</sup>

Die Mission wäre ohne die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union nicht realisierbar.<sup>21</sup> Zwischen 2007 und 2009 wurden 5 Mio. € aus dem Instrument für Stabilität der EU für die Planung und strategische Führung der Mission bezahlt. Aus dem 9. Europäischen Entwicklungsfond wurden zwischen 2007 und 2008 35,5 Mio. € direkt für die AMISOM bereitgestellt, die 60 Mio., die auf der Geberkonferenz zugesagt wurden, werden dem 10. Europäischen Entwicklungsfonds entnommen.

Zusätzlich zur direkten Finanzierung der Mission werden Militärs und Polizisten der AMISOM in verschiedenen Ausbildungszentren in ganz Afrika ausgebildet, wovon zahlreiche von europäischen Regierungen finanziert und geleitet werden, die Ausbilder sind häufig europäische Militärs oder afrikanische Militärs, die wiederum von europäischen ausgebildet wurden. So wurden im November 2009 im „Kofi Annan International Peacekeeping Center“ - das in erster Linie aus deutschen Entwicklungshilfegeldern finanziert wird - Polizeiausbilder aus Sierra Leone für AMISOM ausgebildet.<sup>22</sup> Auch in der „École de Maintien de la Paix Alioune Blondin Beye“ in Bamako, Mali werden – ebenfalls mit deutscher und vor allem französischer Unterstützung – AMISOM-Soldaten ausgebildet. Zusätzlich bilden derzeit 40 französische Offiziere ugandische Soldaten für die Mission in Somalia aus.<sup>23</sup>

Neben der finanziellen Abhängigkeit ist die Afrikanische Union auch auf die logistische Hilfe des Nordens angewiesen. Diese Aufgabe hat die NATO übernommen, die die AMISOM-Soldaten nach Somalia fliegt und die Schiffe, die die Truppe versorgen, nach Mogadischu eskortiert.<sup>24</sup>

AMISOM sollte zunächst nur eine Übergangslösung sein, bis die UN eine eigene Friedensmission für Somalia aufgestellt hat – eine solche Mission scheint allerdings derzeit sehr unwahrscheinlich, auch wenn der Vorsitzende der Kommission der Afri-

kanischen Union, Jean Ping, wiederholt um Ablösung gebeten hat.<sup>25</sup> Angesichts der desaströsen Erfahrungen der AMISOM-Soldaten und den geringen Aussicht auf Erfolg, hat die UN gute Gründe keine Mission nach Somalia zu entsenden. Warum allerdings das Mandat der AMISOM immer wieder verlängert und im September 2009 auch noch in ein robustes Mandat umgewandelt wurde (die Truppen haben jetzt „auch außerhalb der somalischen Hauptstadt offensive Militäroperationen durchzuführen, „wenn aus anderen Regionen Gefahren drohen“<sup>26</sup>) ist auch angesichts dessen, dass bereits 80 AMISOM-Soldaten im Einsatz gestorben sind, eigentlich nicht nachzuvollziehen. Aus europäischer (bzw. westlicher) Sicht hingegen schon: ohne das Risiko, das mit der Entsendung eigener Soldaten verbunden ist und für billiges Geld, das auch noch als Entwicklungshilfe deklariert wird, sind Truppen vor Ort, die eine TFG, die „dem Westen“ derzeit wohl gesonnen ist, militärisch unterstützt – wenn auch mit geringem Erfolg.

Zudem beinhaltet das AMISOM-Mandat bereits seit Beginn auch eine Ausbildungskomponente. Somalische Soldaten sollen in Uganda und Somalia von Soldaten ausgebildet werden, die wiederum von europäischen Ausbildern darauf vorbereitet werden. Dies wurde auf der Konferenz in Brüssel im April 2009 nochmals bestätigt. Bis Ende 2010 sollen 6.000 Soldaten durch die AMISOM ausgebildet werden, die Mittel hierfür stammen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds. Unklar ist, ob dies bereits geschieht. Sicher ist, dass die Ausbildung von Polizeieinheiten durch die AMISOM bisher nicht geschehen ist, da die Ausbilder aus Ghana, Nigeria, Sierra Leone und Uganda (s. S/2009/503) aus Sicherheitsgründen noch nicht in Somalia stationiert werden konnten.<sup>27</sup>

### Die Bewaffnung des Bürgerkrieges

Die verschiedenen Missionen bzw. Programme zur Reform des Sicherheitssektors fachen den Bürgerkrieg in Somalia weiter an. Amnesty International zeigt in seinem Bericht vom Januar 2010, dass die Soldaten und die Polizisten, die der TFG unterstellt sind, zur Eskalation des Konfliktes beitragen. Hinzu kommt, dass die Waffen, mit denen die Sicherheitskräfte ausgerüstet werden, häufig bei den Gruppen landen, die die TFG gewaltsam bekämpfen. Das gilt auch für die von den USA im Jahr 2009 nach Somalia gelieferten 40 Tonnen Kleinwaffen, die „für den Krieg im urbanen Raum und für die Aufstandsbekämpfung“<sup>28</sup> geeignet sind. Diese werden inzwischen auf den Märkten in Mogadischu verkauft.<sup>29</sup> Auf diese Gefahr hatte bereits die UN-Beobachtergruppe für Somalia in ihrem Bericht im Dezember 2008 hingewiesen: „[...] die externe Hilfe zum Aufbau der Sicherheitskräfte der TFG haben eine wichtige Lücke geschaffen, durch die Waffen, Ausrüstung und militärisches Know-How schlüpfen, die auf den Markt oder direkt zu den bewaffneten oppositionellen Gruppen fließen“.<sup>30</sup>

Die EU hatte die Aufforderung Frankreichs, die Finanzierung für die Ausbildung somalischer Soldaten in Dschibuti zu übernehmen, mit dem Hinweis zurückgewiesen, man könne nicht dafür garantieren, dass die Soldaten nicht zu anderen bewaffneten Gruppen überlaufen. Wie sie dies jetzt – im Rahmen der Mission EUTM-Somalia – gewährleisten will, ist jedoch fraglich.

### Anmerkungen

- 1 Anti-Piraterie-Mission Atalanta verlängert, 17.11.2009; URL: <http://www.bmvg.de>.
- 2 Europa-Abgeordnete: Kanonenboote allein werden Piraterie nicht

aus der Welt schaffen, 16.12.2008; URL: <http://www.europarl.europa.eu>.

- 3 Vgl. Jürgen Wagner: Piraterie: Koloniale „Lösungsvorschläge“ aus dem Land des Exportweltmeisters; IMI-Standpunkt 2009/045.
- 4 Annette Weber: Die Marineoperation der EU im Golf von Aden (EU NAVFOR Atalanta): Vorbei am Problem – die Piraterie nimmt zu, die Ursachen bleiben, in: Muriel Asseburg/ Ronja Kempin (Hrsg.): Die EU als strategischer Akteur in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, SWP-Studie, Berlin 2009; S. 89.
- 5 Marina Ottaway/ Stefan Mair: State at Risk and Failed states. Putting Security first, Carnegie Endowment for International Peace, Policy Outlook, Washington, D.C., September 2004, S. 1.
- 6 Ebd., S. 6.
- 7 Report of the Monitoring Group on Somalia submitted in accordance with resolution 1811 (2008) (S/2008/269).
- 8 Zu der Konferenz siehe auch: Andreas Seifert: Somalia: Sicherheit statt Entwicklung; IMI-Standpunkt 2009/029.
- 9 Knut Mellethin: Somalia unter Konkursverwaltung, in: Hintergrund, 14.08.2009.
- 10 Somalia appoints accountancy firm, BBC 08.07.2009; URL: <http://news.bbc.co.uk>.
- 11 France asks for help to train security force for Somalia, European Voice, 20.05.2009; URL: <http://www.europeanvoice.com>.
- 12 French President Sarkozy backs Washington's hard line against Iran, World Socialist Web Side, 20.10.2009; URL: <http://www.wsws.org>.
- 13 Markus Kahl: Piraterie rund um Somalia: Ein Blick durch die Brille der Vernetzten Sicherheit, Analysen und Argumente, Nr. 71, November 2009.
- 14 EU Training Mission for Somalia; URL: <http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=1870&lang=DE>.
- 15 The Military Balance 2010, International Institute for Strategic Studies, Basingstoke, 2010; S. 324.
- 16 Report of the Monitoring Group on Somalia submitted in accordance with resolution 1811 (2008) (S/2008/769).
- 17 UN Resolution 1744 (2007).
- 18 Report of the Secretary-General on Somalia pursuant to Security Council resolution 1872 (2009) (S/2009/503).
- 19 Peace Operations Newsletter No.30, Dezember 2009; S. 2; URL: <http://www.peacebuild.ca>.
- 20 ai klagt zudem über die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen durch AMISOM Soldaten, die u.a. wahllos in Mengen von Zivilisten schießen; vgl. Amnesty International (2010): Somalia: International Military and Policing Assistance should be reviewed; URL: [http://www.amnesty.org.uk/uploads/documents/doc\\_20076.pdf](http://www.amnesty.org.uk/uploads/documents/doc_20076.pdf).
- 21 Jakkie Cillier: Afrikanische Friedenstruppen – eine aktuelle Bestandsaufnahme, in: Walter Feichtinger/ Gerald Heinzl (Hrsg.): Krisenmanagement in Afrika, Wien, 2009; S. 143.
- 22 1st AMISOM Pre-deployment Training opens at the KAIPTC, Pressemitteilung des KAIPTC vom 16.09.2010; URL: <http://www.kaiptc.org/>.
- 23 Erklärung des französischen Außenministers Bernard Kouchner am 24.04.2009; URL: [http://www.diplomatie.gouv.fr/de/landerinformationen\\_1/somalia\\_100/ereignisse\\_1294/konferenz-fur-die-unterstutzung-der-somalischen-institutionen-24.04.2009\\_6314.html](http://www.diplomatie.gouv.fr/de/landerinformationen_1/somalia_100/ereignisse_1294/konferenz-fur-die-unterstutzung-der-somalischen-institutionen-24.04.2009_6314.html).
- 24 NATO assistance to the African Union; URL: [http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics\\_8191.htm?selectedLocale=en](http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_8191.htm?selectedLocale=en)  
Das Mandat für diese Mission ist eigentlich am 31. Januar 2010 ausgelaufen, es ist unklar, ob das Mandat verlängert wurde oder wird.
- 25 Internationale Gemeinschaft will Somalia helfen, Deutsche Welle, 24.04.2009; URL: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4200238,00.html>.
- 26 Knut Mellenthin: Robustes Mandat, in: Junge Welt, 08.09.2009.
- 27 Report of the Secretary-General on Somalia pursuant to Security Council resolution 1872 (2009) (S/2009/503).
- 28 Background Briefing on U.S. Assistance to the Somalia Transitional Federal Government, 26.06.2009; URL: <http://www.state.gov>.
- 29 Arming Somalia, Foreign Policy, 10.09.2009; URL: <http://www.foreignpolicy.com>.
- 30 Report of the Monitoring Group on Somalia submitted in accordance with resolution 1811 (2008) (S/2008/769).

# Zivile Gerichtsbarkeit und Völkerstrafgesetzbuch

## Justiz und Gesetz im Dienst der Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr

von Michael Haid

*„Im Übrigen ist die Militärjustiz in allen Fällen von Übel: nicht nur, weil sie vom Militär kommt, sondern weil sie sich als Justiz gibt, was sie niemals sein kann.“ (Kurt Tucholsky)*

Nach der Herstellung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr müsse nun die zivile Justiz in Deutschland, der auch die Bundeswehrangehörigen unterworfen sind, nach der Auffassung des Parlamentarischen Geschäftsführers der FDP-Bundestagsfraktion, Jörg van Essen, „im Ausland einsatzfähig gemacht“<sup>1</sup> werden. Das Vorhaben einer „einsatzfähigen Justiz“ korrespondiert eng mit der Änderung des anzuwendenden Rechts bei Straftaten, die deutschen Soldaten im Auslandseinsatz vorgeworfen werden. Aus Anlass des Luftangriffs nahe Kundus vom 4. September 2009 findet voraussichtlich nicht mehr das nationale Strafrecht Anwendung, sondern es wird das am 30. Juni 2002 in Kraft getretene Völkerstrafgesetzbuch herangezogen. Dieses räumt der Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr einen weit größeren Spielraum hinsichtlich der in der Aufstandsbekämpfung getöteten Zivilisten (die sog. zivilen Begleitschäden) ein. Den Konsequenzen dieser beiden Entwicklungen widmet sich dieser Beitrag.

### Die Sonderstaatsanwaltschaft

In der Vergangenheit kam in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr die Tötung von an Kampfhandlungen unbeteiligten Zivilpersonen immer wieder vor. Nach Warnschüssen erschoss am 21. Januar 1994 ein deutscher Wachtposten einen von zwei Somalis, die im Begriff waren, in das Depot des Bundeswehrlagers bei Belet Huen einzudringen. Der Somali war der erste durch Bundeswehrsoldaten getötete Zivilist in einem Auslandseinsatz. Seit die Bundeswehr im Ausland interveniert, wurden 140 Fälle strafrechtlich relevanten Verhaltens gezählt, allein 20 davon im Jahr 2009. Zu Anklagen oder gar Verurteilungen kam es bisher in keinem Fall.<sup>2</sup> Die zuständige Staatsanwaltschaft in Deutschland stellte nach Vorermittlungen das Verfahren jeweils ein, da sie davon überzeugt war, dass die Soldaten sich in einem tatsächlichen oder angenommenen Selbstschutz verteidigten oder ihren Irrtum nicht vermeiden konnten.

Trotzdem fordern die Militärs für ihr Tun Rechts- und Handlungssicherheit. Insbesondere durch die Verschärfung des Kriegseinsatzes in Afghanistan verrichtet die Bundeswehr dort zunehmend militärisch „täglich Drecksarbeit“.<sup>3</sup> Diese soll deshalb nicht mehr zeitlich langwierigen, den einzelnen Soldaten wie die Bundeswehr insgesamt psychisch stark belastenden staatsanwaltlichen Untersuchungen ausgesetzt sein, die zudem immer stärker die Gefahr eines unsicheren bzw. negativen Ausgangs in sich bergen.

Infolgedessen übernahm die neue Bundesregierung die bereits lang erhobene Forderung der Bundeswehrführung und ihr nahe

stehender Politiker nach einem „neu zu definierenden Rechtsstatus für unsere Soldatinnen und Soldaten im Kampfeinsatz.“<sup>4</sup> Schon länger werden die Kosten für die strafrechtliche Verteidigung bei allen Bundesbediensteten übernommen, die wegen einer dienstlichen Tätigkeit im Ausland einer Straftat gegen das Leben oder die körperliche Unversehrtheit beschuldigt oder verdächtigt werden.<sup>5</sup> Das Vorhaben der Bundesregierung geht aber weit darüber hinaus.

Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) und Außenminister Guido Westerwelle (FDP) haben in ihren Reden vor dem Deutschen Bundestag am 19. November 2009 bzw. am 10. Februar 2010 - in Abkehr von der Auffassung der bisherigen Bundesregierungen - den Krieg in Afghanistan übereinstimmend als „nicht internationalen bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts“ bezeichnet. Rechtlich ist diese Bewertung der Bundesminister ohne Bedeutung, da ausschließlich die Feststellung durch die Bundesanwaltschaft, die in einer Presseerklärung von Mitte März 2010 dieselbe Einschätzung teilt, ausschlaggebend ist. Politisch ist sie durchaus folgenreich. Denn diese Neubewertung müsse, so die Schlussfolgerung der beiden Politiker, Konsequenzen für die Handlungsbefugnisse der Soldaten, für die Befehlsgebung und für die Beurteilung des Verhaltens von Soldaten in strafrechtlicher Hinsicht haben.<sup>6</sup>

Deshalb soll laut Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP „eine zentrale Zuständigkeit der Justiz für die Verfolgung von Straftaten von Soldaten, die diesen in Ausübung ihres Dienstes im Ausland vorgeworfen werden“<sup>7</sup> geschaffen werden. Wie diese Zuständigkeit genau ausgestaltet werden soll, ist noch nicht endgültig geklärt. Es besteht aber die Absicht, durch die Konzentration von örtlichen Zuständigkeiten eine zentral zuständige Staatsanwaltschaft, die eine Spezialisierung innerhalb der allgemeinen Strafgerichtsbarkeit ermöglichen soll, zu errichten.<sup>8</sup> Das würde dazu führen, dass aufgrund des Sitzes des Einsatzführungskommandos in Geltow regelmäßig die Staatsanwaltschaft des Landgerichts in Potsdam zuständig wäre (§ 143 I GVG). Diese zentrale Zuständigkeit soll die schon bestehende Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe für Delikte nach dem Völkerstrafgesetzbuch ergänzen (§ 120 I Nr. 8 GVG i. V. m. § 142a I GVG).

Dieses Vorhaben ist, um Missverständnissen vorzubeugen, kein Plan zur Einrichtung einer eigenen Wehrgerichtsbarkeit für Soldaten im Auslandseinsatz. Diese Möglichkeit existiert zwar in Artikel 96 II GG, soll aber nicht umgesetzt werden. Danach könnten Wehrstrafgerichte als Bundesgerichte eingerichtet werden, welche die Strafgerichtsbarkeit nur im Verteidigungsfalle sowie über Angehörige der Streitkräfte, die in das Ausland entsandt oder an Bord von Kriegsschiffen eingeschifft sind, ausüben könnten. Von einer eigenen Militärgerichtsbarkeit gar wurde nach der Neuaufstellung der Bundeswehr 1956 aufgrund der historischen Erfahrungen mit dem Reichsmilitärgericht des Kaiserreichs ab 1871 und der NS-Militärjustiz von 1935 bis 1945 abgesehen. Ein Militärgericht ist ein Gericht, das aus Militärrechtern besteht und die Strafgerichtsbarkeit über Militärangehörige ausübt. Eine solche Möglichkeit wird auch nicht durch Artikel 96 II GG eröffnet. Deshalb gilt weiterhin der Grundsatz, dass Bundeswehrangehörige, auch bei militärischen Straftaten, der zivilen (ordentlichen) Gerichtsbarkeit unterstehen. Dennoch wird die erklärte Intention, mit der Sonderstaatsanwaltschaft die



*Justitia am Kölner Rathaus, Foto: Raimond Spekking / Wikimedia Commons / CC-BY-SA-3.0 & GFDL*

Voraussetzungen für eine schnelle und vor allem reibungslose Behandlung von Strafbarkeitsvorwürfen zu etablieren, voraussichtlich vollständig erreicht, da damit das Militär „der Gefahr einen Riegel vorschieben [kann], dass militärisches Unrecht, das man ohnehin lieber unter den Teppich gekehrt sehen möchte, juristisch aufgeklärt wird.“ Denn der nach der Rechts- und Handlungssicherheit verlangenden Generalität und Regierung geht es „letztlich und unmissverständlich um die Ausstellung eines Freibriefs für künftige Bombardierungen.“<sup>9</sup>

Somit ist aus Sicht der Bundeswehrführung eine eigene Militärgerichtsbarkeit auch gar nicht notwendig, da deren Zweck in der Zeit des Kaiserreichs und des Nationalsozialismus in ihrer bestrafenden und disziplinierenden Wirkung (bspw. bei Desertionen) zu sehen ist. Das hier vorgesehene Verfahren dient eher dem Schutz und der Absicherung der oben erwähnten „täglichen Drecksarbeit.“

Zudem bestehen hinsichtlich der Errichtung der geplanten Sonderstaatsanwaltschaft verfassungsrechtliche Bedenken, da eine solche Regelung gegen die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern verstoßen könnte.<sup>10</sup>

### Der Bock wird zum Gärtner gemacht

Aufschlussreich ist, wie die Ermittlungspraxis dieser für Kriege „einsatzfähigen Justiz“ nach den Vorstellungen des Vorsitzenden des Bundeswehrverbands, Ulrich Kirsch, aussehen soll. Er versteht darunter die vorübergehende Unterstellung der sich im Einsatzland befindlichen Bundeswehrjuristen unter das Dach des Bundesjustizministeriums und der Feldjäger unter das Dach des Bundesinnenministeriums. Eine grundsätzliche Zuständigkeit sieht der Bundeswehrverband weiterhin bei der Bundesanwaltschaft mit Hauptsitz in Karlsruhe.<sup>11</sup>

Vorausgesetzt, dieser Vorschlag würde tatsächlich umgesetzt werden, würde dies einen sehr geringen eigenständigen Ermittlungsspielraum für die Staatsanwaltschaft bedeuten. Die Überlegung eines, zugegebenermaßen häufig schwierigen, Rechtshilfeverfahrens wie auch der Einsatz von eigenen staatsanwaltschaftlichen Hilfsbeamten wird zumindest nirgends erwähnt. Folglich bleibt die Staatsanwaltschaft für Untersuchungen vor Ort auf die Rechtsberater und die Feldjäger der Bundeswehr angewiesen, was übrigens seit 1994 gängige Praxis ist. Bisher durfte sie diesen keinerlei Weisungen erteilen, da sie nicht zu den Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft zählen und weiterhin dem Verteidigungsministerium unterstellt sind, was

sich allerdings nach Kirschs Vorstellung vorübergehend ändern würde. Anhaltspunkte, dass dieses Verfahren zu bundeswehrfreundlichen Ergebnissen führen könnte, gebe es laut Verteidigungsministerium nicht.<sup>12</sup>

In der Konsequenz ermitteln Bundeswehrangehörige gegen Bundeswehrangehörige in Bundeswehrangelegenheiten. Ein unabhängiges und rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren kann so keinesfalls als gesichert gelten. Oder auf den Punkt gebracht: Der Bock wird zum Gärtner gemacht.

### Der Präzedenzfall des Luftangriffs nahe Kundus vom 4. September 2009

Die Bedeutung des Kundus-Luftangriffs im Zusammenhang mit der geplanten Sonderstaatsanwaltschaft wie mit der erstmaligen Anwendung des Völkerstrafgesetzbuchs kann als nicht folgenreich genug eingeschätzt werden und muss auch im gesellschaftlichen Kontext gesehen werden. Die Motivation dieses Angriffs beruhte nicht auf Gründen eines angenommenen Selbstschutzes der betroffenen Soldaten. Die Anforderung der US-Kampfflugzeuge geschah im Rahmen einer Operation zur gezielten Tötung Aufständischer durch die Task Force 47 bzw. des zur Hälfte aus ihr bestehenden Kommandos Spezialkräfte (KSK). Neben einigen der Aufständischen wurde billigend die Tötung der anwesenden lokalen Zivilbevölkerung in Kauf genommen. Insgesamt kamen 142 Menschen in dieser Nacht ums Leben. Darunter waren auch Kinder.

Gezielte Tötungen sind weder mit dem Wortlaut des am 26. Februar 2010 neu verabschiedeten ISAF-Mandats noch nach Aussage des Mitglieds im Verteidigungsausschuss des Bundestages, Hans-Peter Bartels (SPD), mit „dem Geist der Bundestagsmandate (...) vereinbar.“<sup>13</sup> Mit dem Kundus-Luftangriff hat die Bundeswehr nach der Meinung von Hans J. Gießmann, Direktor des Berghof Conflict Research in Berlin, und Armin Wagner, Military Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg, einen „zweiten Rubikon“ überschritten, hin zu „Kampfeinsätzen mit all ihren Konsequenzen.“<sup>14</sup> Demzufolge werde nach Ulrich Kirsch das Jahr 2009 als „Schicksalsjahr“ in die Geschichte der Bundeswehr eingehen, da es einen „Wendepunkt“<sup>15</sup> in der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik markiere. Darunter ist in Afghanistan die Verschärfung der Aufstandsbekämpfung („Counter-Insurgency“) durch die Änderung der sog. Taschenkarte („Rules of Engagement“) vom Juni 2009, also die erhebliche Lockerung des Einsatzes von militärischer Gewalt, zu verstehen. Wohl auch, wie der Präzedenzfall des Kundus-Luftangriffs zeigt, unter Inkaufnahme von sog. zivilen Begleitschäden, was nur durchführbar ist, wenn die rechtlichen Voraussetzungen hierfür bestehen.

Diese Entwicklung geschieht vor dem Hintergrund, dass die Öffentlichkeit Kampfeinsätze der Bundeswehr mit einer glasklaren Mehrheit ablehnt.<sup>16</sup> Insbesondere hinsichtlich des Afghanistanmandats sprechen sich laut einer Meinungsumfrage der ARD vom Januar 2010 71% für einen schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehr aus und sogar 83% der Befragten sind strikt gegen die Aufstockung des dortigen Kontingents um weitere 850 Soldaten,<sup>17</sup> wie es der Bundestag nach der jüngsten Afghanistankonferenz am 26. Februar 2010 unter Ignorierung der öffentlichen Meinung beschloss.

Die öffentliche Ablehnung wird von Militärbefürwortern deutlich als Achillesferse dieser militarisierten Außen- und Sicherheitspolitik erkannt, da „die Bekämpfung von Aufständen (...) in der Regel nicht militärisch, sondern politisch verloren werden, wenn die Unterstützung zur Fortführung der Opera-

tion in den Heimatländern und bei der Bevölkerung im Einsatzland schwindet. Dies ist aus politischer Sicht sicherlich der strategische Schwachpunkt der deutschen Beteiligung an der ISAF-Operation.<sup>18</sup> So lautete die Einschätzung von Vertretern der die Bundesregierung beratenden Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Diese Diskrepanz von öffentlicher Meinung und politischer Praxis, die getrost als interfraktioneller Kriegskonsens bezeichnet werden kann, benennt der scheidende Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe (SPD), als „schizophrene Situation“, da der Bundestag „in der Regel den Mandaten mit breiter Mehrheit zugestimmt [hat]. (...)“ Zugleich zeigen alle Umfragen, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung die Mandate nicht mitträgt.<sup>19</sup>

## Das Völkerstrafgesetzbuch

Durch die Einordnung des Afghanistankriegs als „nicht internationaler bewaffneter Konflikt“ ist für die strafrechtliche Beurteilung nicht mehr das Strafgesetzbuch (StGB), sondern das Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) einschlägig. Dies hat wesentliche Auswirkungen auf die Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr, auch was die Inkaufnahme von sog. zivilen Begleitschäden betrifft. Mit anderen Worten: können Soldaten erwarten, im Normalfall nicht strafrechtlich für ihre Handlungen belangt zu werden, auch wenn sie dabei voraussichtlich Zivilisten töten, so erhöht sich ungemein die Wahrscheinlichkeit solcher Aktionen. Der Göttinger Strafrechtsprofessor, Kai Ambos, bringt dies folgendermaßen auf den Punkt: „Die Annahme eines bewaffneten Konflikts hat für das Militär den Vorteil, dass es Dinge tun darf, die im Frieden untersagt sind.“<sup>20</sup> Der Kölner Völkerrechtsprofessor Claus Kreß konkretisiert dies: „Wenn die Regeln des bewaffneten Konflikts gelten, dann sind die Eingriffsbefugnisse deutscher Soldaten zu Lasten feindlicher Kämpfer beträchtlicher - sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch in der Frage, was zivile Begleitschäden angeht.“<sup>21</sup>

Im Hinblick auf das nun anzuwendende Völkerstrafgesetzbuch bedeutet dies Folgendes: Bisher zog aller Wahrscheinlichkeit nach der Vorwurf der Tötung von Zivilpersonen für den betreffenden Soldaten eine Ermittlung der Staatsanwaltschaft wegen Totschlags (§ 212 I StGB) nach sich. Diese Norm sieht im Falle einer Verurteilung eine Freiheitsstrafe von nicht unter fünf Jahren vor. Die entscheidende Voraussetzung zur Bejahung der Strafbarkeit wegen Totschlags ist, dass die Tötung nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) mit dem hier ausreichenden Eventualvorsatz geschah. Dabei muss der Täter die Tötung der Zivilpersonen für möglich halten und billigend in Kauf genommen haben.<sup>22</sup>

Diese Definition beispielsweise auf den Fall des Luftschlags nahe Kundus angewandt, würde demnach voraussichtlich zu einer Verurteilung des Betreffenden führen. Betrachtet man diesen Fall im Licht des Völkerstrafgesetzbuchs, könnte das Ergebnis gänzlich anders aussehen. Der Wortlaut des wohl hier einschlägigen § 11 I Nr. 3 VStGB lautet: „Wer in Zusammenhang mit einem internationalen oder nichtinternationalen bewaffneten Konflikt (...) mit militärischen Mitteln einen Angriff durchführt und dabei als sicher erwartet, dass der Angriff die Tötung oder Verletzung von Zivilpersonen (...) in einem Ausmaß verursacht wird, das außer Verhältnis zu dem insgesamt erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil steht, (...) wird mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft.“ Die Voraussetzungen der Norm sehen hierbei hinsichtlich der Vorsatzform direkten Vorsatz vor, da die Tötung von Zivilpersonen

als sicher erwartet werden muss. Zweitens wird zudem noch eine Verhältnismäßigkeitsprüfung gefordert. Im Ergebnis bestehen also höhere Hürden für eine Verurteilung nach dem Völkerstrafgesetzbuch als nach dem Strafgesetzbuch. Dies bestätigt auch eine Pressemitteilung der Generalbundesanwaltschaft vom 6. November 2009 bezüglich des Kundus-Luftschlags: „Nach vorläufiger Bewertung der Erkenntnisse aus allgemein zugänglichen Quellen ergeben sich bisher keine tatsächlichen Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat deutscher Soldaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch.“

In der Bundeswehr wird der Umgang mit dem den Kundus-Luftschlag anfordernden Oberst Klein als ein Symbol für den Rückhalt der Politik für die Truppe insgesamt gesehen.<sup>23</sup> Bedauerlicherweise wird voraussichtlich von der Generalstaatsanwaltschaft dieser Rückhalt geliefert werden und damit eine brutalere Aufstandsbekämpfung in Afghanistan mit häufigen sog. zivilen Begleitschäden ermöglicht.

## Anmerkungen

- 1 Jörg van Essen: Soldaten brauchen Rechtssicherheit, in: <http://www.morgenpost.de>, 07.12.2008.
- 2 Vgl. Ursula Welter, Rolf Clement, Christiane Wirtz: Aufklärung in Raten. Eine Ereignischronologie des Luftangriffs von Kundus, in: <http://www.dradio.de>, 26.11.2009.
- 3 Jürg Dedral: Dämmert es am Hindukusch?, in: <http://www.nzz.ch>, 30.12.2009.
- 4 Ulrich Kirsch: Wir erwarten viel von Regierung und Parlament, in: Die Bundeswehr, 10/2009, <http://www.bundeswehrverband.de>, 01.10.2009.
- 5 Vgl. Jörg van Essen: Zivile Justiz einsatzfähig machen, S. 32-33, in: Homeland Security, 2/2009, S. 33.
- 6 Vgl. Guido Westerwelle: Rede vor dem Deutschen Bundestag, 10.02.2010, in: <http://www.auswaertiges-amt.de>.
- 7 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP: Wachstum, Bildung, Zusammenhalt. Berlin, 26. Oktober 2009, <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducu-fdp.pdf>, S. 126.
- 8 Vgl. F. Arndt/ S. Fischer: Gerichtsorganisation und Auslandseinsätze der Bundeswehr, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Aktueller Begriff Nr. 102/09 (20. November 2009).
- 9 Helmut Kramer: Kriegerjustiz durch die Hintertür, S. 5-8, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2010, S. 6
- 10 Vgl. F. Arndt/ S. Fischer, ebd.
- 11 Vgl. Ulrich Kirsch: Interview „Eine Debatte, die im Parlament hätte geführt werden müssen“, in: <http://www.dradio.de>, 13.02.2010.
- 12 Vgl. Christiane Wolters: Auslandseinsatz in der Gesetzeslücke, in: <http://www.spiegel.de>, 08.04.2004.
- 13 Henning Bartels, zitiert nach: Bombardement bei Kundus soll Taliban gegolten haben, in: <http://www.nzz.ch>, 12.12.2009.
- 14 Gießmann, Hans J./ Wagner, Armin: Auslandseinsätze der Bundeswehr, S. 3-9, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 48/2009, S. 6.
- 15 Ulrich Kirsch: Rechtssicherheit statt endloser Debatte, in: Die Bundeswehr, 1/2010, <http://www.bundeswehrverband.de>, 1.1.2010.
- 16 Vgl. Gießmann, Hans J./ Wagner, Armin, ebd., S. 4, 7.
- 17 Vgl. ARD-DeutschlandTrend Januar 2010, in: <http://www.infratest-dimap.de>, 05.02.2010.
- 18 Timo Noetzel/ Benjamin Schreier: Ende einer Illusion. Keine „Friedensdividende“, nirgends: Die sicherheitspolitische Debatte macht einen großen Bogen um die Wirklichkeit, S. 96-101, in: Internationale Politik, Januar 2008, S. 99.
- 19 Reinhold Robbe: Interview, in: <http://www.tagesspiegel.de>, 30.01.2010.
- 20 Kai Ambos, in: <http://www.department-ambos.uni-goettingen.de/index.php/News/interview-dpa.html>, 06.11.2009.
- 21 Claus Kreß, in: U. Welter, R. Clement, C. Wirtz, ebd.
- 22 Vgl. Johannes Wessels/ Werner Beulke: Strafrecht. Allgemeiner Teil, 33. Auflage, Heidelberg 2003, Rn. 214 ff.
- 23 Vgl. Thomas Steinmann: Justiz in Zeiten des Krieges, in: <http://www.ftd.de>, 25.03.2010.

# Propagandaoffensive bereitet Bundeswehr-Offensive den Boden

von Arno Neuber

Drei deutsche Soldaten sind bei Kämpfen im Norden Afghanistans getötet worden. Der Entwicklungshilfeminister tönt aus dem NATO-Hauptquartier Nord in Mazar-i-Sharif von einem „schändlichen Angriff“ und verurteilt die Aktionen der „feigen Mörder.“ Das ist gut für die Moral der Truppe.

Sein Parteifreund und künftiger Wehrbeauftragter Hellmut Königshaus ruft nach mehr und tödlicheren Waffen. Das ist gut fürs Geschäft. Besonders der Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann und der Luftwaffenmonopolist EADS verdienen, wenn deutsche Soldaten in Kampfeinsätze geschickt werden. Auf der Homepage von KMW lesen sich die Pressemeldungen wie Nachrichten von der „Heimatfront“.

11. März 2010: KMW übergibt die ersten Serienfahrzeuge vom Typ „JFST Fennek“, die bereits im April in Afghanistan die Bundeswehr „zu einem wesentlich verbesserten Aufklären, Erkennen, Identifizieren und Vermessen von feindlichen Zielen“ befähigen sollen.

29. März 2010: Die Bundeswehr bestellt 41 gepanzerte Fahrzeuge Dingo 2 und die Panzerbauer sichern eine Lieferung bis Jahresende für den Afghanistan-Einsatz zu.

6. April 2010: Die Bundeswehr ordert 44 gepanzerte Fahrzeuge für ihre „Gefechtsfeld-Schaden-Instandsetzungs-Trupps“. Auch sie sollen noch in diesem Jahr in Afghanistan zum Einsatz kommen.<sup>1</sup>

## Kriegsgeschrei bis zur Hysterie

Königshaus hat sich an die Spitze derjenigen Politiker gesetzt, die seit Monaten für mehr Feuerkraft der deutschen Interventionstruppe am Hindukusch trommeln. „Wer in das Kanonrohr eines Leopard 2 schaut, überlegt sich zwei Mal, ob er eine

deutsche Patrouille angreift“, verkündete er in einem Zeitungsinterview.<sup>2</sup> Außerdem will er die Truppe mit Mörsern ausrüsten. Hatte nicht die NATO gerade verkündet, ein wichtiges Element ihrer künftigen Afghanistanstrategie sei es, zivile Opfer zu vermeiden? Für Königshaus ist das letztlich eine mathematische Frage.

Man vergleiche die „Kollateralschäden“ von Angriffen mit Kampfbombern und von Mörserfeuer und entscheide dann.

Für Großwaffen made in Germany machen sich Militärs wie der ISAF-General Jörg Vollmer<sup>3</sup> und Ex-Generalinspekteur Harald Kujat stark. Sie wollen schwere Artillerie in Form der Panzerhaubitze 2000 in den Norden Afghanistans schicken. Kujat verlangt außerdem Tornado-Kampfbomber mit Bordwaffen. Der Ex-Generalinspekteur steigert das Kriegsgeschrei bis zur Hysterie. „Die jungen Soldatinnen und Soldaten werden von einer Nation geopfert, die ihnen alles an nötiger Technik zur Verfügung stellen könnte (...) Das ist ungeheuerlich.“<sup>4</sup>

Der SPD-Militärexperte Rainer Arnold ruft nach Kampfhubschraubern. Der ehemalige Planungschef im „Verteidigungs“ministerium, Ulrich Weisser, will zusätzlich noch Aufklärungsdrohnen und Transporthubschrauber.<sup>5</sup> „Bild“ kann wieder einmal aus internen Dokumenten der Bundeswehr schöpfen. Berichte an das Einsatzführungskommando verlangen demnach wirkungsvollere Munition für das Gewehr G36.<sup>6</sup> „Mit der Hartkernmunition würden Taliban-Kämpfer nicht sofort kampfuntauglich gemacht.“<sup>7</sup> Auch die Kanonen der gepanzerten Fahrzeuge Dingo und Fuchs hätten nicht genügend Durchschlagskraft, um die landestypischen Häuser zu durchbohren.

## Propaganda für die Heimatfront

Mit der Vorstellung, deutsche Soldaten würden von verantwortungslosen Politikern ohne ausreichende Bewaffnung und Ausrüstung an den Hindukusch geschickt, soll endlich die seit Jahren konstant ablehnende öffentliche Meinung gegenüber dem Afghanistaneinsatz in Deutschland aufgebrochen werden.

Anfang April war auf wikileaks.org ein Papier einer Spezialein-



Mehr Entwicklung mit noch mehr Truppen und Waffen. Camp Marmal, größtes Bundeswehrlager außerhalb Deutschlands, Foto: erbino, publik domain

heit der CIA für psychologische Kriegsführung veröffentlicht worden, in dem diese „Red Cell“ (Rote Zelle) Pläne vorstellt, um in Deutschland und Frankreich Stimmung für den Afghanistan-Krieg zu machen und eine Entwicklung in Richtung Abzug wie in den Niederlanden zu verhindern. So sollen Nachrichten produziert werden, „die die Konsequenzen einer NATO-Niederlage speziell für deutsche Interessen dramatisieren.“<sup>8</sup>

In einer Studienarbeit zum „Kampf an der Heimatfront“ werden die gängigen Propagandatechniken emotionslos beschrieben. „Keine Regierung wird dauerhaft einen Kampfeinsatz durchsetzen können, wenn sie nicht die Rückendeckung des eigenen Volkes hat. Diese zu erreichen obliegt nicht alleine der Sachlage als solcher, sondern ebenso der strategischen Ausrichtung staatlicher Kommunikationsprozesse – kurz der Propaganda.“ Ferner sei „die gezielt einseitige Darstellung von Informationen“ auch in westlichen Demokratien „gängige Praxis.“<sup>9</sup> Die Bundeswehr hat durchaus Erfahrung mit der Manipulation der Medien. An der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Strausberg werden PR-Strategen der Bundeswehr ausgebildet. Mancher Leitartikel, manche Überschrift der letzten Tage scheint direkt von diesen Medien-Bearbeitern inspiriert.

Während das „friendly fire“, bei dem die Bundeswehr am Karfreitag sechs afghanische Soldaten getötet hatte, kaum und der aufschlussreiche Umstand, dass die afghanische Armee in Zivilfahrzeugen unterwegs ist, praktisch gar nicht in den Medien hinterfragt wird, wird der Tod der deutschen Soldaten mit einer Debatte über mehr Waffen verbunden. Ex-„Verteidigungs“minister Volker Rühe will eigens einen „Rat ehemaliger Generalinspektoren“ installieren, der sich um eine wirksamere Bewaffnung der Truppe kümmern soll.<sup>10</sup> Mit dabei soll auch Harald Kujat sein, von 2000 bis 2002 ranghöchster Soldat der Bundeswehr. Der empfiehlt sich für das Amt mit seiner Aussage, dass die Rüstungsindustrie noch manches zu bieten habe, „nur die Ministerialbürokratie tut nichts.“<sup>11</sup> Kujat trommelt außerdem für noch mehr Bundeswehrsoldaten in Afghanistan, insbesondere für Kampftruppen statt Ausbilder.<sup>12</sup>

## Abschied von der „Parlamentsarmee“

Ein „Expertenrat“ aus Generalen, der Vorschläge für Bewaffnung, Stärke und Strategie der Bundeswehr am Hindukusch macht; „Verteidigungsexperten“, die ohne das Parlament über die Entsendung einer 350 Soldaten umfassenden Einsatzreserve für Afghanistan entscheiden; eine Strukturkommission unter Leitung des Fallschirmjägers und Chefs der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, die den Auftrag hat, Bundeswehr und Ministerium für künftige Kriegseinsätze zu optimieren – der Idee von der „Parlamentsarmee“ wird gerade der Boden unter den Füßen weggezogen. Die Öffentlichkeit wird dazu mit dem Bild einer bemitleidenswerten Truppe gefüttert, die sich feiger und schändlicher Gegner erwehren muss. Wesentliche Teile der Realität werden dabei einfach wegwetuschiert.

Dazu gehört das Massaker an Zivilisten, das mit dem von einem deutschen Offizier befohlenen Luftangriff im September 2009 nahe Kundus angerichtet wurde. Dazu gehört die Offensive der NATO im Süden, die zahlreichen Zivilisten das Leben gekostet hat und offenbar nicht so „erfolgreich“ verläuft, wie die Verlautbarungen des Bündnisses glauben machen wollen. So berichten Geheimdienstler, dass die Widerstandskämpfer der NATO-Offensive im Süden „ausgewichen sind und ihre Schwerpunktaktivitäten in die Region um Kundus verlegt haben.“ Es handele sich um einen „Verdrängungseffekt der Aktivitäten der Taliban aus Helmland nach Kundus.“<sup>13</sup>

Weil man das bei der NATO längst weiß und weil der Norden für den Nachschubbedarf der immer größer werdenden westlichen Interventionstruppe von wachsender Bedeutung ist, verlegt auch die US-Armee seit Wochen Soldaten und Waffen in den Norden. Mitte März hatte Generalleutnant Bruno Kasdorf, Chef des Stabes der ISAF in Kabul, eine Militäroffensive im Norden angekündigt. „Ich will nicht sagen, in dem Ausmaß und in dem Umfang, wie wir das jetzt unten in Helmland sehen. Aber sicher etwas Ähnliches.“<sup>14</sup> Seit Mitte Januar landen auf dem massiv ausgebauten deutschen Flugplatz in Mazar-i-Sharif Großraumtransporter vom Typ Antonow AN-124, die bis zu 150 Tonnen Ausrüstung und Waffen transportieren können.

Ende März 2010 hatten „zahlreiche Medienvertreter“ die Gelegenheit, „die einsatzvorbereitende Ausbildung der schnellen Eingreiftruppe am Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Heer in der Altmark zu bestaunen.“ Dabei zeigte die Truppe wie es im Einsatz in Afghanistan laufen soll. „Die Infanteristen näherten sich mit ihren gepanzerten Fahrzeugen unter massivem Feindfeuer an und eroberten Meter für Meter die Feuerüberlegenheit, bis die letzten Schüsse der Aufständischen verstummten.“<sup>15</sup> Die „Schändlichkeit“ und „Feigheit“ der bewaffneten NATO-Gegner in Afghanistan dürfte also im Wesentlichen darin liegen, dass sie den militärischen „Säuberungsaktionen“ der NATO ihre eigene Taktik entgegen setzen.

Bei dem militaristischen Trommelfeuer, das derzeit in den Medien entfacht wird, ist kaum noch zu hören, wie „Verteidigungs“minister Guttenberg den Ton verschärft. Es scheint nur folgerichtig, dass man nun beim Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan „umgangssprachlich von Krieg reden“ kann.<sup>16</sup>

Im aktuellen Mandat, das der Bundestag vor nicht einmal zwei Monaten erteilt hat, ist viel von Unterstützung und Stabilisierung, aber in keiner Zeile von Krieg die Rede.<sup>17</sup>

Der aber wird in den nächsten Monaten mit aller Härte geführt werden.

## Anmerkungen

- 1 [www.kmweg.de](http://www.kmweg.de)
- 2 [www.tagesspiegel.de/politik/Bundeswehr-Afghanistan-Hellmut-Koenigshaus;art771,3076896](http://www.tagesspiegel.de/politik/Bundeswehr-Afghanistan-Hellmut-Koenigshaus;art771,3076896)
- 3 Frankfurter Rundschau, 8.4.2010
- 4 sz-online, 7.4.2010 „Fehlt der Bundeswehr die nötige Ausrüstung?“
- 5 [www.welt.de/politik/deutschland/article7066506/Kundus-Tod-der-Soldaten-loest-Materialdebatte-aus.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article7066506/Kundus-Tod-der-Soldaten-loest-Materialdebatte-aus.html)
- 6 [www.bild.de, 7.4.2010](http://www.bild.de, 7.4.2010) „Wie gut sind unsere Soldaten wirklich ausgerüstet?“
- 7 Spiegel-Online, 7.4.2010 „Westerwelle warnt vor Flucht aus Afghanistan“
- 8 Die Welt, 3.4.2010 „CIA spielt mit Horrorszenerien“
- 9 Florian Philipp Ott: Kampf an der Heimatfront. Über Probleme militärischer Öffentlichkeitsarbeit in Demokratien am bundesdeutschen Beispiel. Universität Duisburg-Essen, März 2009
- 10 Spiegel-Online, 5.4.2010 „Rühe fordert Expertenrat aus Militärs“
- 11 Welt-Online, 4.4.2010 „Trauer und Wut in Kundus“
- 12 Spiegel-Online, 4.4.2010 „Ex-Generalinspekteur wirft Koalition Versagen vor“
- 13 Stuttgarter Nachrichten, 3.4.2010
- 14 [www.bundeswehr.de, 18.03.2010](http://www.bundeswehr.de, 18.03.2010) „Afghanistan: Offensive auch im Norden“
- 15 [www.bundeswehr.de, 23.03.2010](http://www.bundeswehr.de, 23.03.2010) „Schnelle Eingreiftruppe unter massivem Feindfeuer“
- 16 Spiegel-Online, 4.4.2010 „Guttenberg spricht von Krieg in Afghanistan“
- 17 Deutscher Bundestag, Drucksache 17/654, 9.2.2010

# Die Bundeswehr im weltweiten Einsatz - (k)eine Erfolgsgeschichte

von Jürgen Wagner

Seit dem Ende des Kalten Krieges wurden etwa 300.000 Soldaten der Bundeswehr in verschiedenste Kriegseinsätze rund um den Globus geschickt. Aktuell sind etwa 6.600 im Ausland stationiert: „Darin spiegelt sich die gewachsene Bereitschaft Deutschlands, außenpolitische Verantwortung zu übernehmen“, so die auf der Bundeswehr-Homepage vertretene Auffassung. Ist das so?

In diesem kurzen Abriss über die Interessen, Ursachen und Motivationen heutiger deutscher Militäreinsätze wird eine andere Auffassung vertreten. Wie anhand dreier exemplarischer Beispiele - Kongo, Somalia und Afghanistan - gezeigt werden kann, geht es vor allem darum deutsche Interessen gewaltsam durchzusetzen. Zunächst lohnt sich jedoch ein kurzer Blick zurück. Denn auch wenn derartige Militäreinsätze heutzutage als nahezu selbstverständlich wahrgenommen werden, dem war nicht immer so.

## Paradigmenwechsel von der Verteidigung zur Intervention

Ursprünglich war die Bundeswehr als reine Verteidigungsarmee konzipiert, deren Einsatzgebiet an den Landesgrenzen endete: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“, heißt es – auch heute noch – im Grundgesetzartikel 87a. Doch bereits die Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahr 1992 führten sog. Krisenreaktionskräfte als neue Truppengattung ein, deren primäre Aufgabe die Durchführung von Militäreinsätzen im Ausland darstellt. Bereits kurz darauf folgten erste Auslandseinsätze (Kambodscha, Somalia), die – nachträglich – vom Bundesverfassungsgericht für grundgesetzkonform erklärt wurden.

Mit der „Konzeptionellen Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr“ wurde die Zahl der Krisenreaktionskräfte 1994 drastisch erhöht und 1996 das Kommando Spezialkräfte (KSK) als Speerspitze des neuen deutschen Interventionismus aufgestellt. Der eigentliche Dammbbruch erfolgte schließlich mit der deutschen Beteiligung am völkerrechtswidrigen, weil ohne UN-Mandat durchgeführten Angriffskrieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999. Unter der rot-grünen Bundesregierung wurde schließlich eine neue Streitkräftekonzeption auf den Weg gebracht. Bis Ende 2010 wird die Bundeswehr aus folgenden Einheiten bestehen: 35.000 Eingreifkräfte, die die heftigsten Kampfhandlungen bewältigen sollen; 70.000 Stabilisierungskräfte, die für die Besatzung fremder Länder zuständig sind, wie dies derzeit etwa in Afghanistan geschieht; und schließlich 147.500 Unterstützungskräfte, deren einzige Aufgabe die logistische Versorgung der beiden kämpfenden Truppenteile darstellt. Von einer Verteidigungsarmee im eigentlichen Wortsinne kann hier also nicht mehr gesprochen werden.

Dies wird auch vom Weißbuch der Bundeswehr bestätigt, das bereits 2006 unmissverständlich kundtat: „Die Struktur der Bundeswehr wird konsequent auf Einsätze ausgerichtet. Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz.“ Wir haben es also mit einem regelrechten „Paradigmenwechsel von der Verteidigung zur Intervention“ zu tun, wie Detlef Bald, der ehemalige wissen-

schaftliche Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, feststellt. Deshalb drängt sich unweigerlich die Frage auf, welche Motivation diese Entwicklung antreibt.

## Offizielle und tatsächliche Interessen

Fragt man nach den Hintergründen dieses neuen Interventionismus, so ist zwischen offiziellen und tatsächlichen Gründen zu unterscheiden. Glaubt man den Regierungsverlautbarungen, so geht es dabei stets lediglich entweder um die Verteidigung Deutschlands, die nun eben – um die überaus trickreiche Formulierung des früheren Verteidigungsministers Peter Struck zu bemühen – auch am Hindukusch (und sonst wo auf der Welt) erfolgen müsse und/oder man leiste in bester Absicht eine Art bewaffnete Entwicklungshilfe aus rein humanitären Motiven. Und wenn man für die Moral dabei buchstäblich über Leichen gehen muss, auch gut!

Tatsächlich sind es aber drei vollkommen andere Interessen, die das deutsche Kriegsendagement antreiben.

**Erstens** sollte abseits aller konkreter ökonomischer und strategischer Interessen stets im Auge behalten werden, dass militärische Macht und die Bereitschaft sie auch einzusetzen eine Art internationale Leitwährung darstellt, die gegen Einfluss in sämtlichen anderen wichtigen Bereichen der Weltpolitik eingetauscht werden kann. Schon Anfang der 1990er verdeutlichte CDU-Vordenker Karl Lamers dies mit den Worten: „[Die] Teilnahme an internationalen Militäraktionen [ist] eine notwendige Voraussetzung für deutschen Einfluss in der Weltpolitik.“ Bündig zusammengefasst: Wer nicht mitkämpft, hat auf der Weltbühne auch nichts mitzureden.

**Zweitens** geht es darum, sich den Zugriff auf die knapper werdenden Rohstoff-, insbesondere der Energievorkommen ggf. mit Gewalt zu sichern. Dies wird relativ offen im Weißbuch der Bundeswehr angesprochen, in dem es heißt, Deutschland ist „in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig. [Deshalb] muss die Sicherheit der Energieinfrastruktur gewährleistet werden.“

**Drittens** hat die auf Marktradikalismus basierende neoliberale Weltwirtschaftsordnung, die der sog. Dritten Welt von westlicher Organisation aufgezwungen wurde, zu einer dramatischen Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung geführt. Armut aber, und nicht etwa religiöse, ethnische Konflikte, Habgier o.ä., wie man uns stets weismachen will, ist der ausschlaggebende Faktor für das Ausbrechen von Bürgerkriegen, eine Tatsache, die in der Kriegsursachenforschung nahezu unbestritten ist und selbst in Weltbankstudien eingeräumt wird. Da sich dieses System aber für westliche Konzerne als überaus profitabel erwiesen hat, steht die Etablierung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung nicht zur Debatte. Stattdessen bereitet man sich verstärkt auf „Stabilisierungseinsätze“ vor, um den Dampfkessel der armutsbedingten Globalisierungskonflikte notdürftig unter Kontrolle zu halten.

## Einsätze als Bankrotterklärung

Ein aktuelles Beispiel, sowohl für die Absicherung der Rohstoffzufuhr als auch die militärische „Bearbeitung“ von Globalisierungskonflikten, ist die Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika: Als Somalia in den 1980er Jahren durch Strukturanpassungsprogramme des IWF zur Übernahme neoliberaler Politiken gezwungen wurde, brach der Staat in der Folge zusammen.

Staatsangestellte konnten nicht mehr entlohnt werden, weshalb u.a. die Küstenwache entlassen wurde. Dies hatte zur Folge, dass europäische Fischfangflotten die Region leerfischten und den somalischen Fischern die Lebensgrundlage entzogen. Aus diesen zwei Gruppen – ehemalige Angestellte der Küstenwache und verarmte Fischer – setzt sich ein Großteil der nun in den Blick der Öffentlichkeit geratenen Piraten zusammen, die am Horn von Afrika Schiffe aufbringen (und damit aus westlicher Sicht den freien Waren- und v.a. Öltankerverkehr gefährden). Anstatt aber die Ursachen des Phänomens anzugehen, entsendete die NATO wie auch die Europäische Union Kriegsschiffe in die Region, um das Problem wortwörtlich zu bekämpfen.

Ein Beispiel für die moralische Verbrämung interessengeleiteter Bundeswehreinätze ist der rohstoffreiche Kongo. Dort hatte Joseph Kabila als Chef einer nicht-gewählten Übergangsregierung die Rohstoffe des Landes günstig an westliche Konzerne verschertelt. Nachdem er zweimal die Wahlen verschieben ließ und dabei Proteste der Zivilbevölkerung unter Todesopfern niedergeschlagen wurden, kam Kabila 2006 um Wahlen nicht mehr herum. Sie waren jedoch so unfair, dass die UDPS als größte zivile Oppositionspartei die Wahlen von vorneherein boykot-

tierte. Dennoch schickte die EU 2.000 Soldaten. 780 davon kamen aus Deutschland, sie hätten, wie damals die Homepage der Bundeswehr voller Stolz verkündete, „den Auftrag, die freien Wahlen zu sichern.“ In Wahrheit ging es darum sicherzustellen, dass der willfähige Kabila – nun demokratisch „legitimiert“ – an der Macht bleiben und man selbst beim Run auf die Rohstoffe nicht ins Hintertreffen geraten würde. Ungewöhnlich offen formulierte dies seinerzeit Ex-Verteidigungsstaatssekretär Walter Stütze: „Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es eigentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören. In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt! [...] Da man das aber [in Deutschland] eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht.“ Im Ergebnis bleibt der Kongo ebenso rohstoffreich wie die dort lebenden Menschen bettelarm.

Schließlich gilt Afghanistan als Paradebeispiel für eine – mutmaßlich außerhalb der Staatsgrenzen erforderliche – Verteidigung Deutschlands gegen die Gefahren des Terrorismus. Der Krieg hatte aber auch viel mit der deutschen Bereitschaft zur „Übernahme von Verantwortung“ zu tun, wie dies die Bundeswehr nennt. Ich nenne das Weltmachtstreben. Anders können die Worte des damaligen Außenministers Joschka Fischer zur Motivation der deutschen Kriegsbeteiligung kaum interpretiert werden: „Die Entscheidung ‚Deutschland nimmt nicht teil‘ würde auch eine Schwächung Europas bedeuten und würde letztendlich bedeuten, dass wir keinen Einfluss auf die Gestaltung einer multilateralen Verantwortungspolitik hätten. Genau darum wird es in den kommenden Jahren gehen. [...] Das Maß der Mitbestimmung richtet sich nach dem Maß des Mitwirkens.“ Oder, in den Worten eines in Afghanistan operierenden KSK-Soldaten: die Bundesrepublik will einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat, „und wir werden dafür verheizt.“

Doch auch das „Verteidigungsargument“ führt in die Irre. Eine Untersuchung, in der sämtliche verfügbaren Daten über Selbstmordanschläge ausgewertet wurden, ergab, dass in nahezu sämtlichen Fällen die maßgebliche Motivation hierfür eine Okkupation durch ausländische Mächte darstellte – also genau das, was in Afghanistan derzeit als „Anti-Terror-Maßnahme“ verkauft wird. Dass die deutschen Militäreinsätze Deutschland letztlich erhöhten Gefahren aussetzten, statt diese zu verringern, wird indirekt auch von BND-Chef Ernst Uhrlau bestätigt: „Deutschland rückte und rückt aufgrund seines markanten außen- und sicherheitspolitischen Profils verstärkt ins Zielspektrum terroristischer Anschläge.“

## Fazit

Um mit dem auf den ersten Blick womöglich widersprüchlichen Titel dieses Beitrags „Die Bundeswehr im weltweiten Einsatz - (k)eine Erfolgsgeschichte“ abzuschließen. Erfolg liegt bekanntlich im Auge des Betrachters: gemessen an den offiziellen Zielen sind die Einsätze der Bundeswehr ein grandioser Fehlschlag. Hinsichtlich der Durchsetzung deutscher Rohstoff- und Konzerninteressen und als flankierende Maßnahme für Deutschlands Aufstieg zur Weltmacht, sind sie aber überaus wirksam. Alle, die glauben, es sei eine gute Idee, die Architekten der Krise mit der (militärischen) Lösung zu beauftragen, sollten sich ernsthaft fragen, ob dies das richtige Mittel ist, um die vielfältigen – häufig vom Westen verursachten - Probleme der Welt zu beheben. Die Bundeswehr ist keine Heilsarmee, sie war es nie und wird auch nie eine sein.

## Stärke der deutschen Einsatzkontingente Insgesamt circa 6.600

	Gesamt	davon Frauen	davon Reservisten	davon FWDL
ISAF Afghanistan Uzbekistan	4.300*	180	310	60
UNAMA Afghanistan	1	0	0	0
KFOR Kosovo	1.510	100	140	130
EUFOR Bosnia and Herzegovina	110	6	8	3
UNMIS Sudan	31	1	2	0
UNAMID Sudan	8	0	0	0
UNIFIL Lebanon	245	14	2	36
ATA- LANTA	225	0	2	25
OEF Horn of Africa	100	4	4	0
EUSEC Kongo	3	k.A.	k.A.	k.A.
Active Endeavour Mediterranean Sea	25	k.A.	k.A.	k.A.
STRATAIR- MEDEVAC Germany	41	k.A.	k.A.	k.A.

\* derzeit Kontingentwechsel

Stand: 07. April, [www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de)

# Energie statt Entwicklung?

## Der Europäische Auswärtige Dienst und die Militarisierung der Außenpolitik

von Christoph Marischka und Jürgen Wagner

Am 1. Dezember 2009 trat der Vertrag von Lissabon in Kraft, mit dem der neue Posten der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen wurde, den die Britin Catherine Ashton bekleidet. Die Idee dahinter: sämtliche außenpolitischen Machtkapazitäten – militärisch, diplomatisch, entwicklungspolitisch, etc. – sollen für die effektive Durchsetzung europäischer Interessen im Sinne einer „imperialen Machtpolitik aus einem Guss“ gebündelt werden (siehe AUSDRUCK Dezember 2009).

Zur Unterstützung ihrer Arbeit soll der Hohen Vertreterin nun schnellstmöglich ein „Europäischer Auswärtiger Dienst“ (EAD) an die Seite gestellt werden, für dessen konkrete Struktur und Arbeitsweise Ashton am 25. März 2010 eine Vorlage lieferte, die die schlimmsten Befürchtungen bestätigt: Nahezu sämtliche militärischen EU-Institutionen sollen in den EAD integriert werden (Militärstab, Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee, etc.). Die Rolle des Militärs wird im künftigen EAD so dominierend sein, dass man ihn ehrlicherweise als einen „Militärisch-Auswärtigen Dienst“ bezeichnen sollte, alles andere ist ein gigantischer Etikettenschwindel.

Aufgrund seiner stark militärischen Ausrichtung steht somit zu befürchten, dass große Teile der „zivilen“ EU-Außenpolitik mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst noch stärker vor den Karren einer machtpolitisch geleiteten europäischen Außen- und Sicherheitspolitik gespannt werden als dies ohnehin bereits der Fall ist. Dies gilt in besonderem Maße für die Entwicklungszusammenarbeit und die Zivile Konfliktbearbeitung.

### Beispiel Tschad

Bereits heute werden zahlreiche Maßnahmen mit eindeutigen Sicherheitsbezug, deren Beitrag für die Armutsbekämpfung bestenfalls fragwürdig sind, über EU-Entwicklungshilfegelder querfinanziert. Der Tschad ist ein „gutes“ Beispiel hierfür: Als Ende der 1990er die Ölquellen im Tschad erschlossen werden sollten, war man sich durchaus der Risiken bewusst. Seit der Unabhängigkeit 1960 wurde das Land von autoritären Präsidenten regiert und regelmäßig von Putschen und anderen bewaffneten Konflikten heimgesucht. Weil der Durst nach Energie durch die Industriestaaten sich nicht stillen lässt, arbeitete die Weltbank seinerzeit ein Modellprojekt aus, ein scheinbar „beispielloses Regelwerk, ... das Reichtum an Öl unmittelbar in Vorteile für die Armen, die Verletzlichen und die Umwelt verwandelt“.<sup>1</sup> Umsetzen wollte die Weltbank dieses alte Versprechen, indem sie gemeinsam mit den Öl-Multis ExxonMobil, Chevron und Petronas den Bau von Förderanlagen und einer Pipeline finanzierte. Im Gegenzug musste die Regierung des Tschad zustimmen, 80% der Öleinnahmen, welche den Gesamthaushalt der Regierung um ein Drittel anschwellen lassen sollten, in die Armutsbekämpfung zu investieren. Der Präsident Déby hielt sich jedoch nicht an diese Abmachung, sondern steckte die zusätzlichen Einnahmen in seinen ohnehin aufgeblähten Sicherheitsapparat. Der Konflikt eskalierte und Déby reagierte mit eiserner Faust, ohne einen Unterschied zu machen zwischen ziviler und bewaffneter Opposition: 2008 rangierte der Tschad auf Platz 170 (von 179)

auf dem Human Development Index und auf Platz 173 (von 180) auf dem Korruptionsindex von Transparency International, 80% der Bevölkerung haben weniger als einen US\$ pro Tag zur Verfügung. Eine Studie des Bonn International Center for Conversion (BICC) hat kürzlich die Folgen der Ölpipeline auf die Konfliktodynamiken im Tschad unter dem Titel „uns wurde Entwicklung versprochen und alles was wir bekamen war Elend“ aufgearbeitet.

Déby wird bei seinem Kampf gegen die Rebellengruppen regelmäßig auch militärisch von Frankreich unterstützt, das bis heute etwa 1.200 Soldaten im Land stationiert hat. Auf Vorschlag Frankreichs fand zudem im Jahr 2008 eine EU-Militärmission im Osten des Tschad statt, welche zwangsläufig den Konflikt zwischen Regierung und Opposition eskalierte, in diesem Partei ergriff und Déby auf internationaler Ebene aufwertete. Bis heute sind europäische Soldaten an der Ausbildung von Sicherheitskräften im Tschad beteiligt. Selbst Tagesschau.de titelte nach dem offiziellen Ende der EUFOR-Mission, diese sei durch europäische Entwicklungshilfe erkaufte worden: 311 Mio. Euro soll die korrupte Regierung bis 2013 aus dem Europäischen Entwicklungsfonds erhalten.<sup>2</sup>

### Rohstoffkontrolle und Warnung vor den Schwellenländern

Solche Kuhhandel sollen künftig mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst noch einfacher werden. Catherine Ashton unterstrich in ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament, dass es beim EAD v.a. auch um die Sicherung des Zugriffs auf Energie- und andere Rohstoffe geht: Mit Verweis auf den Aufstieg von Schwellenländern und die Verträge, welche diese in letzter Zeit mit afrikanischen und zentralasiatischen Staaten über die Förderung von Energieträgern abgeschlossen hatten, drohte sie: „Wenn wir an einem Strang ziehen, können wir unsere Interessen wahren. Wenn nicht, werden andere für uns entscheiden. Es ist wirklich so einfach.“<sup>3</sup>

Als bisherige Beispiele für eine „umfassende Strategie“, die durch den EAD realisierbar werden sollte, nannte sie das europäische Engagement auf dem Balkan („die Geburtsstätte europäischer Außenpolitik“), in Somalia und Georgien. Dort griffen „zivile“ und militärische EU-Missionen, diplomatischer Druck, Visa-Politik und zivilgesellschaftlicher Dialog bis hin zu entwicklungspolitischen Maßnahmen und den Partnerschaftsinstrumenten nahtlos ineinander. Auf dem Balkan sei dies schon weitgehend realisiert: Eine „zivile“ EU-Mission in Kosovo (gemeint ist der paramilitärische EULEX-Einsatz), eine militärische EU-Mission in Bosnien, diplomatischer Druck und Einflussnahme auf die Bevölkerung durch die Visa-Politik und zivilgesellschaftlichen Dialog. In Somalia werde der Marine-Einsatz Atalanta durch eine EU-Mission zur Ausbildung somalischer „Sicherheitskräfte“ sowie die Finanzierung staatlicher Repressionsorgane über das europäische Instrument für Stabilität und entwicklungspolitische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung flankiert.

Auch in Georgien kämen verschiedene Instrumente der EU-Außenpolitik zum Einsatz, die EU-Beobachtermission in Verbindung mit Ausstattungsprogrammen, Handels- und Visaerleichterungen und der Europäischen Nachbarschaftspolitik stellen nach Catherine Ashton einen Beitrag zur regionalen Stabilität dar. Russland würde dies sicherlich anders sehen, aber

ein Europa, das mit einer Stimme spricht – der Stimme Ashtons und ihrer hohen Beamten im EAD – könne natürlich auch gegenüber Russland besser die eigene Position vertreten.

Der Hang Ashtons zur militärischen Rohstoffsicherung kam in den gewählten Beispielen deutlich zum Ausdruck: Georgien und der Balkan stellen wichtige Transitrouten unter Umgehung Russlands für Öl und Gas aus Zentralasien dar, Somalia liegt an einer der wichtigsten Routen des Welthandels.

### Zweckentfremdung von Entwicklungshilfe

Laut gegenwärtigen Planungen soll dem EAD künftig eine „strategische Rolle“ bei der Programmierung sämtlicher, vor allem entwicklungsbezogener EU-Finanzinstrumente übertragen werden. Obwohl zuletzt nochmals in Artikel 208 des Vertrags von Lissabon festgeschrieben wurde, dass die EU-Entwicklungshilfe die unmittelbare Armutsbekämpfung zum Ziel hat, dürfte sich der gegenwärtige Trend, Entwicklungshilfegelder mehr und mehr nach sicherheitspolitischen Gesichtspunkten zu vergeben, damit weiter verschärfen.

Bei der zivil-militärischen Zusammenarbeit habe die EU als relativ neuer sicherheitspolitischer Akteur laut dem ehemaligen EU-Außenbeauftragten Solana bereits einen „modernen Ansatz zum Krisenmanagement“ entwickelt. 27 zivile und militärische Missionen hat die EU bereits im Ausland durchgeführt, europäische Soldaten und Polizisten sind auf der halben Welt präsent. Doch die größten Infrastrukturprojekte in den betreffenden Ländern werden häufig von China oder auch dem Iran durchgeführt. Die EU bringt kollektiv mehr als die Hälfte der globalen Entwicklungshilfe auf und möchte dies künftig besser nutzen können. Deshalb soll der EAD auch auf die teils üppigen Finanzierungsprogramme der EU zugreifen können: Neben den Instrumenten für Stabilität und die Europäische Nachbarschaftspolitik auch auf den Europäischen Entwicklungsfonds, das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit und das Instrument für Demokratie und Menschenrechte. Für die Programmierung dieser Instrumente ist bislang überwiegend die Kommission zuständig. Zukünftig soll jedoch der EAD eine „Sicherheitspolitik aus einem Guss“ gewährleisten. Somit wird erleichtert, dass mit Entwicklungshilfegeldern, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für die Sicherheitskräfte der jeweiligen Regierung Förderabkommen „gekauft“ und die Pipelines dann gleich durch Europäische Polizei- oder Militärmissionen geschützt werden können. Gegenwärtig wird beispielsweise in Mauretanien über das Stabilitätsinstrument der Ausbau von Polizei und Militär finanziert, hierfür sollen zukünftig auch Gelder aus dem Europäischen Entwicklungsfonds zweckentfremdet werden. In Mauretanien – mit dessen regelmäßig putschender Militärführung die EU auch bei der Migrationsabwehr bestens zusammenarbeitet – ist darüber hinaus, ebenso wie im benachbarten Mali eine EU-Mission zur Sicherheitssektorreform geplant. In beiden Ländern befürchtet die EU vermeintlich erstarkende terroristische Gruppierungen. Vor allem aber sind die Länder im Rahmen des Wüstenstrom-Projects Desertec von Interesse.

### Militarisierung der Zivilen Konfliktbearbeitung

Ursprünglich war die Zivile Konfliktbearbeitung – oder, das Zivile Krisenmanagement - als Alternative nicht als Ergänzung militärischer Einsätze gedacht. Im Rahmen der als neues EU-Leitbild praktizierten Zivil-militärischen Zusammenarbeit wird ziviles und militärisches Krisenmanagement jedoch immer stärker miteinander verzahnt. Dabei kommt jedoch dem Militär die

Führungsrolle zu, womit das zivile Krisenmanagement auf die Rolle eines bloßen Erfüllungsgehilfen zur optimierten Durchsetzung militärisch-strategischer Interessen reduziert wird.

Im neuen Europäischen Auswärtigen Dienst soll nun diese Verzahnung nochmals deutlich intensiviert werden, indem die bisherige Trennung ziviler und militärischer Einsatzplanung im neuen „Crisis Management Planning Directorate“ (CMPD) aufgehoben werden soll. Alle Einsätze sollen künftig „aus einer Hand“ geplant werden. Um es deutlich zu formulieren: Eine unabhängige und vollständig vom Militärischen getrennte zivile Einsatzplanung wird es damit in Zukunft wohl nicht mehr geben. Symptomatisch ist dabei, dass mit Claude-France Arnould die bisherige Leiterin der militärisch-strategischen Planungsabteilung zur neuen Chefin des CMPD ernannt wurde. Vor diesem Hintergrund davor zu warnen, dass das Militär gegenwärtig dabei ist, sich – salopp formuliert – wichtige Teile der zivilen EU-Außenpolitik „unter den Nagel zu reißen“, ist somit wohl leider keineswegs eine Übertreibung.

So warnt auch Alain Déletroz von der International Crisis Group, mit dem EAD erhalte das Krisenmanagement auf EU-Ebene einen „stark militärischen Geschmack.“ Zivile Aspekte drohten im neuen EAD militärlogischen Erwägungen untergeordnet zu werden: „Jetzt schauen wir in eine Zukunft, in der Militärspezialisten die Planung ziviler Missionen übernehmen.“ Die Tragweite der nun auf den Weg gebrachten Verschmelzung im EAD wird von Déletroz mit folgenden Worten untermauert: „Die Strukturen, die heute geschaffen werden, werden sich über Jahrzehnte nachhaltig auf die Art und Weise, wie die EU-Projekte in der Welt wahrgenommen werden, auswirken. Die Kapazität der Union zur Konfliktverhütung und zur Friedenssicherung hat gerade einen herben Schlag erlitten.“<sup>4</sup>

### Anmerkungen

- 1 Claudia Frank, Lena Guesnet: „We were promised development and all we got is misery“ - The Influence of Petroleum on Conflict Dynamics in Chad, BICC-brief 41, [www.bicc.de](http://www.bicc.de).
- 2 „Hoher Preis für Krisenmission - EU-Millionen für Tschads Militärregime“, [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 08.05.2009.
- 3 Address by HR Catherine Ashton at the Joint Debate on Foreign and Security Policy, European Parliament Plenary, 10.3.2010, [www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu).
- 4 Alain Déletroz: Kapazität der EU zur Friedenssicherung schwindet, in: [Tagesspiegel](http://www.tagesspiegel.de), 22.2.2010, [www.crisisgroup.org](http://www.crisisgroup.org)



Neue CMPD-Chefin Claude-France Arnould beim informellen Treffen der EU-Verteidigungsminister Juni 2009, Foto: eu2009.cz

# KRISENMANAGEMENT

„Sicherheitsarchitektur“  
im globalen  
Ausnahmestand



Dokumentation des  
12. IMI-Kongresses



Informationsstelle  
Militarisierung e.V.

## FRISCH ERSCHIENEN Die Dokumentation des 12. IMI-Kongresses 2009

Mit Beiträgen von:  
Rolf Gössner  
Hewig Krimmer  
Mechthild Exo  
Sarah Nagel  
Tobias Pflüger  
Christoph Marischka  
Jürgen Wagner  
Jonna Schürkes

68 Seiten, 2,50 Euro (zzgl. Porto)

Zu beziehen bei:  
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.  
Hechinger Str. 203  
72072 Tübingen  
imi@imi-online.de

*Herausgeber des AUSDRUCKS ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.  
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder.  
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de), e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de),  
Tel. 07071/49154*



**AUSDRUCK**